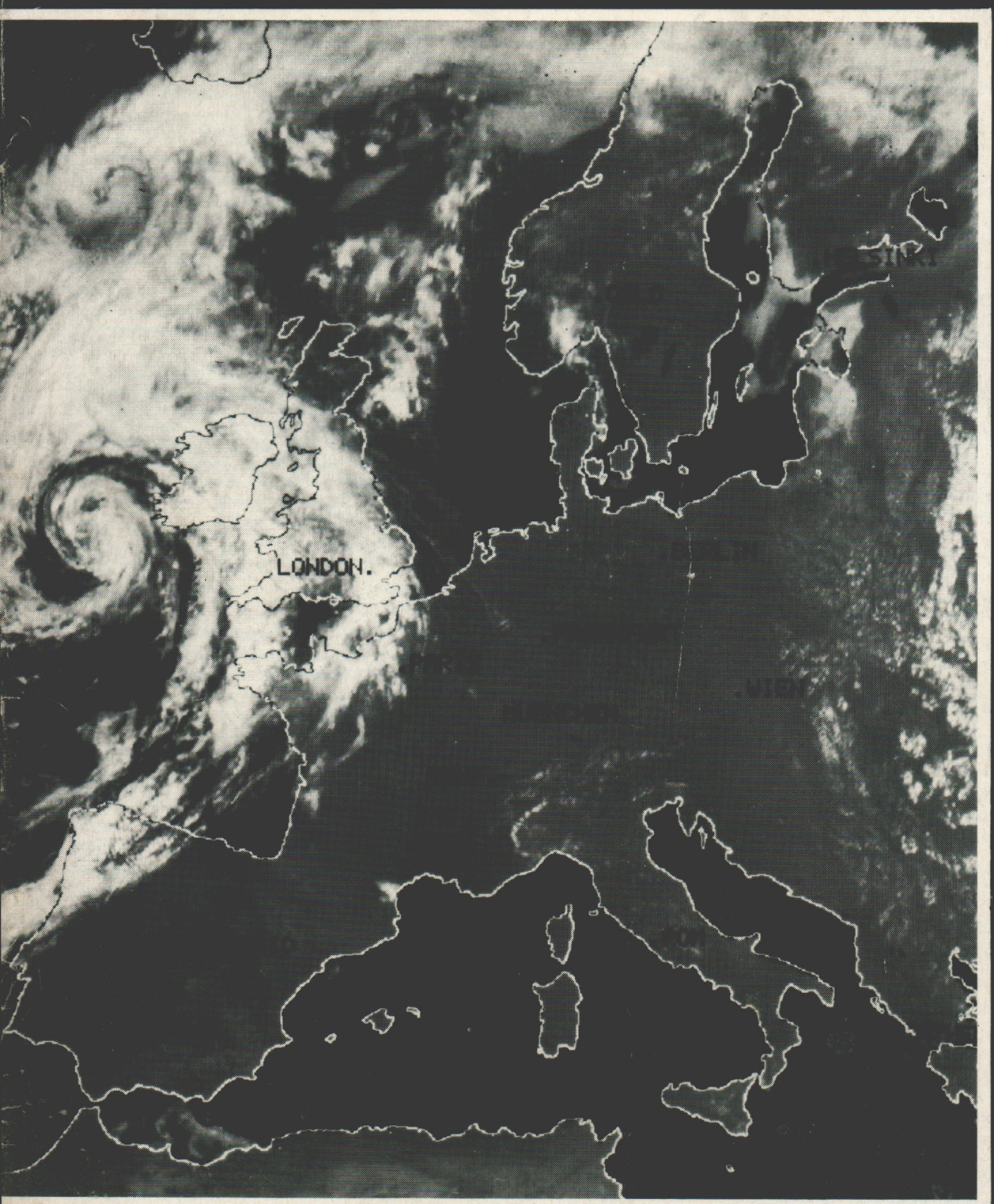
D 1600 E

links

Sozialistische Zeitung
Offenbach/Main
Nr. 208/209, Juli/Aug. '87
DM 5,–, 19. Jahrgang



EUROPA

in diesem Heft:

Lothar Baier:
Barbie und die Faszination des Bösen

Micha Brumlik:
Hillgruber und der 20. Juli

Lothar Hack:
"Dienstleistungsgesellschaft" oder Strukturwandel der Industrie?

Benno Hafeneger/
Walter Lochmann:
Das rechte Lager

György Konrád:
Pazifismus als das Salz der Erde

Onno Poppinga:
Finstere Zeiten für die Bauern

Viktor Zaslavsky:
Die Situation der Juden in der UdSSR

Jenseits von links und rechts = rechts

MICHA BRUMLIK

Wenn die Leserinnen und Leser diese Zeilen zu Gesicht bekommen, wird das Ereignis, von dem sie berichten, bereits mehr als einen Monat alt sein. Da dieses Ereignis – ich meine das "Bundesrealotreffen der GRÜNEN" am Himmelfahrtstag in Frankfurt – jedoch in langfristiger und symptomatischer Hinsicht den Zustand der grünen Reformpolitik offenbarte, mag es legitim sein, ihm auch mit einiger Verspätung Aufmerksamkeit zu widmen.

Gekommen waren etwa 250 Mitglieder, Mandatsträger aus verschiedenen Kommunal- und Landesparlamenten sowie aus dem Bundestag, viele Journalisten und Zaungäste sowie Mitglieder des Frankfurter Kreisverbandes.

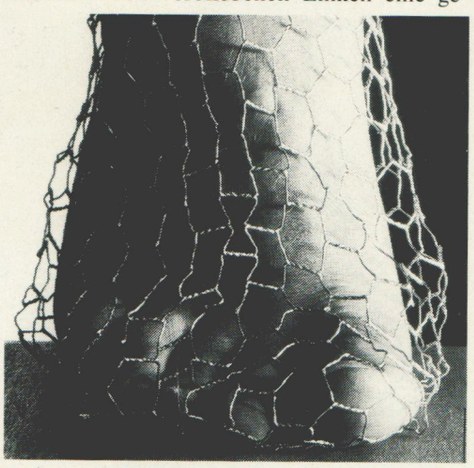
Angesagt war nach Hamburg, Rheinland-Pfalz und dem Duisburger Parteitag eine Generaldebatte, die nach achtstündigen disziplinierten Diskussionen mit einer Resolution, die eine moderate Unterstützung des Volkszählungsboykotts und eine Befürwortung der doppelten Null-Lösung kundgab, beschlossen wurde. So diszipliniert und anregend die achtstündige Diskussion auch verlief, so besorgniserregend stellte sich dem immer noch linken Vorstellungen anhängenden Zuhörer der Diskussionsverlauf dar.

Grob geschätzt machen die "Realos", die sich (es wurde darüber abgestimmt) mehrheitlich *nicht* in "Reformpolitiker" umbenennen möchten, in der Gesamtpartei etwa 45% aus. Von diesen wiederum darf man, an Beifall und Wortmeldungen in der Frankfurter Versammlung abzulesen, wiederum vielleicht ebensoviele den Ökolibertären zurechnen. Das Himmelfahrtstreffen erbrachte das "coming out" der Ökolibertären als einer offen antiaufklärerisch, antisozialistisch und gewerkschaftsfeindlich auftretenden Gruppe und zeigte, daß die kulturelle Hegemonie der Rechten auch in der Partei der GRÜNEN auf dem Vormarsch ist.

Das Frankfurter Treffen zeigte, daß eine Handvoll entschlossener, gut bis brillant argumentierender Rechtsintellektueller (Winfried Kretschmann, Gisela Erler und Thomas Schmid), die auch die Theoriearbeit nicht verschmähen, große Chancen haben, grüne Reformpolitik alsbald zu dominieren.

In Deutschland, wo Konservative und Rechte sich alles in allem, wenn auch nicht ausschließlich tief in den Nazismus verstrickten, wirkt der Begriff "rechts" immer noch wie eine Beleidigung – so möchte ich ihn nicht verstanden wissen. Und zwar schon deshalb nicht, weil das Anwachsen rechten politischen Denkens in den Neuen Sozialen Bewegungen, bei den GRÜNEN ja in der gesamten Oppositionsbewegung keine Drohung mehr, sondern längst eine Tatsache ist. Ein Ausgrenzen rechter Positionen – und dies muß nach dem Frankfurter Treffen als Tatsache gelten – würde heute den reformpolitischen Flügel mindestens kurzzeitig so schwächen, daß er kaum noch handlungsfähig wäre.

Wenn das Prädikat "rechts" mehr als nur eine Beleidigung sein soll, so muß es eine präzise Bedeutung erhalten, die sich nicht davon irritieren läßt, daß auch rechte Politiker freundlich, anständig und wohlmeinend sein können bzw. mit den verbliebenen Linken eine gemeinsame Vergangenheit teilen. Zu unterscheiden ist zunächst "rechts" von "konservativ". Rechtsintellektuelle sind mindestens so modern wie ihre linken Gegner und sind durchaus auf gesellschaftliche Veränderungen aus. Die Rechte zeichnet sich heute weltweit durch ihre Gegnerschaft zu einer egalitären Verteilung der gesellschaftlichen Güter, durch ihre Feindschaft zum liberalistischen Individualismus und ihre Verachtung des Rechtsstaates aus. Sie plädiert im allgemeinen für den Kapitalismus oder – wie es heute wieder immer öfter heißt – "die Marktwirtschaft", hält die nationale Identität für ein kostbares Gut und unterscheidet sich danach, ob sie eher etatistisch oder anarchisch orientiert ist. (Wie etwa Ronald Reagan oder Margaret Thatcher, die gewiß keine Etatisten sind.) Bei den GRÜNEN sieht das so aus:



- Winfried Kretschmann stellte gleich zu Beginn des Treffens die Frage, ob denn die GRÜNEN eine linke Partei seien. Weder sei "small is beautiful" eine linke Parole, noch gehöre die Wendung zur Natur linker Tradition an. Auch der Kampf gegen Bürokratisierung und Zentralisierung sei kein linkes Erbe. Und schließlich seien die GRÜNEN nur das geworden, was sie sind, weil sie anfangs über den Treibsatz von Wertkonservativen wie Gruhl verfügt hätten, die nun undankbarerweise aus der Partei gedrängt worden seien.
- Gisela Erler bestand mit Emphase darauf, daß grüne Fragestellungen nicht mehr in die überkommenen Muster von links und rechts paßten, sondern ganz, ganz anders seien. Die GRÜNEN seien keine linke und auch keine rechte, sondern eine *neue* Partei!
- Thomas Schmid schließlich forderte dazu auf, die verschlissenen und gescheiterten Begriffe von Aufklärung, Emanzipation und Fortschritt daraufhin zu betrachten, wohin sie geführt hätten: zur sich im Industrialismus zerstörenden Gesellschaft! Endlich legte er der Versammlung nahe, einzusehen, daß das Projekt "Sozialismus" welthistorisch gescheitert sei und sich nach etwas anderem umzusehen.

Auf diese z.T. sehr eloquent, ernsthaft und überlegt vorgetragenen Ansichten reagierte das linksreformerische Establishment – man kann es nicht anders sagen – erbärmlich:

- Hubert Kleinert meinte, daß für ihn "links" immer noch etwas mit "antiautoritär" zu tun habe.
- Joschka Fischer beschwor die Versammlung, sich nicht in eine selbstzerfleischende Rechts/Links-Auseinandersetzung zu begeben. Ansonsten bedeute für ihn "links" immer noch, "auf der Seite der sozial Schwachen zu stehen und auch die soziale Frage anzugehen" – was offenbar nicht nur mich an die Kathedersozialisten erinnerte. Auf den Einwurf Thomas Schmids, dann seien die katholische Kirche und die Caritas immer schon "links" gewesen, fiel dem Exminister nichts mehr ein.
- Otto Schily, auf der Suche nach einem neuen Menschenbild und einer neuen Bestimmung des Verhältnisses von Geist und Materie (die sich beide im Werk Rudolf Steiners finden dürften), empfahl im Tonfall größter Gelassenheit den "Realos" eine "Mitte/links"-Koalition.
- Junge Kommunalpolitiker aus dem Ruhrgebiet, der Pfalz und aus Bad Salzuflen schwärmten von den Möglichkeiten, "vor Ort" auch mit der CDU sprechen zu können. Zumal Kommunalpolitik müsse verhärtete Fronten aufbrechen.
- Einzig Helmut Wiesenthal hielt an den linken Essentials, Abbau von Herrschaft und egalitäre Verteilung gesellschaftlicher Güter fest – nicht ohne zu bemerken, daß er die Forderung nach "Vergesellschaftung" etwa der Reedereien (von "Verstaatlichung" spricht sowieso niemand mehr) für unsinnig hält. Raunender Kommentar aus ihm nahestehenden linksrealistischen Kreisen: "So links war der noch nie!"

Fazit: Es ist einer kleinen Gruppe entschossener Rechtsintellektueller derzeit gelungen, die theoretische und ideologische Meinungsführerschaft im realpolitischen Flügel der GRÜNEN zu erringen. Dies ist keineswegs demagogischen Tricks zuzurechnen, sondern dem Umstand, daß die noch irgendwie sozialistisch orientierten Mandatsträger vor lauter Machterhaltung nicht mehr dazu kommen, das sozialistische Projekt theoretisch zu reflektieren und den in der Tat dramatisch veränderten gesellschaftlichen Umständen anzupassen.

Zudem ist nicht zu übersehen, daß sich innerhalb des realpolitischen Flügels nur sehr wenige linke Intellektuelle bereit finden, mitzuarbeiten. Zu verdenken ist es ihnen nicht: Wer in Duisburg und in Frankfurt gesehen hat, wie z.B. Norbert Kostede und Helmut Wiesenthal vom Realoestablishment wie heiße Kartoffeln fallengelassen wurden, dem mag die Lust zu derlei Experimenten vergehen.

Andererseits: Soll die sozialistische Linke das reformpolitische Projekt wirklich der ökolibertären Rechten überlassen? ■

links

Sozialistische Zeitung

- **Seit 1969.**
- **Das Forum der Neuen Linken.**

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Telefon 069-88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Helmut Burgwinkel, Micha Brumlik, Diethard Behrens, Dan Diner, Robert Detobel, Allegra de Laurentiis, Detlev Claussen, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Jens Huhn, Eva-Maria Krampe, Petra Lindloff, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Marie Rischmiller, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Horst-Dieter Zahn.

Redaktionssekretäre: P. Kern, G. Krum (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Satz: Klaus Brückmann, Viernheim

Druck: hbo-druck, Einhausen

ISSN: 0024-404-X

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen: Einzelexemplar DM 4,50
Jahresabonnement DM 49,– incl.
Abbestellungen müssen spätesten bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzung und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

_____ Abo __

☐ Ich möchte die *links* abonnieren

Name

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

1. _____

Datum/Bestell-Unterschrift

Erfüllungsort Offenbach

Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

2. _____

Datum/Bestätigungs-Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

Kommentare

Micha Brumlik:	Jenseits von links und rechts = rechts	2
Friederike Linzer/ Sebastian Heinrichs:	Unistreiks und Frühlingserwachen	4
Felix Schneider:	Sie lebt noch, die Friedensbewegung	5
Ludi Lodovico:	Neues vom Surfer	6
Heinz-J. Heydorn:	Georg Büchner	7

Deutsche Zustände

Onno Poppinga:	Finstere Zeiten für die Bauern	8
Norbert Reiber:	High Tech – High Culture – High Späth	10
Benno Hafeneger/ Walter Lochmann:	Das rechte Lager	11
Micha Brumlik:	Hillgruber und der 20. Juli	15

Schwerpunkt Europa

Diethard Behrens/ Kornelia Hafner/ Ludi Lodovico:	Rückblick in die Zukunft	18
Gilbert Ziebura:	Gibt es eine europäische Krisenüberwindungsstrategie?	21
György Konrád:	Mitteleuropa und Pazifismus	22
Ursel Schmiederer:	Die Logik der Gorbatschowschen Reformen	24

links international

Viktor Zaslavsky:	Die Situation der Juden in der UdSSR	26
Christoph Zielonka:	Internationaler Friedenskongreß in Warschau	27
Biggi Wolf:	Pressekultur in Indien	28
Lothar Baier:	Die Faszination des Bösen	30
Alexander Decker:	Die Verurteilung Otelo de Carvalhos	32

Lothar Hack:	Dienstleistungsgesellschaft oder Strukturwandel der Industrie?	35
Allegra de Laurentiis:	Zum Tode von Primo Levi	38
Herbert Stettner:	Lügen mit der Kamera	40
Ernst Haft:	Ein Streiflicht aus der Umschulungsoffensive	43

Leserbriefe	34
Kurzberichte, Kleinanzeigen, Termine	42

Frühlingserwachen '87

FRIEDERIKE LINZER/ SEBASTIAN HEINRICHS

Es tut sich was in der StudentInnenschaft! Nur was?? Schlagwörter wie "Studentenbewegung" aber auch "Standesdünkel der StudentInnen" machen die Runde: Wir, zwei Mitglieder des 'Zentralen Streikrats', wollen in diesem Artikel falsche Eindrücke revidieren und den Versuch einer Einschätzung der neuen Studentenkämpfe aus Göttinger Perspektive leisten.

Ab 1.4.87 wurde ein Kürzungsprogramm der Niedersächsischen Landesregierung bekannt. Die wesentlichen Punkte waren:

- Keine Neubesetzung freiwerdender Stellen ab 1.5. für anderthalb Jahre, danach Neubesetzung nur jeder dritten Stelle. Bis Ende '88 sollen so 3.500 Stellen gespart werden.
- 500 DM Studiengebühen pro Semester für alle diejenigen, die die BAFöG-Förderungshöchstdauer um drei Semester überschreiten. Diese Maßnahme soll derzeit 11.200 StudentInnen betreffen. Damit sollen 10 Mio. DM eingespart werden.
- Bei der Schülerförderung (NAFöG) sollen ebenfalls 10 Mio. DM gespart werden.
- Die Weihnachtsbeihilfe für Empfänger von Sozialhilfe und die Winterbeihilfe für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe werden gestrichen und so 12 Mio. eingespart.
- Bei der sogenannten "Nichtseßhaftenhilfe" sowie bei der Förderung des sozialen Jahres sollen noch einmal 12 Mio. DM gespart werden.

Inzwischen wurden diese Beschlüsse dahingehend modifiziert, daß Studiengebühren erst ab Sommersemester 1988 erhoben werden und die 'Fälligkeit' von Fach zu Fach variieren sollen. Im Hochschulbereich gilt ein gestaffeltes System, bei dem die Hochschulen selbst entscheiden sollen, wo die Einsparungen vorgenommen werden.

Der Ablauf des Streiks

Es brauchte einen geschlagenen Monat, bis es schließlich am 11. Mai mit dem Streik losging. In der Woche zuvor hatte eine Uni-VV im größten und dennoch hoffnungslos überfüllten Hörsaal mit 2.500 bei nur *acht* Gegenstimmen – zur Überraschung vieler – massiv für einen Streik votiert. Der Streik dauerte bis zum 18. Mai, dabei wurde der gesamte Lehrbetrieb und alle Klausuren verhindert, teilweise konnte die Forschung sogar in einigen Instituten lahmgelegt werden. Lediglich Examensprüfungen wurden zugelassen. Die Streikposten bezogen um 6.00 Uhr ihe Positionen und verhinderten größtenteils erfolgreich, daß einige kampfeswütige Professoren durchbrechen konnten. Der AStA war seit Streikbeginn faktisch außer Kraft gesetzt, die Aufgaben übernahm ein täglich tagender Zentraler Streikrat, der sich aus den Delegierten der Streikplena in den einzelnen Fachbereichen und Vertretern der Hochschulgruppen zusammensetzte, wobei die vielen neuen Leute entscheidend mit dazu beitrugen, eingefahrene Diskussionen wieder zu beleben und voranzutreiben. Am 13.5. fand dann im Rahmen des Streiks, an eine Uni-VV anschließend, die für Göttingen bisher größte Demo mit 15.000 Menschen statt.

Vorläufiger Höhepunkt: Das Uni-Jubiläum

War der Beginn des Streiks von Blockaden gekennzeichnet, so beschloß eine Uni-VV, die sich anschließenden Feierlichkeiten der Göttinger Uni anläßlich ihres 250jährigen Bestehens "umzufunktionieren". Hatte die Unileitung nach außen hin auf eine offene Konfrontation zwar verzichtet, nach innen aber auf den Streik mit Aussperrung (Räume der besetzten Institute wurden zugeschlossen) geantwortet, versuchte sie nun alles, um "ihr" Uni-Jubiläum zu retten. Neben der Öffnung von gesperrten Räumen sah sich die Unileitung sogar genötigt, zwei Diskussionsveranstaltungen, die die unterschiedlichen Positionen von Uni und streikenden StudentInnen nochmals unterstrichen, abzuhalten.

Zentraler Streitpunkt war der 26.5., der Höhepunkt der Feierlichkeiten. An diesem Tag sollte u.a. dem Bundespräsidenten der Ehrendoktor für evangelische Theologie verliehen werden und ein großer Empfang der niedersächsischen Landesregierung in der Stadthalle stattfinden.

Die streikenden StudentInnen forderten die Unileitung auf, die Feier, in Anbetracht der Sparbeschlüsse, demonstrativ abzusagen. Die Feier wurde aufgrund der vorher geschürten Angst vor Auseinandersetzungen und einer möglichen Blamage vor dem stets auf sein liberales Image bedachten Bundespräsidenten – Polizeiketten wirken da eher störend – abgesagt. Zumal gerade die StudentInnen nicht verstehen wollten, warum ein Buffet bei Sekt und "Schnittchen, mit denen sich die Oberen quasi auf Pump von unseren Studiengebühren die Plautze vollhauen", veranstaltet werden sollte.

Die Professoren der Göttinger Uni hatten bis zu diesem Zeitpunkt immer wieder die Gemeinsamkeit betont, riefen aber für den selben Tag zu einer Protestdemonstration gegen das Sparprogramm *und* gegen den Streik der StudentInnen auf. Diese "Gemeinsamkeit" konnte verhindert werden.

Die am gleichen Tag stattfindende landesweite Demo (ca. 40.000 Menschen) stand ganz unter dem Motto: "phantasievoll-gewaltfrei". Die Demo glich eher einem großen Volksfest – (O-Ton eines Demonstranten in einem Göttinger Werbeblatt: "Es war schon eine tolle Erfahrung, bei Rot über die Straße zu gehen") – denn einer geschlossenen Demonstration. Die selbst für Göttinger Verhältnisse massive Polizeipräsenz, nach eigenen Angaben 4.000 Polizisten, wurde geflissentlich nicht gesehen, teilweise sogar ausdrücklich begrüßt.

Breite der Bewegung

Die Breite der Bewegung reichte von Autonomen und Hochschullinken über die "schweigende Mehrheit" bis hin zu einigen Burschenschaftlern. Es charakterisiert die "schweigende Mehrheit", daß sie bisher einerseits den Streik aktiv, z.B. als Streikposten, trug, andererseits weniger Berührungsängste vor den Burschenschaftlern als vor den politischen Inhalten der Hochschullinken hatte. Die Breite der Bewegung spiegelte sich auch in den Meinungen über die Ablehnung des Sparprogramms wider.

Die Ablehnung reichte von Stichwörtern wie Sozialstaatsumbau und dem ordnungspolitischen Charakter von Studiengebühren über die befürchtete Austrocknung des "Forschungslandes Niedersachsen" bis hin zu politisch nichts austragenden populistischen Argumenten, wie die Diätenerhöhung in Hannover.

Ebenso wie die Meinungen, offenbarte sich die ganze Widersprüchlichkeit der Bewegung in den zahlreichen Aktivitäten. Wurde einerseits gefordert, den Streik auszuweiten (z.B. eine – leider abgelehnte – Blockade der Raumverwaltung als Antwort auf die Aussperrung) und insbesondere weiterzustreiken, so wurde andererseits – z.T. von denselben Leuten – immer neben den eingeklagten Gesprächsangeboten an die ProfessorInnen, besorgt auf unser Bild in der Öffentlichkeit verwiesen.

Die Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit – sprich die herrschenden Medien – hatten und haben ihr spezifisches Interesse an den Auseinandersetzungen. Es zeichnete die Mehrzahl der Medien aus, Führungspersönlichkeiten zu suchen (– immer wieder wurde z.B. AStA statt Streikrat genannt oder interviewte Streikende wurden zu SprecherInnen hochstilisiert), Inhalte auf Studiengebühren zu reduzieren (allenfalls wurden noch die Streichungen im Hochschulbereich erwähnt) und statt dessen die Gewaltfrage – wieder einmal – losgelöst von jeglichen Inhalten bis zum Überdruß zu debattieren. Die Öffentlichkeit – sprich die Bevölkerung – stand uns eher abwartend bis verständnisvoll gegenüber. Dies ist zumindest unser Eindruck in Göttingen.

Die Hochschullinke

Die Hochschullinke leistete die überwiegende Arbeit der Organisation und Publikationstätigkeiten, wobei der Zentrale Streikrat eher von aktiven FachschaftlerInnen als von AStA-Mitgliedern getragen wurde. Immer wieder wurde vom Streikrat auf die Breite des "Sparprogramms" hingewiesen, was leider appellativen Charakter hatte, da es bis auf Redebeiträge zu den Demonstrationen, z.B. von Gewerkschaften und Arbeitslosenzentrum kaum Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln gab.

So wurde die Parole "Solidarität statt Selek-

Ja zur doppelten Null-Lösung

FELIX SCHNEIDER

Von Freunden wie Gegnern wurde sie bereits totgesagt und als bloße Antistationierungsbewegung zu Grabe getragen. Zu befürchten war, daß die Hinterbliebenen sich von Gorbatschow und Reagan trösten und beruhigen ließen. Die Bonner Großdemonstration aber hat gezeigt, daß sie auch unter veränderten Bedingungen noch ganz lebendig ist: die eigenständige Friedensbewegung nämlich. Einhunderttausend Teilnehmer bekundeten öffentlich, daß sie den Frieden nicht allein der Abrüstungsdiplomatie überlassen wollen, auch nicht der sowjetischen.

Ihre Eigenständigkeit hat die Friedensbewegung in Bonn zunächst auf dem durchaus wesentlichen Feld der Emotionen und Stimmungen behauptet. Reden und Transparente haben deutlich gemacht, daß die Denuklearisierung Europas für die Versammelten keine Quelle der Angst ist, wie die CDU suggeriert, sondern im Gegenteil ein sinnvolles Ziel. Die ebenso prompten wie unverschämten und dummen Kommentare von Geißler und Wörner zeigen, daß sich die Regierung auch sehr allgemein und grundsätzlich angegriffen fühlte.

Im Konkreten und Pragmatischen nämlich wurde ihr wenig Paroli geboten. Die Redner drückten sich um das abrüstungspolitische Ränkespiel wie die Katze um den heißen Brei. Immer richtige Forderungen wie "Atomraketen verschrotten" oder "den ersten Schritt tun" greifen in die politische Situation von heute ebensowenig ein wie eine rein quantitative Radikalisierung: mehr abrüsten, schneller abrüsten. Es ist ja gerade die Strategie der Bun-

FORTSETZUNG SEITE 4

tion" eher gebetsmühlengleich heruntergeleiert, als daß sie konkret erfahrbar wurde. Inhaltlich war die Hochschullinke auf das Thema völlig unvorbereitet. Themen wie Libyen, Tschernobyl/AKWs, Libanon, Hausbesetzung, Repression des Staates, Nicaragua, wurden diskutiert. Aus der Diskussion über staatliche Hochschulpolitik hatten sich die meisten Leute verabschiedet, wenn mensch mal von den ewig öden Kampagnen des MSB absieht. Um so überraschter traf die Hochschullinke das massive Votum für Streik.

Mit dem Verlauf des Streiks war die Hochschullinke alles andere als zufrieden, häufige Äußerungen, die "meisten StudentInnen seien reaktionär und ständisch" und hätten nur ihre "blöden Studiengebühren" im Kopf, verdeutlichen die "Bauchschmerzen" nur zu gut.

Perspektive

Neben der Breite der Bewegung und der damit verbundenen Heterogenität der Masse (Minimalkonsens: weg mit den Studiengebühren) dürfte gerade die inhaltlich fast nie geführte Debatte um die Funktion der Hochschulen im Kapitalismus, ein Grund für die mangelnde Entschlossenheit gewesen sein.

In Zukunft gilt es, gerade die Eskalation voranzutreiben (Verhinderung der begonnenen konkreten Umsetzung an den einzelnen Hochschulen, Aktionen mit den anderen betroffenen Gruppen), bei gleichzeitiger inhaltlicher Arbeit, die mühsam sein wird, weil sich die Hochschullinke wieder mehr den anderen StudentInnen stellen und – für uns geklärte (?) – Debatten führen muß.

Die 'schmerzvolle' Erkenntnis, daß dieser Staat Klassencharakter hat, mieden die meisten StudentInnen – hoffnungsvolle neue Ausnahmen gab es aber auch hier – ganz instinktiv, weil diese Erkenntnis weiterreichende Konsequenzen nach sich zieht.

Es wird sich in Zukunft erweisen, ob es wieder aus Enttäuschung der Linken den alten Rückfall in die eigenen Gruppen gibt oder ob die Linke es versteht, aktiv die Diskussionen und Erfahrungen voranzutreiben und das "Frühlingserwachen" über den Winter zu verlängern, um das *gesamte* Sparprogramm zu kippen. ■

Friedensunion "Bonn darf Abrüstung nicht bremsen. Ja zur doppelten Null-Lösung." als wohltuend klar und realistisch.

Erfreulich breit vorgetragen wurde der Ruf nach Abrüstung der Pershing-IA. Diese Forderung ist deswegen so überragend wichtig, weil sie nicht nur abrüstungspolitische Bedeutung hat, sondern auch ideologische. Die Pershing-IA unterscheiden sich von den anderen Atomraketen eben dadurch, daß die Trägersysteme der Bundeswehr unterstehen, daß sie für Strauß und Co. das Hintertürchen zur Mitverfügung über Atomwaffen darstellen, daß sie eben fast schon "deutsche" Atomraketen sind. Die Friedensbewegung ist an der Renationalisierung von Politik nicht unschuldig. Mit einem eindeutigen Votum gegen eine Sonderbehandlung der Pershing-IA, mit der eindeutigen Aussage, daß Atomraketen nicht deutsch oder amerikanisch, sondern gefährlich sind, kann sie eigene Fehler korrigieren und nationalistische Tendenzen im Keim ersticken. Petra Kelly hat das übrigens vorbildlich getan, Hans-Jochen Vogel hat sich bezeichnenderweise über die Pershing-IA ausgeschwiegen. Er produzierte dafür Friedenskitsch: "Aus dem Rinnsal der Vernunft muß ein reißender Strom des Friedens werden."

Ja, und dann schlug der Wille zur Eigenständigkeit gegenüber den Parteien noch so merkwürdige Kapriolen, daß er zu seinem genauen Gegenteil wurde, zur blinden Fixierung auf Parlament und Parteien. Mit dem Brustton kritischer Überzeugung forderte der Moderator – vermutlich sogar im Namen des Koordinationsausschusses – von den Grünen, sie möchten den Bundestag dazu bewegen, den Stationierungsbeschluß von 1983 rückgängig zu machen. Leider sagte er weder, mit welcher Mehrheit so etwas geschehen könnte, noch, was der Sinn der Sache wäre. Die Forderung lebt von ihrer Ausstrahlung, sie wirkt so brav und deutsch, sie spricht nationale Gefühle an. Nichts darf eben in unserem Lande geschehen ohne unser Parlament – und sollte unser Parlament mal irgendwo überflüssig sein, so muß es wenigstens den Schein seiner Macht zu wahren wissen. Und dafür soll ich auf der Straße demonstrieren? Im übrigen wäre die Aufkündigung des Stationierungsbeschlusses ein Affront gegen Washington, ein Versuch also, Reagan als Widersacher aufzubauen, wo er es der Sache nach nicht ist. Daß deutsche Politiker sich nur zögerlich oder gar nicht einem Abrüstungsschritt anschließen, der von Washington befürwortet wird, das scheint für *friedensbewegte Deutschtümler* so unerträglich zu sein, daß sie ihr Weltbild auf Kosten der Realität zu retten versuchen: Wir und unser Parlament für die Abrüstung, die Amis für die Aufrüstung, so hätten sie's gern. Da halte ich es lieber mit der groben Auffassung: Hauptsache, die Dinger kommen weg, egal, was der Bundestag dazu sagt. ■

Diagonal durch die Aufklärung auf den Misthaufen

LUDI LODOVICO

Zweierlei Gegner, zwei Durchgänge. – Der Redaktion der Zeitschrift "Kommune" haben wir keine Ratschläge zu erteilen, zwei Bemerkungen seien doch erlaubt. Man blufft sich als Redaktion mit dem Autor in den Keller, wenn es dieser immer wieder mit Versatzstücken aus dem Lateinischen probiert, aber dabei regelmäßig daneben greift wie in der Kommune 6/87, S. 82. Wir halten es gewiß nicht mit dem ausgelaugten "Quo-usque-tandem/Wie-lange-noch"-Journalismus der Spät-Ciceronianer von der FAZ, aber man sollte diese sprachlichen Dinge beherrschen oder bleiben lassen.

Zweitens. Der Artikel von T. Schmid gibt sich als eine Art Rezension der Aufsatzsammlung "Populismus und Aufklärung". Rezension? Darf da jeder, wie er will? Oder was war das Motiv der Redaktion, den Kritisierten die Kritik gleich selbst schreiben zu lassen, sozusagen den schnellsten Mitläufer bei der Jagd nach dem herrschenden Gemeinsinn? Ungefähr so haben sich wohl Woytila und sein Statthalter in Köln die Freiheit der Presse auch vorgestellt: als index-geeichte, fdgo-normalisierte, gemeinsinns-gerechte Entscheidung von Kuriemitgliedern darüber, was "katholisch" bzw. "normal" ist, in politicis, in eroticis und überhaupt. Als Leser gefragt: Darf ich von einer Rezension auch etwas über das Rezensierte erfahren? Oder nur über den Gesinnungsschrott des in dem Buch neben vielen anderen Kritisierten? In Schmids "Rezension" ist jede Zeile – und nicht nur der als "Nachtrag" überschriebene Abschnitt – ein Beleg für die fanatisierte Wut eines von Kritik und Aufklärung geschüttelten und entblößten "Normalos".

Und nun zum Rezensenten. Ehrenmänner verlieren die Contenance, Surfer das Segel. Und diese rudern dann steuerungslos im Tümpel – auf jeden Fall fluchend und wüst um sich schlagend. Schmids Abrechnung mit seinem Kritiker und den anderen Autoren des genannten Buches erinnerte mich an einen solchen Surfer. Denn er läßt in seiner Wut nichts aus: Habermas, die Linken, die Aufklärung, die Frankfurter Schule und das Sozialistische Büro – alles "arroganter, uninteressierter und autoritärer Aufklärungselitismus". Die Gier nach Normalität ist unbeschreiblich, hierin gleicht Schmid einem, der auf seinem Bußgang nach Oggersheim schon mal in Ludwigshafen angekommen ist und sich fragt, ob GG noch Groß-Gerau oder schon Goebbels = Gorbatschow heißt. Auf dem Weg vom Sponti-Infantilismus zum öko-libertumben Staatssekretärsgeraune wird dereinst auch noch Auschwitz zum Fall einer Großfeuerungsanlagenverordnung normalisiert werden, wenn die grünen Realpolitiker ihrem windschnittigen Stichworthändler nicht gelegentlich ins Wort fallen.

Daß jetzt ausgerechnet der verkommenste und verlottertste Teil des ehemaligen Spontitums, nämlich die Theoriefraktion, die uns noch vor kurzem die Arbeit am Fließband als Königsweg zur revolutionären Einsicht andrehen wollte, den Abgesang auf Aufklärung, Kritik, Emanzipation und Sozialismus anstimmt, ist schon pikant. Wenn sich diese hemmungslose Normalisierungslust aber in den Satz verheddert, "Diskurs und Normativität vertragen sich nicht. Denn bei letzterer muß die Normalität immer draußen bleiben", fühlt man sich sofort in die alte theoretische Verkommenheit und intellektuelle Verlottertheit zurückversetzt. Da ist einer der Alte geblieben, trotz des Firmenschildwechsels vom "wir wollen alles" zum "wir wollen normal sein". Oder wie soll man sich die herbeigeschworene NORMalität denn vorstellen, wenn nicht als eine Ansammlung von ganz ordinären, ganz unreflektierten und alltäglich gemeinen NORMativitäten? Normalität schließt eben Normativität nicht aus, sondern ist ihr schierer Inbegriff. Das sieht zwar der gesündeste Menschenverstand, aber dem intellektuellen Surfertum ist nichts zu billig bei der Konstruktion von scheinradikalen Antithesen. Das hatten wir schon, wenn auch in die andere Richtung.

Wenn es sich Schmid als "Ehre" zurechnet, kritisiert zu werden, so mag die etwas angestrengte Ironie die kretinoide Unterstellung, Wolfgang Kraushaar habe es nötig, aus der bloßen Namensnennung ein Argument zu basteln, nicht tragen. Der Rekurs auf "Ehre" erscheint wie vieles in dieser Rezension lediglich als Variante des "populistischen Sentiments" – als Schrebergärtner-Version des adligen Standesdünkels. – "Tabuverhängungen" (T. Schmid)? "Um dergleichen Worte zu finden, muß man sie in sich tragen" (Merleau-Ponty). Punkt. Die Differenz zwischen dem halbabsolutistischen Ehrenmann und dem normalen Surfer besteht darin, daß jener nicht nur von seinesgleichen mit Aussicht auf Erfolg behauptet, was dieser seiner "Natur" nach nur in den Wind setzen kann – und zwar wörtlich: Erwartung, die diesen Namen verdient. Die Erwartung des Normalen erschöpft sich in der Beliebigkeit einer dinner party des laufenden Schwach- und Gemeinsinns.

Die abgeschmackte, dem ritterlichen Heldenleben entlehnte Redeweise von "Roß und Reiter", von einem der an nichts so gern denkt wie an normale Verhältnisse und "populare Haltungen", soll zuschütten, was sonst offensichtlich würde – der Graben zwischen Kenntnissen und Fakten auf der einen, biedermännischer Denunziantensprache auf der anderen Seite. Schmids wilhelminische Gymnasiastenrhetorik zeugt überhaupt unbezahlbare Girlanden: "Spätestens die Geschichte hat jedoch gezeigt, daß dieser Weg nicht gangbar ist." Das paßt immer. Der populistische Wellenreiter beweist nur, daß die Absenz von Gedanken nicht zur Präsenz von Stil führt. "Aber es ist doch überhaupt nicht zu bestreiten" – rhetorische Popanze statt Information.

Schmids Polemik gegen die Aufklärung legt den Verdacht nahe, daß er einfach nicht kennt, worüber er spricht. Ob die Aufklärung ein "epochaler Umbruch" war oder nicht, kann beurteilen, wer die "historische Forschung" nicht nur rhetorisch überblickt. Es wird Schmid schwerfallen, auch nur einen seriösen Autor zu nennen, der im 18. Jahrhundert nicht eine Reihe von epochalen Brüchen ansiedelte. Nicht um das "ob" wird hier gestritten, sondern seit etwa dreißig Jahren nur noch um die Qualität und Tiefe der verschiedenen Brüche in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und "Familie". "The world we have lost" ist kein Thema für das souverän über Personen und Sachen hinweg feuilletonierende Surfertum. Wenn Schmid das 18. Jahrhundert nicht als epochalen Umbruch oder "Sattelzeit" (Koselleck) sehen mag, erweist er sich nur als gewöhnlicher Ignorant. Seine Suche nach dem "populistischen Sentiment", nach dem "popularen Mißtrauen" und anderem kunsthandwerklichem Kitsch wollen wir natürlich nicht stören. Nach entsprechender sentimentaler Zurüstung wird sich derlei auch in den einschlägigen provinziellen Postillen publizieren lassen unter dem Titel "Vom Völkischen zum Popularen".

Wie fernab der Kenntnis von Fakten, über die er redet, Schmid liegt, soll an einem einzigen Beispiel erläutert werden. Schmid versucht die Aufklärung als geschichtslos zu denunzieren. Wie gehabt.

Daß es in der Französischen Revolution Bestrebungen gab, die geschichtliche Erinnerung zu tilgen, ist richtig – nur kein Beleg für die Geschichtslosigkeit der Aufklärung. Geschichte zu tilgen, geschichtliche Forschung nach Möglichkeit zu unterbinden, ist ein uralter Trick aus dem Herrschaftsrepertoire von Potentaten aller Provenienz. Die urbürgerliche Travestie verordneter Geschichtslosigkeit heißt übrigens "Verbot, nach der Vaterschaft zu forschen". Auch dies eine sehr beliebte und sehr männliche Form des "popularen Mißtrauens" (T. Schmid) gegen die andere Hälfte der Welt... – Geschichte als Universitätsfach entstand erst in der und durch die Aufklärung.

– Selbst der Begriff 'Geschichte' als Kollektivsingular stammt aus dem Jahrhundert der Aufklärung. "Die Geschichte treibt den Fortschritt voran; der Fortschritt leitet die Menschen" – diese simplen Sätze hätte ein gebildeter Leser noch um 1750 herum für grammatikalische und sachliche Fehlkonstruktionen gehalten, ihren Sinn nicht verstanden und vielleicht die folgen-

den Korrekturen vorgeschlagen. "Aus Geschichten und Geschichtsbüchern wissen wir um das Fortschreiten der Menschen." Dem vorrevolutionären Bewußtsein waren die Begriffe 'Geschichte' und 'Fortschritt' im Singular unbekannt. Mit beiden verbinden sich spezifisch neuzeitliche Erfahrungen und Erwartungen, die die Gegenwart und die Zukunft nicht mehr als gegebene, sondern als machbare unterstellen. Was heute 'Geschichte' heißt, erfaßte das vorrevolutionäre Bewußtsein mit naturaler Metaphorik als Teil des ewigen Naturlaufs oder als theologisch verstandenes Schicksal. So begriffene Geschichten (noch bis weit ins 18. Jahrhundert hinein immer im Plural als Übersetzung von res gestae und historiae!) waren dem Zugriff der Menschen von vornherein entzogen. Die Geschichte als Subjekt bzw. Satzsubjekt konnte es nicht geben, alles Geschehen resultierte aus der Natur oder von Gott. Die Zukunft war religiös programmiert, ihre Machbarkeit tabu. – Noch Schmids unqualifiziertes Geschwätz über *die* Geschichte lebt insofern davon, daß es irgendwie mal durch die Aufklärung hindurchgerutscht ist. Soll man deshalb *ein* trostloses Produkt, Schmids Wirrnis, *der* Aufklärung zurechnen? Marx und Engels schließlich bilanzierten aufklärerisches Geschichtsdenken und die Hegelsche Kritik daran zum gültigen Schluß: "Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte." Schmid braucht das nicht zur Kenntnis zu nehmen. Er darf bei seinen popularen Vorurteilen, popularen Haltungen, populistischen Sentiments bleiben – popular bis zum common Ressentiment.

Auf frei Dahergesagtes, wie: *die* Aufklärung hätte es insgesamt nur mit Neckers Reformabsolutismus gehalten, oder auf Improvisationen aus dritter Hand, wie: "Lokalität, Region, Gemeinde, Kommune, Dezentralität, Selbsthilfe, Staatsabgewandtheit" hätten "*die* Aufklärung fast ausnahmslos zum Feind" gehabt, kann man nicht eingehen, denn dieses Geklingel ist so trivial komponiert, daß irgend etwas immer ein wenig stimmt – meistens das Unerheblichste. Schmid ist der Botho Strauss des postmodernen Feuilletons und gleicht einem Musikfachmann von Kaiser Franz Josefs Statur. Der konnte auch immer schon nach wenigen Takten sagen, "das ist der Radetzky-Marsch" oder "das ist er nicht" – die Kennerriege des Popularen kennt weder Stand noch Klasse. ■

Georg Büchner

Ein Essay aus dem Nachlaß

HEINZ-JOACHIM HEYDORN

Der Kampf um die entschwindende Sinnhaftigkeit des Daseins, wie es das eigentliche Problem der modernen europäischen Geistesgeschichte ist, endet mit einer Niederlage. Büchner hat diesen Kampf in seiner ganzen Tiefe durchlebt und ist an ihm gescheitert. Die entscheidende Frage bleibt ungelöst. Nur weil sie ungelöst bleibt, ist es auch unmöglich, irgendwelche anderen Probleme einzugliedern und fruchtbar zu machen. Wer in Büchner nur den Sozialisten oder den Freiheitskämpfer sieht, schwimmt ewig an der Oberfläche.

In diesem Sinne ist Büchner Gegenwart, unerhörte Gegenwart. In seinem Werke hat sich nicht das Ewig-menschliche eine gleichsam klassische Statue gesetzt, das Leben war für ihn kein Gegenstand einer abstrakten Theorie, sondern bluthafte Wirklichkeit, wahrhaft eins mit ihm in allen Takten seines Vollziehens. Aber das revolutionäre Pathos zersetzt sich vor dieser unheimlichen Realität des Daseins. Eine große Dunkelheit breitet sich über all seinem Handeln und Fühlen aus, das Wissen eines Jahrhunderts, das den Sinn seines Daseins trotz aller optimistischen Formen der Oberfläche in seiner Tiefe nicht mehr verstand. Jahr um Jahr gleitet ihm dieses Flüchtige und von den Fragwürdigkeiten des Todes gezeichnete Leben aus den Händen; zerrieselt wie Staub zwischen den Fingern. Er, der alles zu wandeln unternahm, erkannte, daß allem Wandel nur jenes große und unabänderliche Nichts unterlag, das seine Seele vergiften mußte. Das Gefühl einer unsagbaren Sinnlosigkeit, die er über allen Dingen ausgebreitet sah, ließ ihn nicht wieder los. Schmerzen und Qual wurden übermächtig. Da wurde ihm das Leben eine Last, die seine Kräfte überstieg. Als er endlich im Alter von 24 Jahren dahinging, hatte er bereits abgeschlossen. So ging neben Hölderlin, Kleist und Novalis die größte Hoffnung unserer Literatur von uns, in einem Alter, in dem andere erst beginnen da zu sein, aber mit einer abschließenden Tiefe des Erkennens, wie sie nur wenigen Sterblichen vergönnt ist. Auf seiner jugendlichen Seele lagen die Schatten des Todes ausgebreitet, jenes Sterbens, das die Dichter zeichnet. Was die innere Zerrissenheit dieses Menschen einer Übergangszeit nicht vermochte, das besorgten die Polizeidiener des deutschen Untertanenstaates; hier war wieder einmal Deutschlands hellenische Jugend, ein Versprechen, eine Verheißung, eine Botschaft aus dem Herzen Europas, aber erstickt und gebrochen, niedergequält und das lange schon bevor sie ihre mittägliche Stunde erreicht hat. Aber wie steht dieser Büchner da! Trotz aller inneren Verzweiflung nimmt er den Kampf um die Freiheit auf und läßt sich aus der Gemeinschaft seines Volkes ausstoßen – welche Reinheit des Herzens, welche über jedes Lob erhabene Sauberkeit in dem Schmutz und dem moralischen Elend einer sich selbst genügenden Umwelt. Wie stark ist dieser Drang, sich von all dem Niedrigen und Niederzwingenden zu erlösen, wie er es in den Zeitgewalten verkörpert sah.

Heinz-Joachim Heydorn

Georg Büchner

Ein Essay aus dem Nachlaß

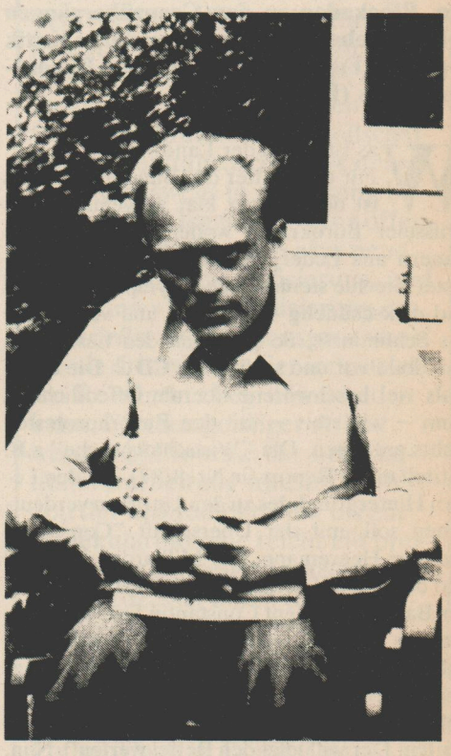
Der Text – aus dem Nachlaß von Heinz-Joachim Heydorn – ist 1947 entstanden und blieb bisher unveröffentlicht.

Mit einer Würdigung im Kontext Heydornschen Denkens von Gernot Koneffke (Darmstadt), und einem wirkungsgeschichtlichen Essay von Reinhard Pabst (Marburg)

Mit 5 Radierungen („Büchner-Studien") des in Wien lebenden Künstlers Alfred Hrdlicka.

80 Seiten, Frontispiz-Foto, fadengeheftet, Bleisatz, Buchdruck, Format 14 x 23 cm, Broschur, 18.00 DM.
ISBN 3-925376-11-9

Verlag der Georg Büchner Buchhandlung
Lauteschlagerstraße 18, D-6100 Darmstadt, Tel. 0 61 51 / 7 74 24



Heinz-Joachim Heydorn, geboren 1916 in Hamburg-Altona, arbeitete während der Nazi-Zeit illegal in Deutschland, wurde 1944 von einem Kriegsgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt, war 1946/47 1. Vorsitzender des SDS, wurde 1949 Mitglied der ersten deutschen Bundesversammlung. Berufung an die Pädagogische Hochschule Kiel 1950, an das Pädagogische Institut Jugenheim 1952; von 1961 bis zu seinem Tod (1974) Professor für Erziehungs- und Bildungswesen an der Universität Frankfurt. Heydorn, der 1961 wegen seiner positiven Stellungnahme für den SDS aus der SPD ausgeschlossen wurde, nahm in den 60er Jahren aktiv an der Studentenbewegung teil.

Wenn die Schwarzen dran sind, wird's für die Bauern finster

ONNO POPPINGA

Kaum eine soziale Klasse der Bundesrepublik hat in den letzten Monaten so heftig und so spektakulär protestiert wie die Bauern. Blockaden an den Grenzübergängen gehörten ebenso dazu wie lautstarke Kritik gegen die Führung des Deutschen Bauernverbandes (DBV).

Was ist los in der Landwirtschaft?
Für die Blätter des Bauernverbandes ist der Gegner klar ausgemacht: die Brüsseler Bürokraten wollen den deutschen Bauern ans Leder, Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle stemme sich – sympathisch rund und dickschädelig – dagegen und verhindere das Schlimmste. So gibt man den Lesern ein Feindbild vor und schützt die CDU. Die einstmals viel beschworene liberale Öffentlichkeit kann – wie stets – mit den Bauernprotesten nichts anfangen. Die "Wirtschaftswoche" z.B. betitelt einen Report (in Nr. 8/87), der den Lesern Hintergründides zu den Unruhen verdeutlichen soll, mit der Überschrift "Constantin Freiherr Heeremann. Der Milliarden-Melker" und beginnt mit den Sätzen, "17 Jahre lang hat der Bauernpräsident Constantin Freiherr Heeremann zu Zuydtwyck für seine Gefolgschaft Subvention auf Subvention geschichtet. Das Ergebnis: der Agrarmark kollabiert, Bauernhöfe werden aufgegeben, Pfiffe für den Präsidenten. Der will jetzt den Bettel werfen". Nun, das wird er wahrscheinlich nicht, und sei es auch nur, um nicht nur als Hausherr, sondern auch als Bauernverbandspräsident Prinz Philipp im Herbst die Hand schütteln zu können. Dann findet nämlich auf den Gütern Heeremanns die Weltmeisterschaft der Zweierzugfahrer statt.
Und die linke Öffentlichkeit? Die taz schwankt zwischen Sympathien für die kämpfend untergehenden Kleinbauern und der alten sozialdemokratisch-städtischen Illusion, daß doch eigentlich der demokratisch organisierte landwirtschaftliche Großbetrieb den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiere und der Niedergang der Bauern so schlimm denn doch nicht sei.
Was ist los in der Landwirtschaft? In den öffentlichen Protestdemonstrationen und in den internen Auseinandersetzungen im DBV (Deutschen Bauernverband) mischen sich sehr unterschiedliche Betroffenheiten, Emotionen, Richtungen in Bezug auf Agrarpolitik, Situation auf den Höfen, Rolle der Landwirtschaft in einer sich zunehmend von den natürlichen Lebensgrundlagen entfernenden Gesellschaft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse auf den meisten Höfen sind schwierig, aber entscheidend für die weit verbreitete Resignation und die Wut, die sich in manchen der Proteste zeigte, sind sie nicht. Wirtschaftlich schlechte Zeiten hat es für die Bauern immer mal gegeben, aber sie waren auch begleitet von Hoffnungen und Versprechungen, daß es nach sieben mageren Jahren wieder sieben bessere Jahre gäbe. Zum Verständnis der Hoffnungslosigkeit, die allenthalben in der Landwirtschaft anzutreffen ist, muß eine kleine Vorgeschichte erzählt werden: Seit Mitte der 50er Jahre steht die Landwirtschaft unter der Forderung, sich *anzupassen*. Der Bauer mußte Mechaniker werden, um den wachsenden Maschinenpark kostengünstig in Schuß halten zu können; er mußte Chemotechniker werden, um den wachsenden Mineraldünger- und Pestizideeinsatz bewältigen zu können; er mußte Betriebswirt werden, um die einzelbetrieblich optimale Allokation der Produktionsfaktoren vornehmen zu können; die Bäuerin mußte nicht nur das Schlepperfahren, sondern auch die Buchführung lernen, letzteres, um den Kontrollansprüchen der Bank und des Staates im Falle der Kreditvergabe gerecht zu werden; schließlich mußte sie lernen, sich nicht mehr als Teil einer eigenständigen sozialen Klasse zu begreifen, sondern als "Unternehmer", die ihre Nachbarn als Konkurrenten zu betrachten habe. Versprechen und Hoffnung aber war immer: Wenn ihr diese Anpassungsleistung vollbringt, dann gehört ihr zu den Überlebenden, Modernen, Anerkannten. Diese Hoffnung, sich durch weitere Anpassungsleistungen eine Chance als Bauer oder Bäuerin offen zu halten, zerbricht nun.

Wachstumslandwirtschaft

Eine Schlüsselrolle hat neben dem massiven und anhaltenden Rückgang der Erzeugerpreise auf allen wichtigen Märkten die Einführung der Milchquote und der damit zusammenhängenden Regelungen gespielt. Auch hier zum Verständnis die Vorgeschichte: Neben der Forderung, die Landwirtschaft müsse sich *anpassen*, wird die Landwirtschaft seit über drei Jahrzehnten beherrscht von der Forderung zu *wasen:* Steigerung der Produktivität auf dem Acker und im Stall, Spezialisierung und Ausdehnung, Zuwachs an Fläche und an Kapitaleinsatz. Diesem Druck zur Wachstumslandwirtschaft hat sich kaum ein Betrieb entziehen können. Der Staat beließ es nicht bei entsprechender Propaganda (in den Landwirtschaftsschulen) und Beratung, sondern er betrieb eine *aktive Investitionslenkung*. (Im Folgenden soll das Dilemma am Beispiel der Milch vorgeführt werden, weil die Milcherzeugung den bei weitem höchsten Produktionswert von allen landwirtschaftlichen Produkten erbringt.) Nur wer in die Vollen ging, seinen Kuhbestand von z.B. 15 auf 40 Kühe aufstockte, erhielt umfangreiche Fördermittel und das Lächeln des Amtsleiters. Von den Zuchtverbänden und Molkereien wurden die Höfe herausgestellt, die die höchste Milchleistung pro Kuh vorzuweisen hatten, egal, wie diese Leistung herausgefüttert wurde, ob sie wirtschaftlich war und wie sie sich auf die Tiergesundheit auswirkte.
Diese erhebliche Ausdehnung der Milcher-

zeugung war notwendige Voraussetzung für ein Aufblühen der Molkereiwirtschaft und der sonstigen milchverarbeitenden Industrien. Die Molkereien hatten (und haben) einen "Heißhunger" nach dem Rohstoff Milch; umfangreiche Anlageninvestitionen wurden getätigt, neue Märkte erschlossen, vor allem auch außerhalb der EG (Indien, Iran, Lybien, Nigeria, Japan u.v.m.). Das Bundeslandwirtschaftsministerium verkündete stolz jedes Aufrücken der Bundesrepublik in der Rangliste der Agrarexportländer. Organisiert wurde diese Entwicklung durch ein sehr enges Zusammenwirken von Bauernverband, Agrarindustrie (insbesonere die genossenschaftlich organisierte) und staatlichen Instanzen. Agrarpolitik wurde zur Politik für den Agrar*sektor*, wobei die eigentliche Landwirtschaft auf die Rolle der Rohstofferzeugung für die Agrarindustrie zurückgeworfen wurde. Entscheidende Vorbedingung waren neben der Durchsetzung der Wachstumslandwirtschaft gegenüber einer durch eigenständige Regeln geprägten traditionell-bäuerlichen Landwirtschaft die von der EG organisierten Markteingriffe (Aufkauf, Lagerung, Exportbeihilfen, verbilligte Abgabe an die Nahrungsmittelindustrie, Vernichtung u.v.m.) **Für die Produkte der Agrarindustrie und des Handels schuf die EG zusätzliche Märkte, die für die Agrarwirtschaft sichere Gewinne bedeuteten. Für die Produkte der Agrarwirtschaft gab es die oft berufenen garantierten Preise und den garantierten Absatz; die eigentliche Landwirtschaft hatte es dagegen mit – relativ und z.T. absolut – fallenden Marktpreisen zu tun.** Bei EG-garantierten Preisen und gesichertem Absatz setzte die Agrarwirtschaft natürlich auf Expansionskurs und forderte die Bauern zu Produktionssteigerung und Wachstum auf.

Milchquoten

Einen scharfen Einschnitt brachte 1984 die Einführung der Quotenregelung bei Milch. Jeder Hof erhielt eine Quote zugeteilt; überstieg seine Milchanlieferung an die Molkerei diese Quote, so waren scharfe Preisabzüge die Folge. Auch für die Agrarwirtschaft wurde das Marktordnungssystem der garantierten Preise und des garantierten Absatzes aufgeweicht. (Auf die Gründe für diesen Schwenk in der EG-Agrarpolitik kann hier nicht eingegangen werden.) Die Einführung der Quote als solche kam zwar für die Landwirtschaft überraschend, aber jeder ahnte, daß es mit den Überschüssen bei Butter und Magermilchpulver nicht auf Dauer weiter gehen konnte. Von entscheidender Bedeutung für die heutigen Proteste ist deshalb auch nicht so sehr die Quotenregelung an sich, es ist die *Form*, in der sie durchgeführt wurde.

● Die Wachstumslandwirtschaft war in der Praxis nur in durchaus unterschiedlichem Umfang mitgemacht worden. Neben den Betrieben, die in die Vollen gegangen waren, gab es eine große Zahl von Höfen, die aus den verschiedensten Gründen sich zurückhaltend verhalten hatten, die die Milchmengen und die Tierbestände gar nicht oder nur unwesentlich erhöht hatten. Zwar sah die Milchquotenregelung unterschiedlich hohe Abzüge je nach Produktionsumfang vor, entscheidend für die Reaktion der Höfe aber war, daß auch diejenigen, die nachweislich nicht zu den Problemen beigetragen hatten, durch Quotenabzüge bestraft wurden.

● Noch eindeutiger wurde die Stoßrichtung der staatlichen Agrarpolitik durch zwei Maßnahmen, die parallel mit der Quotenregelung eingeführt worden sind: die Milchrentenaktion und die Härtefallregelung. Die Milchrentenaktion richtete sich an die kleinen Höfe und forderte sie auf, endgültig mit der Milcherzeugung aufzuhören; dafür wurde ihnen eine Rente angeboten. Im gleichen Atemzug wurde den Betrieben, die den Forderungen nach Wachstum gefolgt waren, im Rahmen der sog. Härtefallregelung "Vertrauensschutz" gewährt, d.h. diese Betriebe hatten nur geringfügige Mengenreduzierungen hinzunehmen, bzw. konnten sogar mehr Milch abliefern als zuvor. Jeder Milchbauer weiß von Fällen zu erzählen, wo durch die Härtefallregelung große Betriebe ihre Kuhzahl noch aufstocken konnten.

Diese Hiebe sind begriffen worden, sowohl von den Begünstigten als auch von den Benachteiligten. Neu für die Benachteiligten war, daß die Agrarpolitik jetzt *aktiv* gegen sie vorging, ihnen nicht nur keine Förderung gibt (die haben sie sowieso nie bekommen), sondern ihnen durch staatlichen Eingriff direkt Einkommen nimmt. Dabei ist es nicht nur das Geld, das rückläufige Einkommen, es ist vor allem auch die Erkenntnis: wir sollen aufhören, niemand will uns mehr. Meistens ist Resignation, manchmal ist Wut die Folge. Bei den Begünstigten ist die Botschaft ebenfalls sehr deutlich angekommen: uns will die Agrarpolitik. Gleichwohl ist Unzufriedenheit auch bei ihnen verbreitet: Da ist zum einen der tiefe Riß in den Dörfern, den die Quotenregelung hervorgerufen hat, der emotional schwer auszuhalten ist auch von den Begünstigten. Da ist aber auch die Unsicherheit, ob die Bevorzugung der Wachstumsbetriebe intensiv genug ist. Die Verschuldung vieler Betriebe ist hoch, der allgemeine Rückgang der Erzeugerpreise verunsichert, die Bedrohung der noch (bäuerlichen) Wachstumsbetriebe durch industrielle Formen der Landbewirtschaftung nicht mehr zu übersehen.

Zudem blieb die von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle versprochene Erzeugerpreissteigerung als Folge der Quotenregelung aus. Auch viele Wachstumsbetriebe wurden verunsichert (trotz öffentlicher Bevorzugung), ob weiteres Anpassen und Wachsen ihnen neue Überlebenschancen eröffnen würden. (Auf den anderen wichtigen Agrarmärkten gab es zwar keine Quotenregelung, aber zahlreiche tiefe Einschnitte, die ebenfalls Verunsicherung auslösten und Angst vor dem Herausgedrängtwerden zur Folge hatten.)

Bauernverband vertröstet

Die – sehr unterschiedlich bedingten – Enttäuschungen über die seit der Bonner Wende vorangetriebene Agrarpolitik richtete sich gegen den Bauernverband und gegen die CDU/CSU. Der Bauernverband hatte alle wichtigen Maßnahmen unterstützt, wehrte Kritik ab, vertröstete. Er, der auch von vielen kleinen Höfen als Interessenvertretung angesehen wurde, sah es zunehmend als seine Aufgabe an, diese Betriebe zum Aussteigen aus der Landwirtschaft aufzufordern. Als wesentlicher Grund für dieses abwiegelnde, herausdrängende Verhalten des DBV wurde die enge Versippung auf allen Ebenen des Verbandes mit der CDU/CSU angesehen. Heeremann als Bauernverbandspräsident, als CDU/MdB, als Multifunktionär und Lobbyist der Agrarwirtschaft zog die Wut förmlich auf sich. Puppen wurden verbrannt, die ihn und Kiechle symbolisierten. Aber immer: es mischten sich die Ängste der Herausgedrängten mit denen der verunsicherten Wachstumsbauern. Eine explosive, vermutlich aber keine langanhaltende Mischung. Die Haltung des Bauernverbandes wird verständlicher, wenn man weiß, daß er sich seit vielen Jahren vorzugsweise zu einer Dienstleistungseinrichtung (rechtliche Beratung, Buchführung u.v.m.) entwickelt hat. Auch finanziell ist er dadurch längst nicht mehr auf möglichst viele Mitglieder angewiesen.

Auch die jüngsten Erklärungen des DBV zeigen sehr deutlich, daß er auf schnellen Ausbau der Wachstumslandwirtschaft setzt. Der von Heeremann geforderte "Jahrhundertvertrag" läuft lediglich auf eine bessere finanzielle Absicherung der Spaltung hinaus: neue Investitionsförderung für die "leistungsfähigen Betriebe" und die Agrarwirtschaft, attraktivere Angebote zum Ausstieg aus der Landwirtschaft für die große Mehrheit der Höfe ("Soziales Marktentlastungs-Programm", "Flächenstillegungsprogramm" u.v.m.).

Den Bauern und Bäuerinnen fällt es schwer, politische Konsequenzen zu ziehen. Viele haben aus traditionellen Bindungen heraus sich und ihre Interessen bei der CDU und CSU aufgehoben geglaubt. Die Betonung von *traditionell* ist wichtig, da es faktisch bei den agrarpolitischen Konzeptionen und Handlungen zwischen CDU/CSU/FDP und SPD Übereinstimmung bis in die Details gibt. Daß es nun aber gerade die "eigenen" Parteien sind, die den Niedergang für den Großteil der Höfe offen betreiben, macht die Entscheidungen schwierig. Bei mehreren der letzten Landtagswahlen (Rheinland-Pfalz, Bayern) haben Bauern und Bäuerinnen fühlbar mit Wahlenthaltung reagiert. Für den weiteren Gang der Dinge wird von großer Bedeutung sein, ob eine glaubwürdige Alternative entsteht. Als Interessenvertretung hat die agrarpolitische Opposition – vor allem die Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft – an Bedeutung gewonnen. Für die Frage, ob es auch parteipolitisch Alternativen gibt, wird viel davon abhängen, ob die SPD und die Grünen aus ihrem Desaster in Hessen – das auch und gerade ein Desaster ihrer gemeinsamen Agrarpolitik war – Lehren ziehen. ■

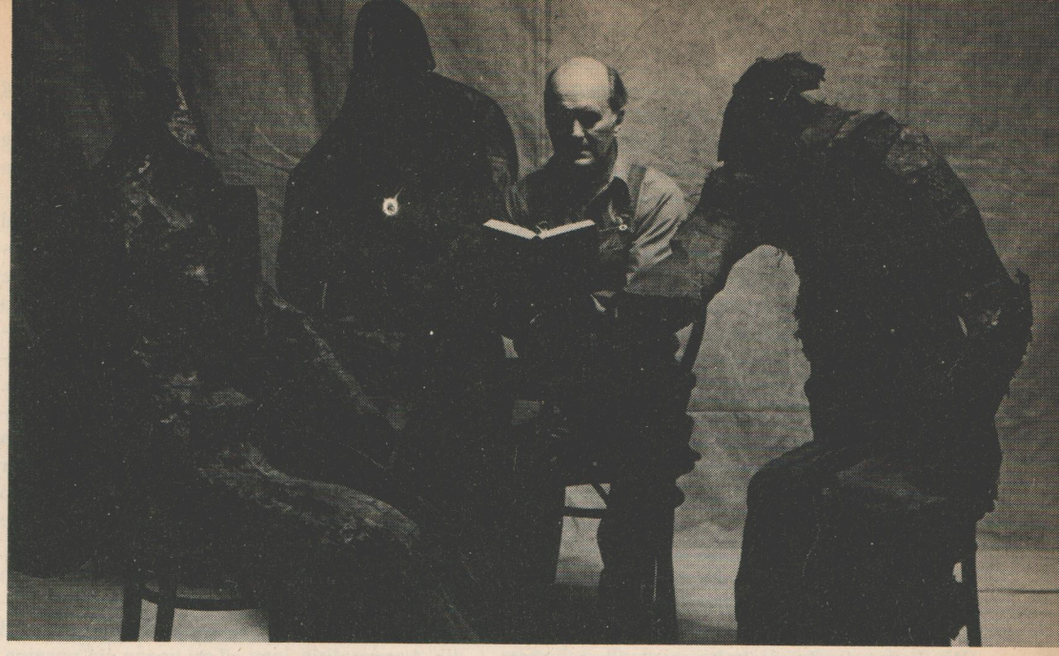
Anzeige

Extra
Bauernblatt
Eine Zeitung von Bauern für Bauern

Onno Poppinga
Götz Schmidt

Die zwei Wege landwirtschaftlicher Reformen:
umweltverträgliche Produktion in bäuerlichen Betrieben
oder Ausgleichspolitik

Heftpreis 5.-DM
bei Bestellung bitte überweisen auf:
Kreissparkasse Wiedenbrück (BLZ 478 535 20)
Kto.Nr.: 20 17 838



"Wirtschaftskraft und Spitzentechnologie sind nicht alles. "Was aber bleibt, stiften die Dichter", sagt Hölderlin." Finanzminister Guntram Palm am 24.9.1986 vor dem Landtag Baden-Württembergs.

High-Tech — High-Culture — High-Späth

NORBERT REIBER

"Während Sie und andere noch über das Thema Subventionen diskutieren, sage ich Ihnen voraus, daß es in den neunziger Jahren die kulturelle Infrastruktur sein wird, von der Standortentscheidungen abhängen", belehrt Lothar Späth die Marktpuristen der Wirtschaftswoche (WiWo 25.7.86) über moderne Staatskunst. Vorbei die Zeit der High-Tech-Förderung? Versiegen die Millionenströme in die entsprechenden Forschungslabors und Institute, in Verkabelung und Netzintegration?

Das nun sicher nicht – erst vor kurzem veranschlagte die Landesregierung in ihrem Doppelhaushalt für 1987/88 460 Mio. DM für die Computerisierung ihrer Verwaltung – aber: "Hinter High-Tech muß eine weitere Stufe geschaltet werden" (L. Späth). Eine kulturelle Stufe. Die Wortwahl verrät zweierlei: Der Ministerpräsident (Lebensdevise laut FAZ: "Denen zeig ich's") gefällt sich mehr im Schalten als im Walten und die Kultur"stufe" ist Teil einer "Rakete" namens "Modernisierungspolitik".

Die Attraktivität von Standorten moderner Industrien hängt zunehmend vom kulturellen Angebot ab, lautet die neueste These der Modernisten. "Der Stuttgarter Traum vom Münchener Charme", so titelt die SÜDWEST-PRESSE vom 22.8.'86. Um diesen Charme zu erreichen, beschäftigten Land und Stadt internationale Spitzenarchitekten, um das Kampfmittel Kultur für Stuttgart zu optimieren: "Nun rüstet auch Stuttgart auf", schreibt die FAZ vom 14.4.'87. Genügten bislang billige Grundstücke, niedrige Energiekosten, ausgebaute Verkehrsverbindungen und Steuervergünstigungen, um einen Betrieb in eine bestimmte Region zu locken, so müssen heute zum gleichen Zweck gute Schulen, Universitäten und lockende kulturelle Angebote gemacht werden.

Diese "Einsicht" ist nicht nur Baden-Württemberg gegeben. Die "Stiftung Niedersachsen" bspw. soll mit einem Startetat von 55 Mio. DM Hochschulen, Theater und Museen "als Lockmittel für neue Industrien" unterstützen (FAZ 13.9.'86). Andere Bundesländer und Städte verfolgen im kulturellen Konkurrenzkampf ähnliche Projekte. Industriefördernde Kultur ist nur eine Seite des Nutzens, die andere liegt im scheinbaren Gegenteil: Mit der technologischen Entwicklung der letzten Jahre rückten Fragen der Grenzen und Risiken der Technik, Fragen der Ethik etc. in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Gerade ethisch moralische Fragen aber werden kulturell ausgetragen. **So dient denn Kultur – nur scheinbar paradox – beidem: Der Technikförderung und der Bewältigung ihrer Folgen.**

Theater, Museen, Galerien, Oper, Ballett, Orchester, ganze "Kulturmeilen" (für die Landeshauptstadt) usw. werden nach Kräften gefördert. Vornehmlich in den Ansiedlungsräumen moderner Industrien. ("Eine Kunstrevolution – zum Vorteil Stuttgarts", SÜDWEST-PRESSE v. 10.4.'87) Es sind die jungdynamischen IBM-, SEL-, Nixdorf- etc. Angestellten, die die Gänge der Staatsgalerie durchstreifen, die schicken Cafes bevölkern, die Mode- und Designshows aufsuchen. Solcherart "High-Culture" sei bspw. "Ursache für den Erfolg Münchens" (W. Engels in der Wirtschaftswoche vom 18.7.'86).

"High-Culture" ist nicht Massenkultur, aber das Späthkonzept erschöpft sich auch nicht darin. "Low-Culture" für "draußen", draußen in der Stadt und draußen im Land sind wohlgefällig mitbedacht. Der Ministerpräsident anerkannte anläßlich einer Podiumsdiskussion des Deutschen Kulturrates in Stuttgart zum Thema "High-Tech – High-Culture" lediglich die Klage eines Vertreters des alternativ-kulturellen Tübinger "Club-Voltaire" über die Benachteiligung experimenteller Kulturformen gegenüber den Etablierten, als grundsätzliches kulturpolitisches Problem. Der Rest war ihm "Kampf der Interessenverbände um Bargeld" (SÜDWESTPRESSE 11.10.'86).

Auch "alternative Kulturformen" rücken in den förderungswürdigen Bereich, wie das Stuttgarter "Theaterhaus" belegt. Doch draußen in der "Blüte der Alltagskultur" (H. Lübbe) findet sich noch mehr, was der Prüfung nach sinnstiftendem Gehalt stand hält. Die Vereine, Feuerwehren, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsgruppen stehen hoch im Kurs. Kultur zum Wohlfühlen. Die Freizeit gewinnt an Stellenwert. Freizeit als disponible Zeit ist – so die Analyse der Staatslenker – zunächst ohne Sinn. "Im Vereinswesen kann durch freiwilliges Engagement diese Dispositionsfreiheit in Sinn transformiert werden" (Kommission Zukunftsperspektiven, S. 36). Wichtiger als der Ort des Geschehens, der Verein, ist wohl die Art des Tuns, das "freiwillige Engagement". Glück und Selbstverwirklichung – so der Sinnstifterphilosoph H. Lübbe – bedürfen geradezu der kulturellen Unterstützung; Sinn sei in der Alltagskultur zu suchen. Oder: "Wenn schon keine Erfüllung in der Arbeit – dann wenigstens im Gesangverein" (Ch. Reymann in Sozialismus 4/86).

Die sinnstiftenden, geselligen "kleinen Einheiten" sollen sich als stabile selbstregulierende Fundamente des hochtechnisierten, schnellem Wandel unterliegenden Staatsgebäudes bewähren. Diese Aufgabe kommt nicht mehr allein der traditionellen Familie zu, die für die Anforderungen des "schnellen – Staates" eh zu träge, behäbig, beharrend ist. Singels und WG's bewältigen Flexibilität und Mobilität, die Erfordernisse flexibler Produktion erheblich leichter.

Der Kern der Vereinsblüte (auch "alternativer" Initiativen) ist in der Formel ausgedrückt: "Lebensgewinn durch die Verpflichtungskonsequenzen freiwilligen Engagements bei Zwekken von unbestreitbar objektiver Sinnfülle." Nach dieser Formel werden Programme entworfen. Der obrige Text der "Kommission Zukunftsperspektive" fährt fort:

"Schulfeuerwehren wurden auf dieser Grundlage gebildet, Sanitätergruppen oder auch Orchester und Chöre. Das funktioniert heute in den Bürgerschaften unserer Kommunen nicht anders. Gemeindefeuerwehrverbände haben über Mitgliedermangel nicht zu klagen, Jugendgruppen und Altersabteilungen bilden Subforma-

tionen; die Geselligkeitsbedürfnisse sind reichlich bedient. Der Ernstfall bricht dann und wann lebensernststiftend ein, die Bewährung findet ihre Anerkennung, und all das ist über seinen gesetzlichen Rahmen auch mit den politischen Institutionen verbunden. Das bedeutet: Dispositionsfreiheit hat sich in Bürgersinn umgesetzt."
Über Kultur wird das Individuum an das Allgemeine gebunden (Lukács(. Wobei "das Allgemeine" zunächst die "kleine Einheit" der unmittelbaren Umgebung ist, die wiederum über den "gesetzlichen Rahmen" mit den "großen Allgemeinen" dem Staat gekoppelt ist. "Unten, vor Ort", wird Sinn in der disponiblen Zeit gesucht, während "oben" regiert und die Verwendung der nichtdisponiblen Zeit organisiert wird.
Kulturelle Unterschiede sind dabei gewollt. Regionale oder milieuspezifische Eigenheiten, Traditionen dienen durch ihre bewahrenden Charakter der Sinnstiftung und Identitätsbildung. Jedem seine Heimatkultur. Kultur hat nur dem Bürgersinn zu dienen. Wird diese Bedingung eingelöst, verdient jede Kulturform Förderung. Nach einer gewissen Zeit der Diskussion will Späth seiner CDU die Bedeutung sozio-kultureller Zentren etwa auf dem Parteitag 1988 klar machen. Jeder "kleinen Einheit" unten ihre "Kultur von unten"; jedem seine kulturelle Heimstatt.
Damit sind jedoch klar und deutlich die Formen der "cultura negativa" ausgeschlossen. Die der mäkelnd, krittelnden Intellektuellen z.B. **Sinnstiftend muß Kultur sein und banal.** Sonst bewirkt sie das Gegenteil. Der als Vertreter der "musica negativa" gescholtene Komponist und Stuttgarter Musikprofessor Helmut Lachemann kann nicht zusammen mit Beethoven und nicht vor Späth gespielt werden. "Neue Musik, die sich falschem Optimismus widersetzt, widerspricht der Modernität der Stuttgarter Linie" (Lachenmann in: dvz/die tat v. 8.8.'86). Die Situation nach der "geistigen Wende", so fährt er fort, fordert "volkstümelnde", banale Kunst. Kritiker verträgt das antiaufklärerische, apolitische Klima des Landes nicht. Volkstümelnd, banal, heiter kommt sie daher, die förderungswürdige Kultur. "Daheim sterben die Leut'", so hieß das "linke Filmbeispiel dieser neuen Erfolgswelle. Heimatliche Nähe statt distanzierender Kritik, alltäglich Banales statt "tiefschürfendem" Intellektualismus; "daheim sterben die Leut'", statt "Servus Bayern (oder Baden-Württemberg)". Heimstättenwerk eben. Keiner sagt schöner, was traditions- und heimatorientierte Kultur sei und keiner belegt so schön die Behauptung, wonach milieugerechte (szenengerechte) Kultur Kehrseite der ungezügelten kapitalistischen Entwicklung sei, wie unser Sinnstifter Hermann Lübbe:
"Generell ist die historische Kultur nur erklärbar als Versuch der kulturellen Kompensation eines änderungsbedingten Vertrautheitsschwundes." Nach der Theorie kommt dann die Empirie: "Zur Blüte unserer Alltagskultur, . . ., gehört ja auch die Hobbyküche. Unter dem Aspekt des Hobbykochens spielen heute auch Regionalküchen, zugleich im Kontext des erwähnten europäischen Regionalismus, eine wesentliche Rolle. Das ist der Zusammenhang, in dem auch neu aufgelegte altschwäbische Kochbücher reichen Absatz finden. Wieso? Die Erklärung lautet: "Wir kompensieren so den Erfolg von McDonalds" (Hermann Lübbe, in: Zukunftschancen eines Industrielandes, Herausforderung Weiterbildung, Stuttgart 1984). ■

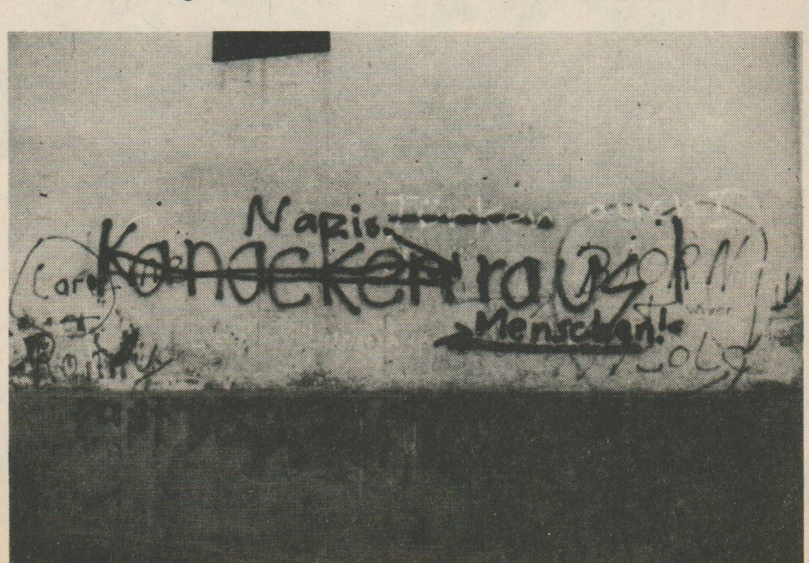
neonazis

Das rechte Lager

BENNO HAFENEGER/ WALTER LOCHMANN

Die organisatorische Situation, die politischen Themen und Strategien haben sich in der rechtskonservativen, parlamentarisch orientierten wie in der extremen Rechten in den letzten Jahren zum Teil erheblich verändert. Während die CDU/ CSU "neue Politikfelder" besetzt, die NPD Stimmenzuwächse erzielt und andere Gruppierungen sich wie die "Republikaner" als neue Parteien konstituieren, verlieren die neonazistischen Kader und Organisationen an Bedeutung und sehen sich zunehmender Strafverfolgung ausgesetzt. In nächster Zeit wird mit einer Konsolidierung des rechten Lagers im Organisationsbereich von NPD, DVU und "Republikanern" zu rechnen sein: als "modernisierte", neue Rechtspartei neben CDU/ CSU.
Nach Einschätzung der Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder – wenn man sie mit aller Vorsicht als quantitativen Indikator des organisierten rechtsextremen Potentials akzeptiert – für das Jahr 1986 stagniert die Mitgliederentwicklung im rechtsextremen Organisationsbereich wie auch die Gesamtauflage ihrer Publikationen (Gesamtzahl 1986 war 8.158.000); im neonazistischen Bereich hat bei stagnierender Mitgliederentwicklung vor allem die FAP eine Sogwirkung.

Die Mitgliederzahlen haben aber nur eine begrenzte Aussagekraft bezüglich der Sympathien für das "rechte Lager" und Themen, die sie ansprechen.
Die größte parteiungebundene Jugendorganisation ist die in der Tradition der HJ stehende *Wiking-Jugend (WJ)*. Als "national-bündische" Gruppe wirbt die WJ "Jungen und Mädchen" mit Kritik am "muffigen Alltag" und bietet "zünftige Zeltlager mit Lagerfeuer und dem Erlebnis echter Kameradschaft" an. Sie formuliert eine scharfe Absage und Anklage an die "verfressene Konsumgesellschaft" und vermeintlich "dekadente Jugendkultur", an "marxistische Schaumschläger" und das "Gesabbel linientreuer Spießer". Es wird Mut gemacht" gegen die "Verleumdung durch rote Lehrer, Mitschüler und Eltern": Das wird die Eintrittskarte für Jugendliche mit "Verstand im Hirn" und "Mumm in den Knochen"; das ist die Richtung und Grundlage, zur völkischen Elite – mit der Leitidee "Nordland" – zu gehören und zum "eigenen Volk" und "eigenem Land" zu stehen. WJ- und ehemalige ANS/ NA-Anhänger verstehen sich im Rahmen einer gemeinsamen "Aktionsplattform" als "Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO)". Gemeinsame Aktionen dieser "rechten Apo" sind z.B. die Störung einer DGB-Kundgebung in Aachen und das "Silvestertreffen in der Rhön". Ausschnitte aus einem in Fulda verteilten Flugblatt: "Also: Gasknarren durchladen, Knüppel untern Wagen und ab. Nur der innere Befehl zählt!!!. Weg mit dem Wodka-Cola-Schweinesystem. Laßt uns wieder WÖLFE sein."
Nach zahlreichen Verboten neonazistischer Organisationen und Haftstrafen gegen führende Kader und Mitglieder haben sich seit Ende 1983 vor allem in der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)* rechtsextreme männliche und gewaltbereite Jugendliche organisiert. Die FAP ist eine explizit politische Kaderorganisation; ihr aggressives Militanzkonzept zielt vor allem auf öffentliche Präsentation, gewaltbetonte Überfälle und Auseinandersetzungen mit Ausländern und offenes Anknüpfen an rassistische, nationalsozialistische Ideologiebestandteile und Politik. Sie definieren sich als "junge Nationalisten" und fordern u.a. die "Neugründung eines deutschen Heeres unter deutschem Oberbefehl; die Befreiung des deutschen Reiches und Rückgabe deutscher Gebiete in den Grenzen vom 1.9.1939; Erziehung



der deutschen Jugend nach dem Leitbild des Gemeinschaftsgedankens".

Die *Deutsche Frauenfront* ist Teil der FAP und fordert unter der Parole "Rassenmischung ist Völkermord" u.a. "ein Ehegesetz", nach dem "nur Menschen verwandter Völker untereinander heiraten dürfen"; ein "Sterbehilfegesetz für die Fälle geistiger und körperlicher Behinderung"; ein "Schwangerschaftsabbruchgesetz" mit den Indikatoren "genetischer Schädigung und Vergewaltigung".

In der *Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)* sind vor allem ehemalige Mitglieder verbotener Gruppierungen organisiert. Die HNG mit etwa 200 Mitgliedern und 300 Anhängern versteht sich als "Bindeglied zwischen den Kameraden draußen und unseren politischen Gefangenen"; sie betreut rund dreißig Häftlinge (darunter Rechtsterroristen und militante Neonazis) und ist Kontaktstelle zu Neonazis anderer Länder.

Die *Nationalistische Front (NF)* wurde Ende 1985 in Bielefeld gegründet und charakterisiert eine Strömung im bundesrepublikanischen Rechtsextremismus, die den "Abschied vom Hitlerismus" fordert und als "antiimperialistische" und "sozialrevolutionäre" Bewegung der "Verbürgerlichung" und dem "Verrat des wahren Nationalsozialismus" entgegenarbeiten will. Sie orientieren sich an Strasser und Röhm und formulieren nationalistische und völkische Ziele, durchsetzt mit "revolutionären" Phrasen.

Die *Deutsche Aktionspartei (DAP)* wurde im Mai 1986 von Aktionisten des rechtsextremen Lagers im Rhein-Main-Gebiet gegründet. Sie vertritt ein taktisch-legalistisches Konzept, das offene Bezüge zum Nationalsozialismus vermeidet. Ihr Politikkonzept einer autoritären neuen Ordnung nach innen fordert "die Schaffung einer starken, zentralistischen Regierungsgewalt des Staates, die Erweiterung der Kompetenzen für Polizei und Geheimdienste und den Aufbau eines aus Freiwilligen bestehenden paramilitärischen Staatsschutzkorps, zur Sicherung der innerstaatlichen politischen Ordnung, sowie zur Bekämpfung etwaiger innerer Revolten und Unruhen". Programmatisch zentral sind ausländer- und minderheitenfeindliche Forderungen und ein territorialer Expansionismus.

Parlamentarisch orientierte Gruppierungen

Parlamentarisch orientiert sind die NPD, die Republikaner und "Deutsche Volksliste", die von führenden Aktivisten der Deutschen Volksunion (DVU) Ende 1986 in München initiiert wurde und in diesem Jahr erstmals (eventuell mit der NPD) an Landtagswahlen teilnehmen will.

Die *Deutsche Volksunion (DVU)* ist mit 12.000 Mitgliedern die größte "klassische" Organisation; ihr Vorsitzender, Dr. G. Frey, ist gleichzeitig Herausgeber der "Deutschen Wochenzeitung", des "Deutschen Anzeigers" und der "Deutschen Nationalzeitung" mit einer Gesamtauflage von rund 110.000 Exemplaren. Die DVU plädiert (als einzige Organisation des rechten Lagers) für die Einbindung in die NATO und die "Nachrüstung", sie schüren fremdenfeindliche und vorurteilsbeladene Ressentiments gegen Juden, Sinti und Roma und betreiben massiven Geschichtsrevisionismus.

Die *Nationaldemokratische Partei (NPD)* konnte mit 6.100 Mitgliedern 1985 ihren Organisationsgrad stabilisieren und hat durch die Wahlkampfkostenerstattung der Europa- und Bundestagswahl ihre Finanzlage erheblich verbessert; sie vertritt ideologisch die Idee der "Volksgemeinschaft" mit rassistischen Anklängen und agitiert gegen Ausländer, die als "Umweltzerstörung, vergleichbar mit den meist zerstörerischen Eingriffen der Zivilisation in der Natur" bezeichnet werden. Die Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN) (1985 hatte die JN 550 Mitglieder) propagiert mit einer breiten Schüler- und Jugendzeitungsoffensive nationalistisch-neutralistische und zivilisationskritische Ideologiefacetten.

Mit dem Versuch, einen neuen "deutschen Patriotismus" zu profilieren und einer Mixtur aus klassich-rechten und Gegenwartsthemen (Landwirtschaft, Aids, Verschmutzung der Flüsse, Drogen, Familiensinn, freiwerdende Arbeitsplätze für Deutsche; blockfreies, wiedervereintes Deutschland etc.), haben die *Republikaner* bei der bayerischen Landtagswahl 1986 drei Prozent der Stimmen bekommen. Die zentrale Botschaft des Vorsitzenden Franz Schönhuber (ehemals Unterscharführer der Waffen-SS und stellvertretender Chefredakteur des bayerischen Fernsehens) ist: Die Deutschen sollten den "aufgezwungenen Schuldkomplex" ablegen. Er bezeichnet die NS-Zeit als "Unrechtsstaat" und stellt gleichzeitig die Alleinschuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg in Frage und deklariert: "Wir Deutschen brauchen uns nicht zu schämen." "Die jungen Leute, die zu uns kommen, sind überzeugte Demokraten, aber wir sagen, es muß einmal Schluß sein, daß wir Deutsche noch Jahrzehnte als Gezeichnete durch die Gegend laufen. Wir wollen wieder ein selbstbewußtes Volk werden" (Der Spiegel, Nr. 43/1986). Die nationalkonservativen Republikaner zielen auf enttäuschte CDU/CSU-Wähler und wollen sich bei den nächsten Landtagwahlen bundesweit profilieren. So bilden z.B. in Bremen "acht ehemalige CDU-Abgeordnete, die ihr Mandat mit zu den Republikanern genommen haben, die Keimzelle der Schönhuber-Partei" (FR, 6.3. 87).

„Eine

Im Jugendraum der JN in der NPD-Geschäftsstelle des Kreisverbandes Frankfurt trafen wir uns mit "Jungen Nationaldemokraten" und NPD-Mitgliedern. Die Kellerräume waren sehr ordentlich, keine leeren Flaschen u.ä.; an den Wänden hingen JN/NPD-Fahnen; NDP-Plakate, Saufgedichte, Propagandamaterial lagen aus. Kontakt und Einladung waren Ergebnis einer Veranstaltung zum Thema "Neofaschismus" in Neu-Anspach, bei der eine Gruppe von 20-25 NPD/JN-Mitgliedern massiv störten, die Veranstaltung teilweise zur Wahlkampf-Veranstaltung machten und (wahrscheinlich) in den Toiletten des Bürgerhauses Hakenkreuze und antisemitische Sprüche schmierten (was von den Jugendlichen bestritten wird – sie haben Anzeige gegen "linke Schmierer" gestellt!?). Ihr Angebot war: "Uns einmal richtig über die NPD zu informieren". Das etwa 2-stündige Gespräch führten wir schließlich mit drei Jugendlichen: einer jungen Frau aus Liederbach, einem Jungen (ihrem Freund) aus Frankfurt und einem weiteren Jugendlichen, der aus dem Hochtaunuskreis kommt.

Die junge Frau war vorher bei der JU; sie wechselte zur JN/NPD, "weil 20 Asylanten nach Liederbach kamen und die CDU nichts dagegen" unternahm. Sie bezeichnet ihr Elternhaus als unpolitisch, inzwischen habe sie die "Eltern und ihre Schwester aber

Rechte ideologische Muster

Geschichte und Historiker-Debatte: Im Zentrum rechtskonservativer und rechter Ideologien steht die "Architektur" einer "neuen" und unbelasteten "nationalen Identität", die optimistisch und zukunftsorientiert der Bevölkerung Identifikationsmöglichkeiten (an)bietet und sich deshalb vom "Ballast" des Nationalsozialismus befreien muß. Offenes Anknüpfen an nationalsozialistische Traditionen gehören zum ideologischen Bestand im harten Kern des rechten Lagers; die "Gnade der späten Geburt", "Normalisierung", Verdrängung und Aufrechnungsmentalität kennzeichnen Positionen in weiten Teilen des rechten Lagers und der offiziellen Regierungspolitik.

Diese Versuche, Geschichte zu "normalisieren", einen Schlußstrich zu ziehen, aufzurechnen, zu verdrängen und den Nationalsozialismus zu verharmlosen, waren lange Zeit klassische Merkmale rechtsextremer Politik und in einer gesellschaftspolitischen "Tabu-Zone". Befriedigt – und zutreffend – notiert deshalb der Herausgeber der rechtsradikalen "Nation Europa" im Februarheft 1987, daß "namhafte Historiker und Publizisten (und Politiker, hätte er ergänzen müssen, d.V.) Standpunkte (beziehen), wie sie bislang nur von der nationalen Opposition eingenommen wurden".

Das "deutsche Volk" stirbt aus: Die sogenannte Netto-Reproduktionsrate der Deutschen ist im rechtskonservativen und rechten Lager ein zentrales Thema. Kardinal Höffner sieht die Deutschen in einer "schweren Lebenskrise" und diagnostiziert eine "Krise der Wertvorstellungen"; besonders der Traditionsbruch in den Jahren 1969 bis 1973 habe zu "maßloser Emanzipation", Subjektivismus und Konsumismus geführt, daß es letztlich "mehr Särge als Wiegen" gäbe. Die Rechte sieht in der Überwindung "unseres chronischen Geburtenschwundes", dem Schutz von Ehe, Familie mit "familienfördernden Maßnahmen allein für deutsche Familien" eine wirksame Gegenstrategie, die die "Arbeitslosigkeit verringert", den "Sozialstaat sichert" und "deutsche Lebensinteressen gegen Masseneinwanderung und Vermischung" durchsetzt. Die Schuld an dieser Entwicklung wird den "Todsünden unserer Zeit" zugeschoben: "Die Aushöhlung des § 218; die Auflösung unserer Familie, die propagierte Berufstätigkeit unserer Mütter; die Auswirkungen einer antiautoritären Erziehung; die Zerstörung durch Drogen; die Überschwemmung durch Angehörige fremder Völker". Die "gewollte Zerstörung der Volkssubstanz" geht für die Rechte einher mit zwei anderen "Bevölkerungsbewegungen": der "Massenzuwanderung und der Vermischung".

Deutsche Tugenden: Der harte Kern innerhalb des rechten Lagers propagiert das Leitbild des zur "Elite" gehörenden "politischen Soldaten", der bis zur Selbstaufopferung sein persönliches Leben dem Kampf unterordnet und alle Brücken zum bürgerlichen Leben abbricht. Als Tugenden gelten Gehorsam, Ehre, Treue, Nationalstolz und moralische Rigidität; Gewalt und Kampf werden als Lebensprinzipien akzeptiert und gefordert. Innerhalb der "gemäßigten" Rechten und im rechtskonservativen Lager wird stärker der Gedanke der (Volks)Gemeinschaft akzentuiert. Leistungsbereitschaft, Verantwortungsfreude, Selbstdisziplin, Opferbereitschaft, Gemeinsinn, Askese, Bescheidenheit, Ehre und Fleiß sind die alt-neuen Tugenden. Sie sollen (so beispielsweise der CSU-MdB Götzer in einem taz-Interview) nicht "länger als faschistoid abgestempelt" werden, sondern in einem bewußtseinsverändernden Prozeß als sinn-, orientierungs- und identifikationsstiftende Werte revitalisiet werden; als rollback und Kampfansage gegen das zeitweise Vordringen linker und linksliberaler Ideen. Auch dieser Kampf um kulturelle Hegemonie, die Wortpolitik um das Besetzen von Begriffen ist eng verknüpft mit den Versuchen der Geschichtsrevision. Bruno Heck formulierte beispielsweise in der CDU-Theoriezeitschrift "Die politische Meinung": "Die Rebellion von 1968 hat mehr Werte zerstört als das Dritte Reich. Sie zu bewältigen ist daher wichtiger, als ein weiteres Mal Hitler zu überwinden." Die von rechts betriebene "Entsorgung" der Geschichte verschleiert den Zusammenhang gerade dieser Tugenden mit der nationalsozialistischen Barbarei und Herrschaft und denunziert die durch die Studentenbewegung initiierten Demokratisierungsversuche.

Volk-Vaterland-Wiedervereinigung: Die Realität der deutschen Teilung als Konsequenz nationalsozialistischer Kriegspolitik gilt den Rechten als die von den "Siegermächten" beabsichtigte "Vernichtung des deutschen Volkes als kultureller Großmacht" (Zirkelbrief Nr. 25 der "Notverwaltung des Deutschen Ostens vom Februar 1987). Abverlangt wird rituell der "Einsatz und ein Bekenntnis für Deutschland" (NPD), gegen "Demarkations- und Mordgrenze". Traditioneller Antikommunismus wird ergänzt durch Ideologiefacetten, die in der "Niederringung und Zerstückelung Deutschlands" die "wichtigste Ursache aller Spannungen und Streitigkeiten und damit die Bedrohung der ganzen Welt" sehen. Wiedervereinigung als nationalistische "Befreiungsbewegung" (und als Widerstandskategorie) ist ein neues Thema innerhalb der Rechten. Drei Beispiele verdeutlichen diese Tendenz:

Wann fahren endlich die Bulldozer unserer "amerikanischen Freunde" auf, um den Zustand vom 7. Mai 1945 wiederherzustellen?! Oder sind sie gar nicht unsere Freunde, sondern nur die fremden Truppen, die sich unter dem Schafspelz der Freiheits- und Friedensbringer verborgen halten, um unser Vaterland DEUTSCHLAND als ihr vorgeschobenes Schlachtfeld zu benutzen? Das Gleiche gilt für die "russischen Freunde" in Mitteldeutschland. Unsere Losung: Grenze, Stacheldraht, Raketen, Minen können nicht dem Frieden

moderne Partei" – Gespräch mit jungen Nationaldemokraten

agitiert". Sie macht einen selbstsicheren, souveränen Eindruck, arbeitet als Elektronikerin bei der Bahn, ist in der Gewerkschaft ("die ist zwar links, aber Arbeiterinteressenvertretung ist notwendig") und hat auch schon ein BU-Seminar besucht. Ihre politischen Aktivitäten sind in ihrem sozialen Umfeld bekannt; der Berufsschullehrer wurde aufgefordert, beim Thema "Parteien zur Wahl" auch die NPD einzubeziehen. Ihr Frauenbild zielt auf die "Natur der Frau" als Mutter, dennoch sieht sie sich (und die JN) als moderne Partei – sie grenzt sich von den "Kulturtreuen" ab, die sie "lieber im Dirndl" sehen würden. In Frankfurt sind 4-5 Frauen in der NPD/JN aktiv. Den größten Teil ihrer Freizeit verbringt sie bei der JN, daneben spielt sie noch in einem Orchester. Ihr Freund ist Aktivist in Frankfurt; er arbeitet im Schichtdienst bei der Post und spielt in einem Fußballverein. Er betont sehr stark die Notwendigkeit von Gesprächen und Überzeugungsarbeit ("wer uns kennt, schreit nicht mehr "Nazis raus") und weist auf die JU als "Vorfeldorganisation" hin.

Der andere Jugendliche war – als einziger der gesamten Gruppe – in Uniform und ist gleichzeitig Mitglied der WJ; ideologisch wird das so gelöst, daß die Distanzierung der JN/NPD nur die neonazistischen Tendenzen der WJ betrifft, nicht die WJ als ideologische und politisch befreundete Organisation. Ihre politischen Inhalte beziehen sich im wesentlichen auf die nationalistische und rassistische Komponente, auf "Wiedervereinigung, Vaterland, Ausländer- und Asylpolitik". Historische Fragen blieben ausgeblendet, es dominiert das Interesse an einer "modernen Partei"; und sie "sind demokratisch, vertreten als einzige deutsche Interessen". Wesentlicher Bezugspunkt ist die Normalität ihrer Arbeit, auf die sie wiederholt insistieren: Es gibt das Primat der Politik gegenüber Lagerfeuerromantik oder Wehrsportübungen und Aktivismus; "wie bei jeder Partei werden Plakate geklebt, Flugblätter verteilt, Zeitschriften verteilt" (der 'Rebell' erscheint z.Z. nicht, ansonsten mit einer Auflage von 1.000 Exemplaren; finanzielle Mittel über Spenden etc. scheinen nicht sehr groß zu sein), eine punktuelle Zusammenarbeit mit "Linken" in Fragen von AKW's, Friedenspolitik, Umweltschutz würden sie begrüßen. Sie grenzen sich von bürgerlichen Parteien (Karriere, Posten, Mandate) ebenso ab wie von neonazistischen Gruppen, die als "Adolf-Hitler-Gedenkvereine" bezeichnet werden. Sie sehen sich nicht als Vorfeldorganisation für rechtsextreme Gruppen ("das liegt an den falschen Erwartungen"), eher als "Bewährungschance für Neonazis". Kameradschaft, Verbindlichkeit, das demonstrative Ablehnen klassischer Klischees sind die Elemente der Selbstdarstellung/-wahrnehmung. Es gibt vereinzelte KDVler, der Landsvorsitzende war mit seinen schulterlangen Haaren, den Jeans, dem offenen Hemd eher der Typ des "Sponti" – der "geht auf jeder Demo durch", war der Kommentar der jungen Frau, die allerdings "kurze Haare besser" finden würde. Die JN verfolgt ein begrenztes Militanzkonzept mit der Perspektive beruflicher und sozialer Integration (Familie, Beruf, Schule, Vereine). Die soziale Zusammensetzung geht durch alle sozialen Schichten, in der Mehrzahl Auszubildende (offensichtlich bei der Bahn und Post), es gibt vereinzelt auch Schüler und Studenten. Ihre Selbstinszenierung als politisch Verfolgte, verknüpft mit friedens- und ökologie-orientierten Themen und Ideologiefacetten, deuten eine "Demokratiekritik" von rechts an: Es fehlt an echter Demokratie, es gibt Berufsverbote bis hin zur Zerstörung der beruflichen Existenz und es gibt einen Verfall politischer Kultur.

Aufgrund von Umfragen sehen sie eine reale Perspektive für die NPD/JN. Weitere Hinweise kamen zum NHB (existiert faktisch nicht mehr, Mitglieder sind zu den studentischen Verbindungen gewechselt), zur DVU (mit ihrer Neugründung "Deutsche Liste") und den 'Republikanern', die offensichtlich als politische Konkurrenten ernst genommen werden.

Benno Hafeneger/Walter Lochmann

dienen, daher: Fremde Truppen, raus aus Deutschland! (Flugblatt d. WJ)
Seit 1945 verharren wir nun schon, scheinbar wie gelähmt, in diesem für seinen Bestand wohl gefährlichsten Zustand seiner Geschichte. Zwar schweigen die Waffen, aber ein echter Friede fehlt. Deutschland als Staat zertrümmert, als Volk zerrissen, mit einer unmenschlichen Mauer mitten im Herzen des Landes. Hüben und drüben stehen die Söhne des Volkes, gezwungen wie Landsknechte im Dienst der nun zerstrittenen Sieger, um auf deren Befehl sich gegenseitig abzuschlachten. Beide deutsche Armeen besitzen kein eigenes Oberkommando, noch einen Generalstab, damit der Michel nicht etwa auf dumme Gedanken käme.
(Zirkelbrief Nr. 24 der 'Notverwaltung des Deutschen Ostens', v. Jan. 1987)
Die Forderungen nach einem "dritten Weg" jenseits der beiden Kultur- und Militärblöcke führten beispielsweise bei einem rechtsextremen Wehrpflichtigen zur Weigerung, das "feierliche Gelöbnis" abzulegen. Seine Begründung: Er empfinde die Bundeswehr als eine Kolonie der Yankees.

Im Kontext des neuen "Patriotismus" propagieren alle rechten Gruppen (außer der DVU) einen "Dritten Weg" und die Wiedervereinigung als Bedingung zur Überwindung der beiden Kultur- und Militärblöcke und als unverzichtbaren Beitrag zur Friedenssicherung in Europa.
Für die "hardliner" innerhalb der CDU/CSU ist die "deutsche Frage offen"; sie hofieren die Vertriebenenverbände und betonen die "natürliche Liebe zum Vaterland". Sie wollen "Schluß machen" mit der "ewigen Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftspolitischer Dauerbüßeraufgabe" (Strauß), damit die "nationalen Symbole wieder selbstverständlich zur eigenen Standortbestimmung genutzt werden" (M. Stürmer).

Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß: Inhaltlich verbindet Duldung, Förderung und das Schüren ausländer- und fremdenfeindlicher Stimmungen sowie das Anknüpfen an Vorurteile und rassistische Ressentiments in Teilen der Bevölkerung das rechte Lager mit weiten Teilen des etablierten Konservatismus; bisweilen reicht es – vor allem in der Asylfrage – in weite Teile von FDP und SPD. Die Verschärfung der Asylgesetzgebung, die "Rückkehrprämie" für ausländische Arbeitnehmer, die beabsichtigte Einschränkung der Freizügigkeit für die künftig in der EG vollassoziierte Türkei als aktuelle Politik sind allerdings der Rechten außerhalb von CDU/CSU zu wenig. Die zum harten Organisationsbereich zählende FAP fordert beispielsweise die "Rückführung aller Fremdarbeiter/Gastarbeiter/Asylanten in ihre Heimatländer und Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche Arbeiter". Sie spricht von "billigen Asylanten", und dem "Streitigmachen von Arbeitsplätzen". Sie sieht die Zeit kommen, "in der der Volkszorn erwacht" und prognostiziert dann einen Bürgerkrieg gegen die "Fremdrassigen"; sie wollen "dem gepriesenen Viel-Nationenspuk" ein Ende machen. Die Akzeptanz gewalttätiger und militanter Aktionen gegen Ausländer und Flüchtlinge unterscheidet allerdings den harten Kern des rechten Lagers von den parlamentarisch orientierten rechten und konservativen Gruppierungen und Parteien. Die seit Mitte der siebziger Jahre vor allem in der "Neuen Rechten" betonte "weichere" Ideologie des Ethnopluralismus hat das harte rassistische Konstrukt von Höher- und Minderwertigkeit in weiten Teilen des rechten Lagers verdrängt. Fremdenfeindliche, rassistische Agitation und Hetze wird mit ethnopluralistischen und nationalistischen Phraseologien durchsetzt, wie beispielsweise bei der NPD:

"Deutschland darf zu keinem Einwanderungsland werden. Ausländerstopp ist das Gebot der Stunde. Behutsamer Abbau der Millionen Ausländerzahlen. Der Daueraufenthalt der Millionen von Ausländern liegt weder in unserem Interesse noch im Interesse der Gastarbeiter. Deshalb fordern wir: Maschinen zu den Menschen, nicht Menschen zu Maschinen."

Ähnlich wird in der Asylfrage agitiert:

"Wir sind für die Freundschaft mit allen Völkern, aber gegen Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlinge, die unser Gastrecht mißbrauchen und wirklich politisch Verfolgte in Verruf bringen. Wäre es nicht besser, nichteuropäische Asylanten, z.B. Tamilen aus Sri Lanka (Ceylon), in kulturell und religiös gleichartige Nachbarstaaten unterzubringen – z.B. in Indien, das ja ebenfalls ein demokratischer Staat ist?

Heimat und Natur: Rechte und rechtskonservative Ideologien integrieren und akzentuieren in deutsch-tümelnder germanophiler Weise "Natur" und "Heimat": "Heimat" wird eng an Nationalismus geknüpft, Natur- und "Lebensschutz" werden verklammert, um "unbelastet" von nationalsozialistischer Vergangenheit "saubere Luft", "reine Rasse" und "sauberen Lebenswandel" zu propagieren.
Heimat, Gemeinschaft, Natur werden als konservative Begriffe revitalisiert und rehabilitiert und dienen der kollektiven Orientierung innerhalb einer zunehmend komplexer und undurchschaubarer werdenden sozialen und gesellschaftlichen Welt. "Einsamkeit", "Selbstmorde", "Naturferne", "Wohnverhältnisse" und "Arbeitslosigkeit" (BHJ); Abtreibung als "Beihilfe zum Kindermord"; Drogenmißbrauch und Homosexualität, denunziert als "abartige Sexualität" ("Notverwaltung des Deutschen Ostens", Zirkelbrief Nr. 25, Februar 1987) werden als aktuelle Problemlagen und Krisen beschrieben, deren rechte Lösungsangebote die Wiederbelebung der schon genannten Begriffe ermöglichen. Die Wiking-Jugend gibt Antworten auf die selbstgestellte Frage, woraus "eigentlich der Begriff Heimat besteht":

"Natur und Kultur sind es, die man als Heimat empfindet. Sie sind der gemeinsame Nenner.
Heimat muß uns auch gleichzeitig Aufgabe bedeuten, denn Heimat erfordert immer Kampf um Heimat, wie Naturschützer, Heimatvertriebene und Bürgerinitiativen wissen.
Echtes Heimatbewußtsein erlaubt keine Flucht in die Idylle, denn die Selbstbehauptung der Heimat bedarf eines geschärften politischen Bewußtseins und der Erkenntnis, daß 'das Bewußtsein der Heimat zu einem nationalen Bewußtsein aufgeschlossen werden muß, weil persönliche Identität nur im Rahmen einer nationalen Identität verwirklicht werden kann. Wer eine Generation oder eine Epoche aus der Identität herausbricht, zerstört die Identität. Die Nation ist ihr Schicksal!' folgert Prof. Bernard Willms" (in: na klar!. Dezember 1986).

Antiintellektualismus: Gegen eine aufklärende, emanzipatorische Bildung mit der Utopie der "allseits entwickelten Persönlichkeit" setzt die Rechte "Gefühl, Instinkt, Emotion". Emanzipation durch Bildung, die auch hilft, Individualität und Solidarität herzustellen, ist das krasse Gegenteil rechter "Bildungs"-Vorstellungen: "Bildung als künstliche Ungleichheit überlagert sich mit den natürlichen Ungleichheiten." Als Ergebnisse aktueller Bildungspolitik wird prognostiziert:

"● Zerreißen traditioneller Bindungen;
● Infantilisierung der Gesellschaft; Protestbedürfnis, Antiautoritarismus und Kultivierung eines aufgeblähten Selbstbewußtseins, Freizeitphilosophie, Sozialstaatskonsumententum und Sozialisierung über den Neidkomplex, Promiskuität, Emanzipation um der Emanzipation willen;
● Bemühungen zur Züchtung von Minderheitsbewußtsein, vor allem als Anreiz für außereuropäische Gruppen;
● ergänzend zu letzterem: die Primitivideologie der Eine-Welt-Anhänger;
● schließlich die Parlamentarisierung von Gruppen mit der Zielsetzung, diesen Trends zu politischem Durchbruch zu verhelfen."
(Nation Europa, Nr. 1, Januar 1987)

Staat – Gesellschaft: Die Rechte will einen "Volkskörper", eine "pflichterfüllende Gemeinschaft", die die Regierung wirklich trägt. Momentan sieht die Rechte "sich verfestigende oligarchische Strukturen der Bürokratie, der Interessengruppen und der Funktionärskasten, die das Volk vom Staat trennen" (NPD) und heillos zerstrittene Parteien, Gewerkschaften, die die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zerstören, Verdrossenheit gegenüber dem System produzieren, nur Einzelinteressen vertreten (statt dem "Ganzen zu dienen") und "deutsche Interessen" nicht wahrnehmen.
Während der harte Kern verdeckt (und z.T. offen) an den Nationalsozialismus anknüpft oder Sympathien für "Zucht und Ordnung wie in der DDR" (A.H. Marx) erkennen läßt, fordern rechtskonservative Politiker die Überwindung der "negativen, konfliktgeladenen und irrationalen" Darstellung der Lebenswirklichkeit, weil diese "negativen und verzerrten Bilder" die Ursachen der Probleme seien. Sie fordern den "starken Staat", der Ruhe nach innen durchsetzt und auf die Opferbereitschaft und den Verzichtswillen "seiner" Bürger setzt und diese abfordert. –

Die Zukunft der Rechten

Bei aller Vielfalt und Konkurrenz von trennscharf unterscheidbaren Organisationen, ideologischen Mustern und praktischer Politik, aber auch in fließenden Übergängen durchzieht das "rechte Lager" mit unterschiedlicher Akzentuierung und Gewichtung gemeinsame Ideologien und Argumentationsmuster. Den derzeitigen rechten ideologischen Mustern und Denkfiguren kommt eine wichtige Thematisierungsfunktion in der politischen Kultur und Verschiebung von Tabuzonen zu. Sie gehen mit unterschiedlichen Facetten (Ausländerfeindlichkeit, starker Staat, Einschränkung von Grundrechten, Schuldzuweisungen, völkische Begründungen, autoritärer Populismus, Elitedenken u.a.) in den politischen Diskurs ein. Dabei gewinnt in der Rechten eine Verknüpfung von parlamentarisch orientierter Strategie mit begrenztem kalkulierten Militanzkonzept an Bedeutung. Verbaler Radikalismus und rechte Rhetorik dominieren gegenüber dem aggressiven Militanzkonzept neonazistischer Gruppen, die u.a. aufgrund von Verboten und Verhaftung/Inhaftierung führender Kader an Bedeutung verloren haben. Das organisierte rechtsextreme Lager ist derzeit in seinen quantitativen Ausmaßen und Politikkonzepten überschau- und einschätzbar, wahl- und machtpolitisch (noch) ohne Bedeutung. Die CDU/CSU bindet (noch) weitgehend das rechte Wählerpotential. Mit einer zu erwartenden "modernisierten" neuen Rechtspartei neben CDU/CSU könnte sich das ändern. Die politische Kultur, das Parteiengefüge und die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen würden sich erheblich verschärfen bzw. polarisieren. Mit weiteren Veränderungen in der CDU/CSU als Partei mit einem rechtspopulistischen Zentrum – in seiner politischen Mobilisierung gestützt auf "Ressentiments, Vorurteilsstrukturen und Angstaffekte" (H. Dubiel) – werden wissenschaftliche Analysekonzepte und "linke Gegenstrategien" neu angefragt.

Hinweis: In letzter Zeit wird von der (extremen) Rechten vor allem Aids thematisiert. Wir kommentieren dieses "neue Thema" der Rechten im September-Heft.

Andreas Hillgruber oder die Wiedergeburt des machtstaatlichen Zynismus

MICHA BRUMLIK

Jürgen Habermas hat Entwicklungen der etablierten Universitätshistoriographie, die dem Tonfall neonazistischer Publikationen bis zur Ununterscheidbarkeit gleichen, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Mit Erstaunen mußte man da zur Kenntnis nehmen, daß ein wohlrenommierter, zu Zeiten auch von der Linken geschätzter Zeithistoriker wie Ernst Nolte die Ansicht vertrat, Hitler sei nach einer "Kriegserklärung" der Jewish Agency an Deutschland im Jahre 1939 in gewisser Weise legitimiert gewesen, die europäischen Juden zu internieren. Vertrauter schon, aber in dieser Deutlichkeit auch neu, erschien Noltes Ansicht, daß der GULAG das faktische und logische Prius von Auschwitz gewesen sei. Nun konnte man Nolte – wie Habermas dies tat – immerhin noch den Ruf des Außenseiters einräumen, den er innerhalb der Zunft der Historiker tatsächlich genießt. Bei dem höchst renommierten Kölner Ordinarius für Zeitgeschichte, Andreas Hillgruber, ist das nicht mehr möglich.

Hillgruber, zu Recht für eine Reihe von Standardwerken über die Kriegsdiplomatie während des Zweiten Weltkrieges bekannt, unterzieht sich in einem im Siedler Verlag erschienenen Bändchen "Zweierlei Untergang" der Mühe, dem vermeintlichen Objektivismus seiner Wissenschaft zu entgehen und sich – wie man vor einiger Zeit in der Therapieszene gerne noch sagte – als Subjekt "einzubringen". Bei diesen öffentlichen Bekenntnissen gesteht Hillgruber dann ein, "sich mit dem konkreten Schicksal der deutschen Bevölkerung im Osten und mit den verzweifelten und opferreichen Anstrengungen des deutschen Ostheeres und der deutschen Marine im Ostseebereich, die die Bevölkerung des deutschen Ostens vor den Racheorgien der Roten Armee, den Massenvergewaltigungen, den willkürlichen Morden zu bewahren" identifizieren zu *müssen*. Dieses Aufwallen nationaler Emotionen wäre kaum weiter auffällig, wenn Hillgruber seine Identifikation mit dem deutschen Ostheer und den sich im Winter 44/45 "bewährenden NS Hoheitsträgern" nicht mit einer Ablehnung der Verschwörer des 20. Juli als "Gesinnungsethiker" sowie einer Auseinandersetzung mit der These, der Roten Armee sei der Sieg zu wünschen gewesen, damit das Morden in den KZ's aufhöre, verbunden hätte.

Für Hillgruber ist es undenkbar, sich mit den kommenden Siegern, also im Osten mit der Sowjetunion zu identifizieren. Denn: "Der Begriff "Befreiung" impliziert eine solche Identifizierung mit den Siegern, und natürlich hat er seine volle Berechtigung für die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen befreiten Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Aber auf das Schicksal der deutschen Nation als Ganzes bezogen, ist er unangebracht. "Befreiung" umschreibt nicht die Realität des Frühjahres 1945. Wollte man mit dieser Vokabel ernsthaft den Zusammenbruch des Reiches zu erfassen suchen, so setzte dies voraus, daß das Kriegsziel der Alliierten in West und Ost tatsächlich in nichts anderem bestanden hätte, als in der Beseitigung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Aber davon kann nicht die Rede sein..."

Hillgruber, der seine Argumentation explizit im Gegensatz zur Erkenntnis des CDU-Politikers Blüm aufbaut, in den KZ's habe nur solange gemordet werden können, wie die Front gehalten habe, verteidigt damit indirekt und im vollen Bewußtsein das Morden in den KZ's zwischen dem 20. Juli 1944 und der Einstellung des industriellen Massenmordes durch Himmler im November des Jahres 1944, nimmt also den Holocaust billigend in Kauf.

Ich möchte im folgenden den Versuch unternehmen, die Meinungen des *liberal konservativen Weltinnenpolitikers* Ernst Nolte und die Positionen des *nationalkonservativen Weltaußenpolitikers* Andreas Hillgruber als konsequenten Ausdruck einer nach wie vor ungebrochenen machtstaatlichen Bornierung konservativer deutscher Eliten zu verstehen; konservativer Eliten, die keine Nazis waren, ihnen aber 1933 die Macht zuschoben, ihnen in den folgenden fünf Jahren bei der wirtschaftlichen "Sanierung" des Reiches und der außenpolitischen Revision des Versailler Vertrages halfen, die mit den Nazis den Krieg vorbereiteten und vom Zaun brachen, später Hitler, Himmler und der SS bei der Vernichtung von Juden, Sinti und Slawen zur Hand gingen und schließlich mit den Nazis den Krieg verloren. Die Nationalsozialisten indessen sind verschwunden – die Mentalität der nationalkonservativen Eliten blieb bestehen und scheint dabei zu sein, wieder zum herrschenden Hintergrundkonsens der Bundesrepublik zu werden.

Wenn das Attentat gelungen wäre...

Gegen Ende seines Aufsatzes über den geschichtlichen "Ort der Judenvernichtung" beunruhigt sich Hillgruber über die Leichtigkeit, mit der unter Bedingungen des 20. Jahrhunderts Menschen dazu hätten gewonnen werden können, andere umzubringen und fügt hinzu: "Der hohe Anteil von Akademikern ist daran das am tiefsten Erschreckende."

Abgesehen davon, daß auf den ersten Blick nicht einzusehen ist, warum ausgerechnet Akademiker einen moralischen Vorsprung gegenüber der übrigen Bevölkerung haben sollten, hat Hillgruber hier jedoch die Frage nach dem Rätsel seines eigenen Wesens gestellt. Wie kommt ein Akademiker dazu, ein Attentat als "gesinnungsethisch" zu disqualifizieren, das einen Waffenstillstand zur Folge gehabt hätte, nach dem es weder den verschärften Luftkrieg der letzten Kriegsmonate mit der Bombardierung Dresdens und vielen hunderttausend zivilen deutschen Luftkriegstoten, noch den Abwehrkampf im Westen mitsamt der Ardennenoffensive und mehr als 300.000 getöteten und verwundeten deutschen Soldaten gegeben hätte, ganz zu schweigen von den letzten Schlachten im Osten, die ebenfalls Hunderttausenden deutscher und russischer Soldaten das Leben kosteten. Der Münsteraner Historiker Hans-Ulrich Thamer, der in der nationalkonservativ konzipierten Serie "Die Deutschen und ihre Nation", die ebenfalls im Siedler Verlag erscheint, den Band über das Dritte Reich verfaßt hat, resümiert: "Ein Gelingen des Umsturzes hätte möglicherweise Millionen Menschen das Leben retten und jene Zerstörung ohne Beispiel verhindern können, die bevorstanden. Denn in den letzten Monaten des Krieges forderte die Verschleppung und Ermordung der Verfolgten und die zusammenbrechenden Fronten mehr Menschenleben als während des ganzen bisherigen Krieges." Im August des Jahres 1944 wurden zunächst 60.000 Juden aus Lodz in Auschwitz vergast, dann Anfang September 550 holländische Juden sowie 300 jüdische Kinder aus Litauen. Bis zum 17. Oktober wurden 20.000 Männer, Frauen und Kinder, die z.T. aus Theresienstadt geschickt worden waren, vergast. Am 18. Oktober wurden des weiteren 3.000 slowakische Juden, 1.000 Juden aus Theresienstadt sowie schließlich eine beträchtliche Anzahl polnischer Zivilisten in die Gaskammern getrieben. Am 11. Dezember 1944 wurden in der "Euthanasie"-Anstalt Hartheim rund 3.000 Geisteskranke durch Gas ermordet. Noch bis weit in den April 1945 wurden in Mauthausen mehr als 2.000 Kranke ermordet. Bei der Evakuierung von Auschwitz und anderen Lagern angesichts des Näherrückens der Roten Armee wurden die Häftlinge in offenen ungeheizten Wagen ins Innere des Reiches transportiert. In Sutthoff, ganz in der Nähe jener Seebrückenköpfe, die für Hillgruber der Inbegriff verantwortlicher Kriegsführung der Wehrmacht gegen die Rote Armee waren, wurden im Januar 1945 3.000 Frauen von der SS am Strand erschossen. Diese Aufzählung ist unvollständig und sporadisch. Sie

sollte nur andeuten, was alles hätte nicht geschehen müssen, wenn die Verschwörer des 20. Juli erfolgreich gewesen wären.

Hillgrubers Ablehnung des 20. Juli

Damit erweist sich die Einschätzung der Verschwörer vom 20. Juli als der hermeneutische Schlüssel zum Verständnis der revisionistischen Auffassungen Hillgrubers und Noltes. Zunächst ist also auf die Gründe einzugehen, die Hillgruber aus seiner "deutschen" Perspektive dazu bewegen, das Attentat (implizit) abzulehnen: Hillgruber verweist erstens darauf, daß es den Alliierten nicht nur um die Befreiung vom Nationalsozialismus, sondern um die Demontage und die Verkleinerung des Reiches in der Mitte Europas gegangen sei – und zwar bereits seit 1941! Hillgruber unterstellt zweitens, daß bei einem Waffenstillstand schon im Sommer 1944 der deutschen Bevölkerung unnennbare Greuel seitens der Roten Armee gedroht hätten. Da die Verschwörer vom 20. Juli beides nicht bedacht hätten, sei ihre Position Staat und Volk gegenüber unverantwortlich gewesen.

Anzeige

express-buch im Verlag Die Arbeitswelt

Bio- und Gentechnologie

Inhalt:
Bio- und Gentechnologie ·
Der neue akademisch-industrielle Komplex ·
Schmutzige Geschäfte für saubere Nahrung ·
Von der harten zur „sanften" Gentechnologie ·
Arbeitnehmerscreening (Erkennen von Dispositionen für bestimmte Erkrankungen).

Autoren:
Wolf-Bernd Frommer,
Arnim von Gleich,
Irmgard und Lothar Hack,
Claudia Kappen,
Wolfgang Kissel,
Gustav Oppel,
Guido Ruivenkamp
und die „express"-Redaktion.

Das Buch kostet DM 10,– und ist erhältlich bei

express
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach 1

Versand **nur gegen Vorkasse** (Scheck, Bares, Briefmarken) incl. Versand.

Allerdings ist der Beweis, mit dem Hillgruber auf die gesinnungsethische Verkürzung des Attentats verweist, eigentümlich verdreht. Die zu erwartenden Greuel der Roten Armee werden unter Hinweis auf die Ermordung (und Vergewaltigung) deutscher Frauen und Kinder durch die Rote Armee in Nemmersdorf im Oktober 1944 belegt, also durch ein Ereignis, das ca. drei Monate nach dem mißglückten Attentat und drei Monate vor der von Hillgruber bemühten sowjetischen Winteroffensive, die dann allerdings zu erheblichen Kriegsverbrechen führte, stattgefunden haben muß. Flucht und Vertreibung setzten im großen Ausmaß erst ab Oktober 1944 ein. Sogar wenn man Hillgrubers Bereitschaft, das Weitermorden in den KZs um der Rettung der deutschen Bevölkerung willen hinzunehmen, ernst nimmt, sticht sein Argument nicht, weil es die Phänomene, die er anführt, im Juli 1944 im Osten noch nicht gab. In seiner Zurückweisung des 20. Juli und der Rationalität dieses geplanten Staatsstreiches verläßt der Historiker den Boden gesicherter Tatsachen und bedient sich eines Kunstgriffes, der nun kaum noch zulässig ist. Er versetzt sich in die Haltung deutscher Offiziere im Herbst/Winter 1945, die zu einem Zeitpunkt, nachdem die rote Armee bereits die Grenzen des Reichs von 1919 überschritten hatten, die Bevölkerung vor Übergriffen der Roten Armee schützen wollten. Wie kommt der Historiker dazu, aus den Ereignissen des Winters 44/45 angesichts einer sich erbittert wehrenden Wehrmacht, sagen zu können, wie sich die Rote Armee gegenüber der Bevölkerung verhalten hätte, wenn es im Juli 1944 zu einem Waffenstillstand bzw. einer Kapitulation gekommen wäre? Im Juli 1944 jedenfalls hatte noch kaum ein sowjetischer Soldat die deutschen Grenzen überschritten. Freilich ist es möglich, daß auch die Verschwörer des 20. Juli das Debakel im Osten nicht hätten verhindern können, da auch sie einen Friedensschluß im Westen und ein Halten der Front im Osten befürworteten. Wie die Westalliierten ein solches Angebot, wäre es zustandegekommen, aufgenommen hätten, wissen wir nicht – auf jeden Fall läßt sich auch ein solches Konzept kaum als nur "gesinnungsethisch" abqualifizieren.
Hillgrubers retrospektive Prognostik läßt indessen eine Konstante erkennen: die Furcht vor der Sowjetunion und der Roten Armee.

Deutsche Großmachtinteressen gegen Hitler und den 20. Juli

Die andere Konstante bei der Identifikation mit dem deutschen Ostheer ist die Auffassung, daß es seit dem Jahr 1941 nicht mehr um die Befreiung Europas vom Nazismus ging, sondern um die Durchsetzung der imperialen Interessen der USA und UdSSR. Ohnehin war Hillgruber schon seit jeher der Meinung, daß der Zweite Weltkrieg eigentlich kein Weltanschauungskrieg, sondern ein gleichsam mit unsachlichen Motiven überfrachteter herkömmlicher Großmachtkonflikt in der Verlängerung des Ersten Weltkriegs war. Der Weltaußenpolitiker Hillgruber schrieb bereits in seiner Geschichte des Zweiten Weltkrieges, "daß es sich trotz aller ideologischen Verbrämung um ein Ringen der großen Mächte um Neuverteilung oder um Erhalt ihrer Stellung in der Welt, um strategische und ökonomische Interessensphären handelte". Für die gegenwärtige Diskussion ist von besonderem Interesse, daß sich Hillgruber an dieser Stelle explizit gegen Ernst Nolte wendet, dem er vorwirft, den zweiten Weltkrieg als "Weltbürgerkrieg" mißverstanden zu haben. Diese rein außenpolitische Sicht des Zweiten Weltkrieges, die von quasi geopolitisch legitimen Ansprüchen Deutschlands ausgeht, also von der berühmten, durch Michael Stürmer und Hagen Schulze ins Spiel gebrachten "Mittellage", ermöglicht es Hillgruber, sowohl Hitler als auch die Attentäter des 20. Juli zu kritisieren, jenen, weil er die legitimen deutschen Großmachtinteressen durch sein rassepolitisches Programm gefährdet hat, diese, weil sie in der Stunde des Zusammenbruchs der Großmacht nicht mehr geopolitisch und machtstaatlich, sondern nur noch human dachten, weil ihnen das Leben der deutschen Bevölkerung, aber eben auch das Leben von Juden und anderen KZ-Opfern wichtiger war als das Halten einer geopolitischen Position und der Schutz *nur* der eigenen Bevölkerung.
Die von Max Weber erstmals in polemischer Absicht ins Spiel gebrachte, auch moralphilosophisch nicht ganz unproblematische Unterscheidung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik besagt bekanntermaßen nicht mehr, als daß der Gesinnungsethiker sich an Prinzipien um ihrer selbst willen orientiert, ohne sich um die Folgen der von diesen Prinzipien geleiteten Handlungen zu kümmern, derweil der Verantwortungsethiker sich vor allem auf die möglichen Folgen seines Handelns bezieht und diese ihrerseits moralisch bewertet. Es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß ein auch an Folgen orientiertes Handeln die reflexivere, einsichtigere und damit in der Tat auch bessere Moral aufweist.
Die Behauptung Hillgrubers, es habe der 20. Juli gesinnungsethisch gehandelt, stützt sich auf kaum mehr als eine einzige Quelle nämlich auf die Interpretation, die der Verschwörer Henning v. Tresckow in einem Brief kurz nach der alliierten Invasion in der Normandie dem geplanten Attentat gab: "Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig." Ob diese, in der Tat gesinnungsethische Äußerung eines einzelnen Verschwörers dazu ausreicht, die Äußerungen und Meinungen anderer Verschwörer aufzuwiegen und damit das ganze Unternehmen des 20. Juli als gesinnungsethisch zu disqualifizieren, scheint mir höchst zweifelhaft. Allerdings: Unter einer Bedingung, nämlich jener, daß auch die Männer des 20. Juli bis weit in Jahre 43/44 hinein am Halten einer deutschen Großmachtstellung in Mitteleuropa als vordringlichstem Ziel interessiert waren, bekommt dieser Vorwurf einen nachvollziehbaren Sinn.
Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die Bezeichnung oder Bewertung von Handlungen als "gesinnungs"- oder "verantwortungsethisch" nur sinnvoll ist, wenn die Prinzipien, in Bezug auf die gehandelt wird, bekannt sind. Wenn also das letzte Prinzip, um dessen willen die Verschwörer gehandelt hatten, das Abwenden und Vermeiden von Schaden für Volk und Reich, und das heißt für die Grenzen von 1919 gewesen war, dann handelten sie gesinnungsethisch. Wenn sie aber – nicht zuletzt durch die sich verdichtenden Nachrichten über die Massenvernichtung der Juden im Osten – einen moralischen Lernprozeß durchgemacht hatten und alsbald ein universalistisches Prinzip,

nämlich das Beenden von sinnlosen Kriegshandlungen und das Ende des Ermordens Unschuldiger um des würdigen Lebens der Individuen willen akzeptiert hatten – dann können ihre Handlungen im Juli 1944 nicht anders als verantwortungsethisch bezeichnet werden.

Der enttäuschte Liebhaber

Somit fragt sich schließlich, was Andreas Hillgruber dazu treibt, sich in einer geradezu zwanghaften Identifikation dem partikularistischen Prinzip der Nation in den Grenzen von 1919 zu verschreiben und demgegenüber die universalistischen Prinzipien des würdigen Lebens der Individuen dafür preiszugeben. Die Antwort auf diese Frage könnte auch eine Antwort auf Hillgrubers eigene erschreckte Frage geben, warum so viele Akademiker mehr wissentlich als willentlich in die industrielle Massenvernichtung der Juden verstrickt waren.

Es scheint sich mir hierbei um eine in der deutschen Akademikerschaft seit Bismarcks Zeiten tiefsitzende Mentalität zu handeln, um die Meinung nämlich, daß universalistische Moral ohnehin eine Form des Betrugs bzw. des Terrors sei und daß das einzige, was letzten Endes Maßstäbe, Sicherheit und Rückhalt biete, die machtgeschützte Innerlichkeit der eigenen Nation in Wehr und Waffen als Hegemonialmacht in Mitteleuropa sei. Indem Hillgruber diesen Maßstab zur Beurteilung der deutschen Vergangenheit heranzieht, muß er sich notwendigerweise von den Verschwörern des 20. Juli in ihrer letzten Phase abwenden. Er erweist sich dabei geradezu als ein enttäuschter Liebhaber der zum größten Teil nationalkonservativen Opposition, die gegen Ende ihres Wirkens mehr und mehr dazu neigte, ihre nationalistischen Bornierungen abzustoßen, und wendet sich ganz folgerichtig Hitlers bis zum Ende kämpfenden Ostheer zu. Daß dabei den KZ-Opfern unter dem Euphemismus "tragisches Dilemma" die Solidarität aufgekündigt wird, muß dann nicht weiter erstaunen – die zynischen, machtstaatlich und nationalkonservativ argumentierenden deutschen Eliten waren zwar keine wütenden Antisemiten, aber um der Stellung Deutschlands in Europa willen durchaus bereit, nicht nur Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden zu opfern, sondern eben auch dazu, das unvorstellbarste und unvordenklichste Verbrechen der Weltgeschichte als Hilfswillige mitzuvollziehen, geschehen zu lassen oder einfach zu übersehen.

An dieser Stelle, an der der nationalkonservative Politikhistoriker Hillgruber nur noch Anthropologie, Sozialpsychologie und Individualpsychologie zur Erklärung aufbieten kann, aber eben keine Soziologie, springt ihm objektiv der von ihm selbst schon früh kritisierte liberalkonservative Ideengeschichtler Ernst Nolte bei, der uns in seiner letzten Einlassung in der ZEIT vom 31.10. allen Ernstes weismachen will, daß die "asiatische Tat", die Hitler an den Juden begangen habe, eine Reaktion auf den Roten Terror im russischen Bürgerkrieg, dem Nolte vorzeiten sogar "gute Gründe" zubilligte, sowie auf die Erschießung der Zarenfamilie durch die Bolschewiki war. Letzte Ursache für Hitlers Judenhaß und somit für den Holocaust sei die russische Revolution und der Rote Terror sowie die Angst, die er in Deutschland auslöste, gewesen. Dies ist genau jener Typus von Individual- und Sozialpsychologie, von dem Hillgruber am Ende seines Aufsatzes über den geschichtlichen Ort der Judenvernichtung spricht. Nolte begründet seine Behauptung in dem mit gutem Grund zunächst nicht auf deutsch erschienenen Aufsatz mit dem Titel "Between Myth and Revisionism" erstens damit, "that the so called annihilation of the Jews during the Third Reich was a reaction or a distorted copy and not a first act or an original". Nachdem Nolte die Massenvernichtung je nach Laune erst dem Roten Terror, dann der Erschießung der Zarenfamilie, endlich dem stalinistischen Massaker von Katyn assimiliert, das immerhin erst 1943, mehr als 3 Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen, von deutschen Stellen entdeckt wurde, behauptet er, Hitler habe gute Gründe gehabt, aus eigener Vernichtungsangst vor seinen jüdischen Gegnern ihnen zuvorzukommen: "It can hardly be denied, that Hitler had good reason to be convinced of his enemies determination to annihilate him much earlier than when the first information about Auschwitz came to the knowledge of the world ..." In seinem englischen Aufsatz behauptet Nolte, daß Hitler sich vor einem 1940 auf Englisch erschienenen Buch "German must perish" und vor einer Erklärung des Vorsitzenden der Jewish Agency aus den letzten August/ersten Septembertagen 1939, des Inhalts, daß Juden sich am Kampf gegen das nationalsozialistische Deutschland beteiligen würden, so gefürchtet habe – freilich wohlbegründet! –, daß man die These rechtfertigen könne, Hitler habe das Recht gehabt, die Juden als Kriegsgefangene zu internieren.

Dem Vorwurf des Antisemitismus versucht sich Nolte in einem unsäglichen Aufsatz in der ZEIT vom 31. Oktober dann dadurch zu entziehen, daß er Chaim Weizmann unterstellt, diese sogenannte Kriegserklärung deshalb abgegeben zu haben, um die Juden vor einer Vernichtung – von der er 1939 noch gar nichts wissen konnte – durch Internierung zu schützen. Großmütig verteidigt Nolte, der wegen Antisemitismus angegriffen wurde, seinen Phantasie-Weizmann gegen den Vorwurf, den Holocaust, die Endlösung mitbetrieben zu haben, und gewinnt dabei zusätzlich die Möglichkeit, die Deportationen des Jahres 1940 zu verharmlosen und den Juden in die Schuhe zu schieben: "Es ist zweifellos richtig, daß die faktisch vorgenommenen Deportierungen sich von Anfang an sehr deutlich von vorstellbaren 'Internierungen' unterschieden, aber es ist schlechterdings infam, in Erwägungen, die 1939 und 1940 auch in jüdischen Organen angestellt wurden, eine auch nur tendenzielle Rechtfertigung der 'Endlösung' zu erblicken." Es lohnt kaum, auf die verdrehte und inkonsistente Argumentation Noltes inhaltlich einzugehen. Weizmanns Erklärung von 1939 hatte nichts mit dem Holocaust und alles damit zu tun, die Briten dem Zionismus freundlich zu stimmen. Bemerkenswert ist nur die Quelle, auf die sich Nolte bei der Konstruktion von Hitlers Angst bezieht – eine Angst, die doch angeblich schon im München der zwanziger Jahre wegen des Roten Terrors und des "Rattenkäfigs" voll ausgeprägt gewesen sein soll. Das 1940 erschienene Buch "Germany must perish" von einem gewissen Theodore N. Kaufmann wurde, wie Wolfgang Benz im Jahre 1981 in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte nachgewiesen hat, von Goebbels aufgegriffen und einer der propagandistischen Legitimationstitel anläßlich der beginnenden Ermordung der Juden in der Sowjetunion. Ansonsten wird dieses Buch nur und vor allem in der Literatur der Alt- und Neonazis bemüht, vor allem in Wilhelm Staeglichs "Der Auschwitzmythos", dem Nolte wohl auch seine Meinungen über Tucholsky als dem Vergasungshetzer gegen das deutsche Bürgertum entnommen hat.

Nun, nachdem Nolte immer und wieder festgestellt hat, daß erstens die individual- und sozialpsychologische Angst vor der Vernichtung und zweitens die Gleichartigkeit von Rotem Terror und industrieller Massenvernichtung auch des letzten Juden unabhängig von seiner gesellschaftlichen Position eine Neubewertung und Revision der deutschen, ja der ganzen Weltgeschichte nahelege, sind auch die Schranken für eher nationalkonservativ seriös auftretende Historiker wie Andreas Hillgruber gefallen.

In seiner letzten einschlägigen Stellungnahme, in einem ausführlichen Interview im "Rheinischen Merkur/Christ und Welt" vom 31.10., gibt Andreas Hillgruber folgendes zu Protokoll: "Der Massenmord an den Juden ist, wenn man als Vergleichsmaßstab die 'westliche Welt' nimmt, singulär, denn etwas Vergleichbares hat es zum Beispiel selbst im italienischen Faschismus nicht gegeben. Bezieht man das bolschewistische Rußland mit in den Vergleich ein, dann wird man sagen können, daß der Massenmord an den Kulaken Anfang der 30er Jahre, der Massenmord an den Führungskadern der Roten Armee, der Massenmord an den polnischen Offizieren, den polnischen Adligen, die im September 1939 in sowjetische Hand fielen, qualitativ nicht anders zu bewerten ist als der Massenmord im Dritten Reich. Hier wie dort war es einfach eine bestimmte Kennzeichnung der Menschen (aufgrund des Rassenwahns oder der Klassenideologie), die ihre Ermordung verursachte."

Das sind deutliche Worte. 1982 noch war es Andreas Hillgruber deutlich, daß die Verlängerung des schon verlorenen Krieges und die Vollendung des Verbrechens der Judenausrottung die Kapitulation für die Deutschen zu einer moralischen Katastrophe hatte werden lassen.

Im Jahre 1986 reichen sich der aus neonazistischen Quellen schöpfende Nolte und der zynisch gewordene Machtstaatler Hillgruber gleichsam die Hände. Wie schon allzuoft in der deutschen Geschichte gehen Ideologen, Mandarine, querulierende Geistesgeschichtler und zynisch gewordene Außenpolitiker ein Stück gemeinsamen Weges. Der starre Blick auf die stalinistische Sowjetunion tröstet über die moralische Katastrophe des Jahres 1945 hinweg. Die Nation rüstet zu einem neuen Zusammengehörigkeitsgefühl. ■

Rückblick in die Zukunft und zeitlose Raumgedanken

DIETHARD BEHRENS/
KORNELIA HAFNER/
LUDI LODOVICO

Wie Europa auf dem Stier, so reiten die mehr oder weniger staatstragenden Politiker auf dem Europagedanken herum, wenn sie hochfliegende Ziele erreichen wollen. Dabei gehen die unterschiedlichsten Optionen quer durch alle Parteien. Wer europäisch denkt, scheint per se vor Militarismus und nationalen Bornierungen gefeit zu sein. Wie sehr auch hier die Wiederkehr verdrängter Historie sich bemerkbar macht, soll an den fünf geläufigsten Europa-Modellen vorgeführt werden.

1. Modell: "Juniorpartner"

Die Geburt Nachkriegseuropas stand im Zeichen des Primats der Außenpolitik. Das amerikanische One-World-Konzept, der Prozeß der Blockbildung und die Marshall-Plan-Hilfe hatten nicht nur die Teilung Europas zur Folge, sondern auch den Rahmen für die Entwicklung West-Europas abgesteckt: Weltmarktintegration, Entkolonialisierung und Schaffung eines westeuropäischen Binnenmarktes. Wie in den 20er Jahren das Deutsche Reich, ist jetzt die BRD bevorzugter Juniorpartner der USA. Damals spielte das Konkurrenzverhältnis zwischen den USA, England und Frankreich eine unheilvolle Rolle. Dies zeigte sich vollends in ihrer Abkopplungs-, Abwertungs- und Hochzollpolitik während der Weltwirtschaftskrise. Hatten die USA aus dem Scheitern des Weimarer Modells gelernt, indem sie nun die Verantwortung für die handelspolitischen Voraussetzungen eines in die westliche One-World integrierten Europas übernahmen?
Der Preis für den kreditfinanzierten Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft war für die ehemaligen deutschen Kriegsgegner die Aufnahme der BRD ins westliche militärische Bündnis. In der BRD kam Widerstand auf gegen dieses mit der Wiederbewaffnung verbundene Konzept eines atlantisch orientierten geeinten Westeuropas aus den Reihen der Kommunisten und des national orientierten Schuhmacher-Flügels der SPD. In der Folge jedoch wurde es von allen Parteien getragen. Die von Adenauer ausgeschaltete KPD spielte keine Rolle mehr. Bedingung für den Erfolg des Junior-Partner-Konzepts war, neben der Blockpolitik, daß der Weltmarkt eine ökonomische Entwicklung Europas in Kooperation und unter Suprematie der USA ermöglichte. Spätestens seit dem Ende des Nachkriegsbooms sehen sich Europa und die USA zunehmend in Konkurrenzsituationen gesetzt, die dieses Integrationsmodell brüchig werden lassen. So liest man seit den 70er Jahren in den Zeitungen regelmäßig Berichte über eine drohenden europäisch-amerikanischen Handelskrieg. Die Nachrüstungsinitiative hat die "Angst vor den Freunden" virulent gemacht. Inzwischen findet man selbst bei den ehemals entschiedensten Atlantisten (Schmidt) ein nachdrückliches Insistieren auf der Eigenständigkeit (west-) europäischer Interessen.

2. Modell: "Deutsch-französische Supermacht"

Als entscheidende Weichenstellung der inner-(west-)europäischen Nachkriegsentwicklung sollte sich die von de Gaulle und Adenauer zustande gebrachte "deutsch-französische Freundschaft" herausstellen. Ihr Vorläufer, die im Pakt von Locarno und in den Verhandlungen zwischen Briand und Stresemann angestrebte deutsch-französische Annäherung, scheiterte nicht zuletzt an den deutschen Mitteleuropa- und Wiederaufrüstungsplänen. Letztere in Gang zu bringen, hatte nach 1945 die Schutzmacht USA übernommen, erstere schienen nach der Westeinbindung der BRD vorläufig ausgeschlossen. In der Situation seines endgültigen Niedergangs als Kolonialmacht sah sich Frankreich in ganz anderer Weise als jemals zuvor auf die BRD als Bündnispartner angewiesen. Daher war es auch kein internationalistischer oder euronationaler Geist, der dieses Zweckbündnis motivierte. Zusammen mit der EWG-Gründung führte dies nicht nur zur politischen Rehabilitierung der BRD als Rechtsnachfolgerin des 3. Reiches, sondern eröffnete vor allem der westdeutschen Industrie den inneren europäischen Markt. Frankreichs Interesse an dem inneneuropäischen Bündnis war dagegen von vornherein von dem Bedürfnis nach einer Abgrenzung gegenüber den USA bestimmt, von deren Entkolonialisierungspolitik man sich gedemütigt, von deren Politik offener Märkte man sich wirtschaftlich und kulturell benachteiligt fühlte. In der EWG, wie sie sich dann im Rahmen des atlantischen Bündnisses unter amerikanischer Billigung herausgebildet hat, fanden weder die Franzosen, die einen Staatenbund ins Auge gefaßt hatten, noch die Gaullisten, denen es um die Führungsrolle Frankreichs in Europa ging, ihre Intentionen wieder. "Die amerikanische Herausforderung" (Servan-Schreiber) und die regelmäßig drohenden amerikanisch-europäischen Handelskriege riefen, trotz jahrzehntelanger erfolgreicher Harmonisierung der Märkte (Zollangleichung, Termes of Trade) in den GATT-Verhandlungen, wieder die Idee einer ökonomisch-militärischen dritten Supermacht unter französisch-deutscher Führung hervor, die allererst den USA als "gleichberechtigter" Partner gegenübertreten sollte. 1983 krönte Manès Sperber seine Rede zur Verleihung des Friedenspreises mit der Vision einer atomar hochgerüsteten europäischen Großmacht. Strauß redet davon nicht, denkt aber seit den fünfziger Jahren daran. Damit stellt er genauso wie die Friedensbewegung in den 80er Jahren mit ihrer Forderung "Raus aus der Nato" die gesamte europäische Nachkriegsordnung zur Disposition. So wird das Terrain für Utopien und Wunschträume aller Arten eröffnet.

3. Modell: "Wir wollen alles"

Aus den Reihen der Friedensbewegung kam zunächst die Vorstellung von einer Auflösung der Blöcke, die einem friedlich wiedervereinigten Ost- und Westeuropa Platz schaffen sollten und in dessen freundlichen Armen dann auch die beiden deutschen Staaten ihren Platz finden würden. War nicht die SPD mit ihrer Entspannungspolitik ein Stück in diesem Sinne vorausgegangen, ohne Aufgabe der westlichen Orientierung "den Osten" zugleich mit der Geste der Versöhnung friedliche Handelsbeziehungen, Technologie und Kredite anzudienen? Die Kontinuität dieser Politik zu wahren, kommt auch die CDU nicht umhin. Ein starkes Deutschland, offen nach allen Seiten, war seit Bismarcks Zeiten Traum aller deutsch-nationalen Staatsmänner. Nach dem Prinzip "Wir wollen alles", hat Alfred Dregger in der Debatte über Kohls Regierungserklärung (FR v. 21.3.1987) "eine langfristige Perspektive für die Zukunft Europas gefordert, die über die Sicherheitspolitik hinausgehen müsse". Die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas sollte die Weltmächte militärisch und politische auseinanderrücken. Europa solle nicht nur reagieren, sondern selbst aktiv werden und vorausschauend und kooperativ handeln. Geschaffen werden sollte eine über eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft hinausgehende politische Union, die ganz Europa als Mitte zwischen den Weltmächten vereinige. "Ein wiedervereinigtes Europa, das ein wiedervereinigtes Deutschland einschließt, wäre für alle europäischen Staaten akzeptabel." Ganz in diesem Sinne formulierten die Vertriebenenverbände vor einiger Zeit, daß Schlesien "unser bleibe" in einem Europa freier Völker. Was hier unter der europäischen Tünche hervorschimmert, sind die Weltmachtsphantasien der Alldeutschen (nationaler quasi-offizieller Agitationsverein im Kaiserreich). Nachdem die Weltmachtträume nach 1918 fürs erste gründlich ausgetrieben schienen, feierten sie friedfertig geläutert im Paneuropa-Programm des KuK-Internationalen Coudenhove-Kalergi ihre Wiederauferstehung. So umgerüstet, mußten sie notwendig utopisch bleiben. Erst als Hitlers schimmernde Wehr ganz Europa in Ost und West unterworfen hatte, machte man sich im Auswärtigen Amt wieder über einen Staatenbund und wirtschaftliche Integra-

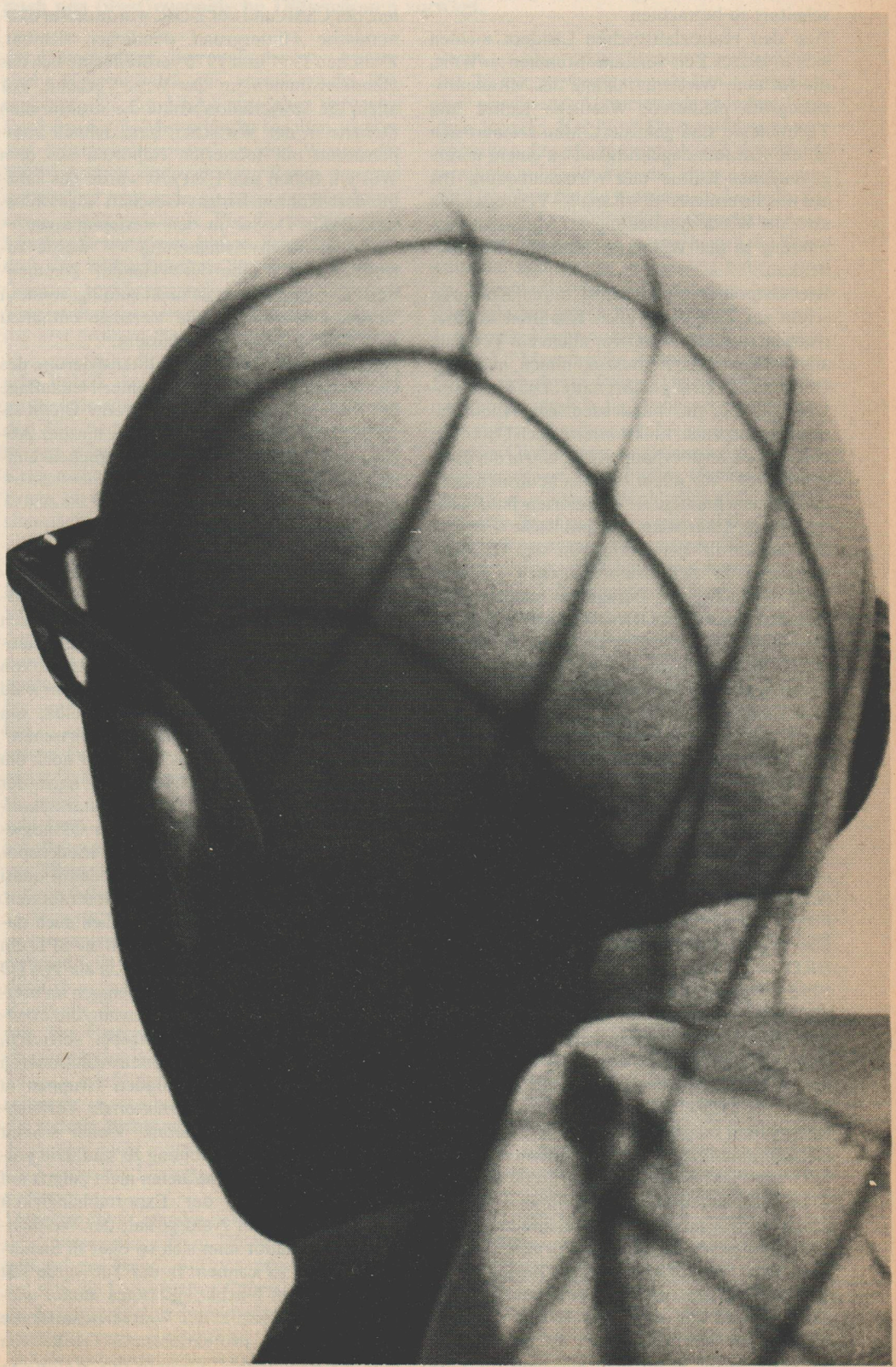
tion Gedanken. Sind Dreggers euronationalistische Höhenflüge seine Antwort auf die friedensbewegte Parole "Raus aus der Nato"? Oder läßt sich jenseits von Dreggers Allmacht-Phantasien wirklich ein friedliches Groß-Europa als dritter Weg jenseits der Blöcke denken?

4. Modell: "Ein neues Mitteleuropa"

Die friedensbewegten Vorstellungen von einer europäischen Neutralitäts- und Abrüstungspolitik der ersten Schritte stießen vor allem in Frankreich auf Skepsis. Das Vorbild, das die neutralen Staaten von Schweden bis Jugoslawien abzugeben schienen, lenkte den Blick nach Osten und brachte den Mitteleuropabegriff wieder ins Spiel. Die Propagandaschrift des friedensbewegten Generalmajors a.D. Jochen Löser und der Europa- und Sicherheitsexpertin Ulrike Schilling, die 1984 im Bertelsmann-Verlag erschien, faßt unter dem Titel "Neutralität für Mitteleuropa" die Beneluxstaaten, Dänemark, BRD, DDR, Österreich, Ungarn und die Tschechoslowakei und Polen als friedlichen Großwirtschaftsraum zusammen. Es sind dieselben Länder, die Schily in seine Mitteleuropäische Friedensunion integriert wissen möchte. Bemerkenswert an diesen Vorschlägen ist die Leichtigkeit, mit der die westeuropäische Integration über Bord geworfen wird. Die EG-Staaten, so Löser/Schilling, seien zu einer wirklichen politischen Einigung weder willens noch in der Lage – dies scheitert schon am nationalen Egoismus Frankreichs und den von ihm ausgelösten EG-Krisen. Eine gemeinsame europäische Militärpolitik sei überhaupt nur unter großen Opfern finanzierbar, und selbst wenn dies möglich sei, würde sie überdies die Konfrontation mit dem Ostblock nur verstärken – so argumentiert auch Schily. Mit den Militärmächten USA und UdSSR könne Europa auch bei größten Anstrengungen nicht konkurrieren. Ohne allerdings die Bündnisse in Frage stellen zu wollen, liebäugelt auch der Vordenker der SPD, Peter Glotz, mit einer Wiederbelebung des Mitteleuropagedankens (vgl. links Nr. 199, Entschuldete Geschichte). Der Mitteleuropagedanke als "gemäßigtes" deutsch-imperiales Konzept verdankt sich der politischen Konstellation in den ersten Kriegswochen 1914. Als der Siegestaumel bei den nationalen Verbänden und den verschiedenen Industriefraktionen hypertrophe Annexionsgelüste zeugte, reagierten die "gemäßigten" Fraktionen der "neuen Industrien" um Rathenau, um den Staatssekretär Delbrück, der Kreis um Max Weber und der um Kanzler Bethmann-Hollweg, indem sie über die innenpolitischen Voraussetzungen einer Nachkriegsordnung nachdachten, die die Hegemoniestellung, die man militärisch zu erringen hoffte, auch ökonomisch sichern könnte – nicht zuletzt durch die Errichtung eines Repräsentativsystems und die politische Integration der Sozialdemokratie.

Entgegen den Legitimationsversuchen zahlreicher Historiker, die deutsche Politik in der Kriegsschuldfrage reinzuwaschen, hat sich seit den Forschungen Eckart Kehrs (1) 1927-1933 immer deutlicher herauskristallisiert, daß die Problemsituation, die das Deutsche Reich in den 1. Weltkrieg führte, in den Interessengegensätzen der beherrschenden Wirtschafts- und Machtblöcke zu suchen ist. Der glücklich gefundene Kompromiß: Flottenpolitik als Zugeständnis an die Industriefraktionen und die nationalen Verbände, Heeresform als Zugeständnis an die preußischen Militärs und die Schwerindustrie und Agrarkonkurrenz gegenüber Rußland als Preis, den die Großagrarier für ihre Zugeständnisse einforderten, setzten eine Dynamik frei, die nicht nur außenpolitische Gegensätze schuf, sondern als Präventionsprogramm gegen Demokratisierungsforderungen fungierten und es nahelegten, über eine militärische Lösung die innerpolitische Machtstruktur zu konservieren. Dieser Primat der Innenpolitik war die Ausgangsbasis der Mitteleuropapolitik Friedrich Naumanns. Als die Mitteleuropa-Idee in der Weimarer Republik wieder aufgenommen wurde, hatte sie einen anderen Stellenwert. Die geplante deutsch-österreichische Zollunion und das Konzept eines Dreieckshandels mit den südosteuropäischen Ländern – Veredelungsprodukte gegen Industriegüter und Futtermittel aus Ostelbien – wie er im Mitteleuropa-Verein des Büro Hahn entwickelt wurde, zielten auf eine Revision des Versailler Vertrages. Nicht zureichend bedacht hatte das Büro Hahn (2) die innenpolitischen Folgen, als es für sein geplantes Bauernopfer – deutsche Kleinbauern und Viehzüchter sollten durch den südosteuropäischen Import von Veredelungsprodukten überflüssig gemacht werden – bei den Nationalsozialisten um Unterstützung ersuchte.

Heute scheint die Mitteleuropa-Idee friedens-, also außenpolitisch sich aufzunötigen und die Struktur und Rolle Deutschlands völlig anders zu sein als in den Situationen, in denen sie ge-



schichtlich bisher eine Rolle spielte. Weder Großagrarier noch Krupp bestimmen mehr die deutschen Geschicke, auch sind die Revisionisten sogar fast ganz aus der DDR-Propaganda verschwunden. Die Bauernfrage ist vielmehr zum Dauerthema der EG geworden und die deutsche Industrie verfügt über eine relativ sichere Stellung auf den inner- und außereuropäischen Märkten. Die Frage, an der die EG von Zeit zu Zeit zu scheitern droht, nämlich inwiefern die BRD bereit ist, auf dem agrarischen Sektor den Preis für ihre privilegierte Stellung auf den europäischen Märkten zu zahlen, hat scheinbar nichts mit jenen friedenspolitischen Mitteleuropaoptionen zu tun, wie sie Löser/Schilling und Schily u.a. vertreten, eher noch könnte die Agrarmisere Argumente dafür bieten, das westeuropäische Projekt als gescheitert zu betrachten.

Aus den realsozialistischen Ländern melden sich in letzter Zeit verstärkt Stimmen zu Wort, die für eine Wiederaufnahme des Mitteleuropabegriffs plädieren. Westliche Kultur und Technologie sind gefordert. Man erinnert sich an die Zusammengehörigkeit zu einem untergegangenen Kultur- und Wirtschaftsraum. Bis auf das Intermezzo des Rapallo-Vertrags blieb aber die Wiederherstellung der Mitte-Ost-Anbindung in der Weimarer Republik Wunschdenken.

Die Ostpolitik (3) Brandts, deren Konturen schon zur Zeit der großen Koalition sichtbar wurden, war zuerst und vor allem ein Versuch, aus der Sackgasse herauszukommen, in die die Hallstein-Doktrin geführt hatte. Die Hallstein-Doktrin, d.h. der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch, funktionierte nach Osten hin von Anfang an überhaupt nicht, und in der übrigen Welt – vor allem bei den neutralen bzw. blockfreien Staaten – kollidierten bald wirtschaftliche Interessen und politische Ansprüche. Schon die Errichtung von sog. Handelsmissionen in den osteuropäischen Ländern ohne konsularische Befugnisse stießen beim rechten Flügel der CDU/CSU und den Vertriebenenfunktionären auf Widerstand. Aber auch auf der anderen Seite war eher Mauern als Entspannen gefragt. Im Mai 1964 warnte Ulbricht seine Kollegen in Prag, Budapest, Sofia und Warschau vor der westdeutschen Wirtschaft und ihren Verlockungen als einem "trojanischen Pferd". Und auf die zaghaften Versuche des Berliner Senats unter Brandt, wenigstens die Berliner Verhältnisse etwas entspannter zu gestalten, anwortete Erhard in Bonn mit genau demselben Verdacht: "Passierscheine bedeuten schon so etwas wie ein trojanisches Pferd" (Nov. 1964).

Die populäre Redeweise vom Doppelwesen BRD – der politische Zwerg als Wirtschaftsriese – war mehr als eine Plattitüde: Sie zeigte die Selbstblockade bzw. Sackgasse an, in die eine Politik zwangsläufig geraten mußte, solange sie auf die durch den Krieg festgeschriebenen Verhältnisse in Europa nur mit windigen, undurchsetzbaren und zweifelhaften Rechtstiteln reagierte.

Konzeptionell begann die Umorientierung der SPD mit Egon Bahrs Tutzinger Rede vom Juli 1963 mit dem berühmten Diktum "Wandel durch Annäherung". Man unterschätzt die originär politischen Impulse von Brandts Ostpolitik, also humanitäre Erleichterungen, Entspannung, Gewaltverzicht, Anerkennung der Grenzen und vor allem den Willen zur Versöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Völkern, nicht, wenn man auch auf die entschieden wirtschaftlichen Kalküle hinter dieser Ostpolitik hinweist. Hinter jeder Zeile in Bahrs Rede schaut die Ratio des auf Export zunehmend angewiesenen Wirtschaftsriesen hervor. Der Handel sollte als Mittel doppelt eingesetzt werden – ganz allgemein als politisches Signal und als Mittel zur Verbesserung der materiellen Lage der Menschen: "Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben" (Bahr 1963). Abgedeckt war derlei durch Kennedys Placet vom Juni 1963, wonach ein "Höchstmaß von Handelsbeziehungen, das unsere Sicherheit erlaubt", anzustreben sei – zum Vorteil beider Seiten und zur Entspannung der verhärteten Blockfronten.

Nach 1969, d.h. dem Beginn der sozialliberalen Vertragspolitik mit der Sowjetunion, Polen, der CSSR und der DDR, wurde dieser ökonomische Hintergrund deutlicher sichtbar. Zwischen 1971 und 1975 verdreifachte sich das Handelsvolumen im Ost-West-Verkehr. Vor allem die Sowjetunion wollte die strukturellen Defizite in der Wirtschaft ganz schnell kompensieren mit forcierten Importen aus dem Westen. Schon am 1.2.1970 wurde das Jahrhundert-Röhren-Erdgas-Geschäft abgeschlossen. Bahrs Devise in den Verhandlungen – "Wandel durch Annäherung" – wurde zutreffend mit "Wandel durch Handel" kommentiert. Die Koinzidenz ist nicht zufällig, sondern Vertragsbestandteil. Alle Verträge enthalten ausführliche Wirtschaftsklauseln.

Heute scheint – trotz aller Intensivierung des Osthandels – die BRD von einer Neuauflage der Mitteleuropapläne weit entfernt. Bleibt also nur bei sich selbst anzufangen mit der Abrüstung und dem friedlich-ökologischen Umbau der Gesellschaft.

5. Modell: "Neutrale Autarkie"

Wenn Uli Kulke in der taz vom 30.1.1987 darüber klagt, daß der dauernd drohende Handelskrieg USA gegen Europa leider immer noch nicht stattfindet und damit eine einmalige Chance verpaßt ist, "sich aus der Abhängigkeit von der dominanten US-Wirtschaft mit ihrer wild ausschlagenden" Währung zu befreien, um endlich die "ökologische Kreislaufwirtschaft" anpeilen zu können, dann bleibt nur noch ein kleiner Schritt bis zur Forderung nach der Autarkie der BRD. Regionale Autarkiekonzepte wurden in der Frühphase der Ökologie-Bewegung häufig gehandelt. Die friedenspolitischen Probleme erledigen sich damit quasi von selbst. Schafft viele kleine Neutralitäten. Grüne Realpolitiker können freilich auch damit nicht mehr viel anfangen, weil die SPD ein potentielles Bündnis von ihrem Ja zur NATO abhängig zu machen sucht. Diejenigen im breiten fundamentalistischen Spektrum, die ernsthaft agraranarchistische Konzepte vertreten, gehören neben den Nationalrevolutionären zu denjenigen verschwindenden Gruppen in den Grünen, die die internationale Verflechtung schlichtweg ignorieren. Vielen scheint sie jedoch wieder Bedrohung zu sein. Die grünen Umbauprogramme zielen nicht zuletzt auf eine Verringerung der Exportabhängigkeit der BRD. Vor der Naturgewalt der Welthandelszyklen glaubt man sich so eher in Sicherheit bringen zu können. In der Tat wurde seit dem Ende des Nachkriegsbooms immer wieder mit dem Beispiel der Weltwirtschaftskrise die Gefahr des Protektionismus beschworen und des Auseinanderbrechens des Weltmarktes. Geographisch zusammenhängende Wirtschaftsräume sollten eine Sicherheit bieten gegenüber den Gefahren der Weltmarktabhängigkeit, so jedenfalls dachten ihre Protagonisten in den zwanziger und dreißiger Jahren und auch schon im Wilhelminismus. In der Weltwirtschaftskrise war dann der Weltmarkt in der Tat in Großräume auseinandergebrochen, wenn auch nicht in unmittelbar geographisch zusammenhängende, so daß neben Amerika, die alten Kolonialreiche die einzigen scheinbar überlebensfähigen Wirtschaftseinheiten bildeten. Die "Völker ohne Raum" (Deutschland, Italien, Japan) sorgten ihrerseits bald dafür, daß dieser Großraumordnung ein kriegerisches Ende bereitet wurde.

Ursprung des geopolitischen Großraumdenkens war nicht zuletzt der Versuch, dem englischen Modell einer auf dem Welthandel basierenden Hegemonialmacht, ein deutschnationales Konzept entgegenzustellen: Großraumwirtschaft auf agrarischer Grundlage bei gesicherter Rohstoffversorgung für die Industrie, also ein Autarkie-Modell im großen Stil, das sich stillschweigend am amerikanischen Vorbild orientierte. Als spätestens nach dem ersten Weltkrieg der Begriff Imperialismus seinen selbstgefälligen Klang verloren hatte, dienten jene Konzepte erneut als Rechtfertigung deutscher militärischer Expansionspolitik. Darin unterschieden sie sich nicht von den eher agrarromantischen Autarkiekonzepten des junkerlich-ostelbisch gesteuerten Reichslandbundes. **Bisher jedenfalls war in der deutschen Geschichte der Rückzug auf sich selbst und auf die Idee der Mitte immer mit dem Angriff nach allen Seiten verbunden.** Daß die BRD in Europa zur Zeit nicht als militärischer Angreifer in Frage kommt, sagt nichts darüber aus, daß die neuen Ideen von Mitteleuropa, ökologischer Kreislaufwirtschaft und "kleiner Neutralität" nicht in gleicher Weise wie die alten Großraum- und Autarkiekonzepte vom Fetisch des geschlossenen Raumes ausgehen und die Grundlage ihrer Problemlösungsvorschläge systematisch unterschlagen: die unterschiedlichsten Bedingungen industriell-kapitalistischer Entwicklung in den zu integrierenden und zu neutralisierenden Räumen.

Wenn man hier begänne weiterzudenken, würde sich vielleicht wieder die Frage nach dem Primat der Innenpolitik stellen, vor allem in Bezug auf die USA, die durch ihre rüstungspolitische Option wirtschaftspolitisch gebunden ist, und nachdem die Instrumentarien der Hochzinspolitik und der Abwertungspolitik bereits vernutzt sind, nun droht zum Mittel der Schutzzollpolitik zurückzukehren oder die Europäer zu zwingen, ihren Agrarmarkt zu öffnen. Beides hätte für Europa einschneidende Folgen. Die Frage ist, ob eine solche Entwicklung Verteilungskämpfe zwischen den westeuropäischen Staaten auslösen würde, die die EG sprengen oder ob man sich doch zu einem Großraumkonzept für das westeuropäische Kapital durchringt, das die politischen Barrieren der Nationalstaaten tendenziell überwindet.

1) Eckart Kehr, Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. und eingel. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt-Berlin-Wien 1970.

2) Alfred Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973.

3) Peter Bender, Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag, München 1986.

Gibt es eine europäische Krisenbewältigungsstrategie?

GILBERT ZIEBURA

Jedermann weiß, daß die Formulierung alternativer Strategien, in welchem Politikbereich auch immer, im nationalstaatlichen Rahmen nicht möglich ist. So evident diese Wahrheit ist, so sehr wird sie verdrängt. Kein Wunder also, wenn die Hilflosigkeit alternativen Nachdenkens um so krasser hervortritt, je mehr es sich in weltwirtschaftliche und weltpolitische, oder auch nur (west)europäische Dimensionen vorwagt.

Der Versuch, aus der Geschichte zu lernen, hilft nicht viel weiter. Vergleicht man die gegenwärtige Krise der Weltwirtschaft mit der von 1929, springen die Unterschiede sofort ins Auge. Das gilt zunächst für die Ursachen, da sich der Kapitalismus damals in einer anderen Entwicklungsphase befand als heute. Das gilt aber insbesondere für die Krisenüberwindungsstrategien, deren Ziele und Inhalte sich fast umgekehrt haben.

Tatsächlich läutete die Weltwirtschaftskrise von 1929 den Bankrott jener vornehmlich konservativen Kräfte in Europa und in den USA ein, die in der zweiten Hälfte der 20er Jahre mit ihren Rezepten (Deflation, Rationalisierung, Abwertungswettbewerb usw.) den Versuch unternommen hatten, die Nachkriegs"ordnung" zu konsolidieren. In Wahrheit verschärften sie damit die ohnehin reichlich vorhandenen strukturellen Verwerfungen sowohl innerhalb wie zwischen den nationalen Ökonomien. Hier liegt der Hauptgrund dafür, daß der berüchtigte Börsenkrach in den USA schließlich das Ausmaß einer Weltwirtschaftskrise annahm. Es versteht sich von selbst, daß diejenigen, die die Krise verursacht hatten, über keine Mittel und Instrumente verfügten, um sie zu überwinden.

Aber damals gab es eine Alternative, die sich in Umrissen schon während der 20er Jahre abgezeichnet hatte. Es schien sogar, als würde sie mit der Krise fertig. Aber sie zahlte einen hohen Preis: die Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze. Ihr Dilemma bestand darin, daß sie in zwei, konträr diametralen Varianten auftrat: dem "Links"- und dem "Rechts"keynesianismus. Überall fiel jetzt dem Staat die entscheidende Steuerungsfunktion zu, ab 1936/37 vor allem durch die beschleunigte Rüstung. Während die "linke" Form dieser Alternative (New Deal in den USA, Volksfront in Frankreich) durch Wahlen, also durch die Veränderung der Herrschaftsbündnisse (oft mit Hilfe der Arbeiterbewegung) zustande kam, verkörperte sich die "rechte" Form im Faschismus. Beiden Varianten entsprach eine bestimmte weltwirtschaftliche und weltpolitische Strategie. Dabei war beiden zunächst gemeinsam, daß sie den durch die Krise verursachten Zerfall der Weltwirtschaft durch den Aufbau regionaler "Großraumwirtschaften" weiter beschleunigten. Der Versuch der USA, ab 1936/37 eine Liberalisierung des Welthandels durchzusetzen, schlug fehl.

Schon unter diesen Bedingungen mußte sich ein ungeheures Konfliktpotential aufbauen. Hinzu kam, daß die Großraumwirtschaften der Demokratien (das englische bzw. französische Kolonialreich, die amerikanische Hemisphäre für die USA) eine eher defensive Funktion für die Mutterländer besaßen, als eine Art "Sicherheitspolster" in den Wirren der Weltwirtschaft, als geschützter Raum, den man unbehelligt von anderen nach eigenen Interessen gestalten konnte. Für die faschistischen Länder (Deutschland, Italien, Japan), die überdies den weltpolitischen Status quo zu ihren Gunsten revidieren wollten, sah die Situation ganz anders aus: sie mußten diese Großräume erst erobern. Sie stellten die unerläßliche Voraussetzung für eine weitgehend autarkistische Politik dar, die wiederum im Fall eines großen Konfliktes die ökonomische Basis für den Sieg bedeutete. Der Faschismus benötigte zum Überleben den Großraum, der ohne Krieg nicht zu haben war. Freilich stellt sich die Frage, ob Großraumwirtschaften ohne Expansion nach außen und ohne Repression nach innen, also unter dem Vorzeichen der Demokratie und Selbstgenügsamkeit, nicht doch als mögliche Form einer partiellen Abkoppelung von Weltmarkt- und Weltmachtverhältnissen mit dem Ziel einer verstärkten ökonomischen wie politisch-strategischen Machtdiffusion ins Auge gefaßt werden könnten.

Ist unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Bedingungen eine solche Perspektive denkbar? Es gibt haufenweise Gründe, die dagegen sprechen. Man kann sie nicht mit einer Handbewegung beiseite schieben. Zunächst hat die zweite Weltwirtschaftskrise in diesem Jahrhundert seit 1974, vor allem aber seit 1979/80, den entgegengesetzten Effekt gehabt wie die erste: sie hat der verfeinerten und vervollkommneten Form des keynesianistisch-wohlfahrtsstaatlichen Wachstumsmodells der 60er und 70er Jahre den Todesstoß versetzt. Sie ist das Vehikel für die Rückkehr der Konservativen, die sie nutzen, um den Übergang der kapitalistischen Produktionsweise in eine neue Phase der Entwicklung zu gewährleisten. Die Gegenkräfte sind schwach; sie taumeln von einer Niederlage in die andere. Nichts scheint sich ihnen in den Weg zu stellen, nicht einmal dann, wenn die sozialen Kosten des Unternehmens vor aller Augen stehen.

Dennoch fließt ständig eine Menge Wasser in den konservativen Wein. Die Widersprüche liegen auf der Hand. Auf der einen Seite zeichnet sich die konservative Offensive durch eine große Homogenität ihrer ideologischen Grundpositionen aus: Freisetzung der Marktkräfte, "Modernisierung" von Wirtschaft und Gesellschaft, Abbau des Staatsinterventionismus usw. Es gibt gewisse nationale Besonderheiten, aber gravierende Unterschiede zwischen Thatcher, Reagan, Kohl und Chirac sind nicht auszumachen. Paradoxerweise aber ist gerade diese relativ hohe ideologische Homogenität eine der Ursachen für die Tatsache, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Konflikte innerhalb des Westens, ja sogar innerhalb Westeuropas, keineswegs vermindert haben, ganz im Gegenteil. Wie ist das möglich, wenn sie doch alle am selben Strick ziehen?

Indem die Konservativen (freilich nur ausgewählte) "Marktkräfte freisetzen", unterwerfen sie sich ihrem Diktat. Da sie alle dasselbe anstreben, nämlich die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer *nationalen* Ökonomien, muß daraus ein Verdrängungswettbewerb resultieren. Gerät eine Branche in Not, schaltet sich plötzlich auch der konservative Staat ein und droht mit protektionistischer Vergeltung. Mit anderen Worten: Den Konservativen fehlt eine internationale Strategie, die es erlauben würde, die als Folge ihrer eigenen Maßnahmen auftretenden Krisen und Konflikte zu überwinden und nicht nur auf die lange Bank zu schieben. Aber die Ellenbogengesellschaft im Innern verlangt einen rüden Umgangston nach außen. Die allgemeine Deregulierung erscheint als das, was sie in Wirklichkeit ist: ein perspektivloses Vorsichhinwursteln. Auch auf diese Weise verschärfen sich, wie in den 20er Jahren, die strukturellen Defekte der Weltwirtschaft und Weltwährung. Selbst das konservative Führungsorgan, der Internationale Währungsfonds, mußte auf seiner letzten Tagung zugeben, daß das Problem der internationalen Verschuldung mit den bislang praktizierten Methoden nicht in den Griff zu bekommen ist.

Wie ihre Vorgänger, bewirken auch die Konservativen eine fortschreitende Fraktionierung und Desintegration der Weltwirtschaft. Jedes alternative Nachdenken muß an diesem Punkt ansetzen. Freilich ist ebenso zu berücksichtigen, daß der Weltkapitalismus der "dritten technologischen Revolution" eine weitere Stufe der Vereinheitlichung der Produktionsnormen erreichen wird, eine Dynamik, von der niemand weiß, wie sie zu durchbrechen ist. Auch sie erzeugt Widersprüche, spaltet die Gesellschaften, verschärft die sektoralen und branchenspezifischen Disparitäten wie die regionalen Ungleichgewichte, im Norden, zwischen Norden und Süden, innerhalb des Südens. Die Kluft zwischen Superreichen und an Hunger Sterbenden wird immer größer.

Soll die Linke warten und zusehen, bis diese Widersprüche so unerträglich werden, daß die Massen auf die Barrikaden steigen? Dann hat sie ihre Existenzberechtigung verloren. Kann sie die eben skizzierten Zusammenhänge im Weltmaßstab beeinflussen? Davon kann keine Rede sein. So zerbrechlich und anfällig die großen strategischen und ökonomischen Machtkonzentrationen sein mögen, entfalten sie doch immer wieder eine ungeahnte Vitalität. Ist ein ökonomischer "Großraum" Europa (West und Ost, mit Verlängerung nach Afrika), abgekoppelt von der Atlantischen Allianz, eine denkbare Alternative? Diese Vorstellung ist oft angesprochen worden. Wer über den "Dritten Weg" nachdachte, ist unweigerich auf sie gestoßen. Aber alle Denkgebäude dieser Art zerstoben ebenso schnell wie sie entstanden.

Dafür gibt es eine Fülle von Gründen. Ein Gebilde, das auch nur in Ansätzen die Bezeichnung "Großraum Europa" verdient, kann nur unter zwei entscheidenden Voraussetzungen entstehen. Erstens: Es muß zu einer Abschwächung der Bipolarität kommen. Da die Europäer weder heute noch morgen die beiden Supermächte dazu zwingen können, müssen sie selbst sich dazu entschließen. Die bisherige Nachkriegsgeschichte, nicht einmal auf dem Höhepunkt der Entspannung Mitte der 70er Jahre, bietet auch nur den bescheidensten Anlaß zu Hoffnungen. Beide Supermächte sind davon überzeugt, daß ihre raison d'être davon abhängt, die Stabilität in Europa zu garantieren, ob mit oder ohne Abrüstung bzw. Rüstungskontrolle. In dieser Hinsicht ist Europa Objekt der Weltpolitik und wird es bleiben, solange es sich außerstande zeigt, Grundlagen einer eigenständigen Sicherheitspolitik zu legen, die zugleich mehrheitsfähig ist.

Zweitens: Das Pendant zur strategischen Selbstbestimmung ist der Wille der Europäer, ein Akkumulationsmodell zu entwickeln, das nicht den von den USA und/oder Japan gesetzten Normen folgt. Alle ökonomische Aktivität, ob in Konflikt oder Kooperation, spielt sich in einem trilateralen Kraftfeld ab, das eine spezifischen Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen entwickelt hat. Die Vorstellung, sich daraus zu lösen oder nur auf Distanz zu gehen, ist für die überwältigende Mehrheit der Konsumenten und Produzenten gleichbedeutend mit Niedergang und Dekadenz. Hier liegt das größte Handicap alternativer Strategien, das von den Herrschenden von morgens bis abends ausgeschlachtet wird. Wie sehen die Umrisse eines europäischen Gesellschaftsprojektes aus, das kulturelle Traditionen, soziale Kämpfe, Pluralität, Demokratie und ein an den Bedürfnissen (welchen?) der Massen orientiertes Produzie- zu einer glaubwürdigen, erlebbaren und also erstrebenswerten Einheit verschmilzt? Die Stärke der Linken liegt in der Kritik. Das genügt nicht mehr. Damit verurteilt sie sich, der Entwicklung, die sie nicht beeinflußt, hinterher zu denken.

Das größte Dilemma ist die Nicht-Existenz einer konkreten Utopie. Nicht die Frage ist entscheidend, wer die "Träger" eines "Großraums" Europa sein könnten. Träger entstehen in dem Augenblick, da der Glaube an diese konkrete Utopie wächst und damit zum Orientierungspunkt praktischen Handelns wird. Das Ziel lohnt sich: von der Reduzierung der großen Machtkomplexe in Politik und Ökonomie kann ein menschenwürdiges Überleben abhängen. ■

europa

Jeder kann das Salz der Erde sein

GYÖRGY KONRÁD

Mich interessiert nicht die Geschichte der Politiker, mich interessiert vielmehr die Geschichte derer, die versuchen, die Geschichte der Politiker zu überleben. Sobald der Minutenzeiger um ein Menschenalter vorangerückt ist, gehört die Geschichte nicht mehr den Helden und auch nicht den Opfern, sondern den Historikern. Wer auf Befehl von in der Ferne existierenden Unbekannten von einer Sekunde auf die andere getötet werden kann, der ist ein potentielles Opfer, und das ist er selbst dann, wenn er es nicht einmal bemerkt. Die Opfer verteidigen sich allein deshalb nicht, weil sie noch nicht begriffen haben, daß sie Opfer sind. Sie verstecken sich hinter ihrem Vernichtungsarsenal; das ist ebenso, als würden sie zur Seite gehen, um an der Tankstelle eine Zigarette zu rauchen.

Als jüdischer Junge aus der ungarischen Provinz standen vor vierzig Jahren die Aussichten für mich, getötet zu werden, ziemlich gut. Zwei Prozent betrug die Überlebenschance. Welche Überlebenschance besitzt ein Europäer, wenn die in Europa gehorteten Waffen losgehen? Seit mehr als vierzig Jahren Frieden, dennoch hat sich die Gefahr proportional zur Vernichtungskraft vervielfacht.

Die wissenschaftliche Vorbereitung des Kriegs läßt sich nicht wissenschaftlich beurteilen. Die Geschichte besteht aus Gewalt, dennoch hat sie halsstarrige Antipoden. Ein jeder kann das Salz der Erde sein, sofern er sich der Gewalt widersetzt.

Sollten die Militärs auch in der Kultur die Oberhand gewinnen, dann sind die Aussichten für den Ausbruch eines dritten Weltkriegs groß. Wenig Platz finde ich auf der Welt, wo ich von der Zensur der Haßmoral befreit wäre.

Wenn ich weiß, daß man mich töten wird, ist mein nüchternes Herumwirtschaften ein Alptraum. Es macht mich nervös, daß Sprengstoff in meiner Wohnung gelagert wird, dennoch ignoriere ich diesen Umstand, während der beunruhigende Haufen ständig anwächst. Ich wohne mit ihm zusammen, und obwohl er sich zusehends ausdehnt, hoffe ich, daß er nicht explodieren wird. Müßte ich diesen Sachen meine Aufmerksamkeit schenken, bliebe mir weniger Zeit für meine erbaulichen Betätigungen. Freilich, sollte das Haus tatsächlich explodieren, das wäre was anderes, dann hätte ich ziemlich eigenartig gelebt.

Verzichtest du um der Worte willen auf die Waffen oder lieber um der Waffen willen auf die Worte? Jesu Frage hat auch heute nach zweitausend Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Verändert hat sich vielleicht nur soviel, als im Atomzeitalter Mord und Selbstmord sozusagen gleichbedeutend sind. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß ich mich zum Komplizen der Gewalt mache, wenn ich nicht dagegen schreibe. Es entbehrt nicht der Logik, daß gerade die Schriftsteller Wegbereiter der Verständigung, Vorausahnende einer anderen Art von Rationalität sein sollten.

Neuartig und eine internationale Klasse in der Weltgeschichte wird die Intelligenz in dem Maße, wie sie sich charismatisch in der Kunst der Friedensstiftung engagiert. Dazu bedarf es keiner Heuchelei, vielmehr müssen die heuchlerischen offiziellen Klischees unvoreingenommen unter die Lupe genommen werden. Das ist etwas Ähnliches, wie sich im Aufenthaltsraum der Nervenheilanstalt ebenso zu verhalten wie beispielsweise auf einem Stehbankett. Der Pazifismus ist keine Bewegung von Salate verzehrenden empfindsamen Seelen, wie die Militaristen vielleicht meinen. Das Nachdenken über das Tötungstabu kommt einer geistigen Revolution gleich. Nietzsche und Lenin haben die erste Partei gewonnen, Tolstoi und Gandhi haben die größere Ausdauer.

Der Pazifismus ist eine radikale Idee, dennoch gehört jenes böllernde und dümmliche Spielzeug nicht zu seinem Instrumentarium. Deinem Leib fügt er keinen Schaden zu, dennoch wirst du in deinem Denken umgestimmt. Allmählich müssen wir die dezenteren Techniken und gegenüber dem Waffengebrauch effektiveren Formen der Selbstverteidigung und der Verteidigung unserer Menschenrechte erlernen.

Am wirkungsvollsten läßt sich ein anderer Mensch verführen, wenn er eine Verhaltensphilosophie angeboten bekommt, die ihm nützlicher ist als die bisherige. Verführen wollen wir zum Nutzen der Zivilisation, wir wollen lernen, auch ohne Töten miteinander auszukommen. Wenn Personen und Gemeinschaften sich nur durch Töten anderer verteidigen können, herrscht Barbarei. Im Hinblick auf die Sicherheit einer Nation halte ich die zivile Außenpolitik für erfolgversprechender und billiger als die militärisch bestimmte Außenpolitik. Ein zivilisierter Mensch kann im Verhalten einer Nation – und sei es der eigenen Nation – nicht etwas befürworten, was er einem Privatmann verübeln würde.

Keine einzige Konfektionsideologie konnte ich im Kaufhaus erstehen, denn allesamt sind sie ein heimtückisches Bündnis mit dem Mord am Menschen eingegangen. Ihre Anhänger können aufopferungsvoll und aggressiv zugleich sein. Unter Berufung auf eine Ideologie erteilt das Über-Ich die Genehmigung zum Töten. Kriegführen ohne Ideologie ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Je mehr jemand zu töten in der Lage ist, desto barbarischer ist er. Nicht nur die Zivilisation macht spektakuläre Fortschritte, sondern auch die Barbarei, jene Entwicklung, mittels derer wir uns auf den spitzentechnologischen Massenmord vorbereiten.

Zur kollektiven Raserei braucht es – meist patriotische – Rhetoriken. Verschiedene Nationen meinen zu verschiedener Zeit mit patriotischer Schwärmerei für das Vaterland töten zu müssen. Kriegsbegeisterung ohne Todessehnsucht gibt es nicht, vor unseren Frauen flüchten wir uns zu den Waffen.

Romantische Dichter und Geschichtslehrer glaubten, es gäbe nichts Schöneres auf der Welt, als wenn die Schwertspitze vom Blut gerötet werde. Nach dem Sturmangriff vollführten unsere Panzer über den am Leben gebliebenen feindlichen Kräften kreisende Bewegungen, um diese unter sich zu begraben. Solche Sätze mußte ich auf der Universität lernen. Alle meine bisherigen politischen Unannehmlichkeiten resultierten daraus, daß die staatlichen Waffenträger zuviel Macht besaßen.

Über einen Widerspruch kann ich nicht einfach hinweggehen: Innerhalb des Staates wird Töten durch das Gesetz verboten, außerhalb des Staates jedoch wird es im Fall des Kriegsbefehls direkt vorgeschrieben. Meinen Lands-

mann darf ich nicht töten, den Fremden dagegen muß ich auf Befehl töten. Wer keine Uniform trägt, darf nicht töten; wer eine trägt, darf töten; gelegentlich ist dies sogar sein Beruf. Wer daheim in Friedenszeiten mordet, wird aufgehängt.
Innerhalb der Staaten Zivilisation, zwischen den Staaten Barbarei. Vom größten Teil der öffentlichen Meinung selbst in den zivilisierten Ländern wird die zwischenstaatliche Barbarei gutgeheißen; wenn auch stöhnend und traurig. Unsere Begriffe von Ehre und Ehrlosigkeit orientieren sich an dieser primitiven Rechtsordnung, an diesem verfassungslosen Zustand der Weltgesellschaft. Ist jemand zufälligerweise nicht Mitglied derselben Gemeinschaft, dann müssen ihn die Ehrbegriffe der meisten der Gemeinschaften tatsächlich mit Bestürzung erfüllen.

Am gefährlichsten ist der mit guten Vorsätzen einhergehende rechthaberische Unverstand. In seiner Größe und Wärme ist er imstande, Anhänger zu werden und die Oberhand zu gewinnen. Die Hervorbringer von offensichtlich böswilliger Gewalt sind einsam und deshalb weniger gefährlich. Am Grab eines einsamen Kindermörders werden von der Nachwelt keine Kränze niedergelegt. Das Denkmal des unbekannten Soldaten wird nicht einmal von einem Staatsoberhaupt gemieden. Die beständig und umfassend gefährlichen Mörder müssen über erhabene Ideen verfügen.
Zum Krieg bedarf es einer Mentalität, in der die kollektive Gruppenmoral den nüchternen Verstand umnebelt. Großes Unheil kann daraus entstehen, wenn manch führende Männer die eigene Gemeinschaft dumm und überschwenglich lieben. Die pathetische Kollektivmoral greift leichter zu den Waffen, denn das moralische Pathos macht sie trunken. Am gefährlichsten sind diejenigen Staaten, die hoch und heilig davon überzeugt sind, einzig und allein Recht zu haben.
Um die Massen zu gewinnen, braucht es intellektuellen Kitsch. Die vergängliche menschliche Liebe, deren Kehrseite der Haß ist, veranstaltet in ihrer Beschränktheit von Zeit zu Zeit eine prunksüchtige Heeresschau. Die Krieger tun dasselbe wie die Verbrecher, nur zügelloser, gigantischer und erhobenen Hauptes. Wer sich dem Führer, den Götzen in der ersten Person Plural, nicht unterwirft, der ist ein Feind, ein Agent der Unterwelt. Es gibt Gemeinschaften, die sich vollkommen normal verhalten, bis sie plötzlich den Verstand verlieren. Vielleicht hat jedes Volk eines Tages seine fünf Minuten, in denen es sich austobt.
Der Frieden ist kein Zustand, sondern das Werk eines kreativen Entwicklunsprozesses, einer initiativen Kommunikation, eines Nachsinnens und gemeinsamer Metaphern, Hinübergleiten von der einen Sprache in eine andere, im Interesse eines besseren Verstehens. Es kommt vor, daß die Sprache der Politik als Medium der Verständigung ungeeignet ist und die persönlicheren Sprachen funktionsfähiger sind. Ich bin überzeugt davon, daß es ein größeres Verbrechen ist, jemanden einfach nur so zu töten, als jemanden zu töten und danach auch zu essen. Es wäre wünschenswert, daß die Generalstäbe nur so viele Leichen einplanen, wie die Soldaten anschließend auch verzehren können, schmackhaft zubereitet natürlich.
Der Mensch hat Angst vor dem Tod, vor anderen Menschen, und in seinem Schrecken tötet er jemanden, vor dem er Angst hat, der auf der Straße eben plötzlich vor ihm auftaucht; er tötet irgendjemanden, vielleicht gerade den, den er am meisten liebt. Daß der Mensch seinen Nächsten nicht nur liebt, sondern auch tötet, das ist die Frage aller Fragen.
Kein einziger Mensch befindet sich in der Lage, den anderen Menschen, den er tötet, zu verstehen. Durch eine sehr primitive Handlung vernichtet er etwas sehr reiches Ganzes. Daß der oder der zu töten sei, ist eine ziemlich anmaßende und wahrscheinlich ziemlich ignorante Äußerung. Ein Mensch gerät nur schwer in eine Lage, in der er die Tötung eines anderen Menschen nach gründlicher Überlegung als gerechtfertigt betrachten kann. Tiere schlachten wir nur deshalb, weil wir uns ihnen gegenüber für metaphysisch höherwertig erklären. Ich bin nicht mehr wert als du, ich stehe nicht über dir, ich bin nicht dein Richter.
Eine Philosophie ohne Einfluß auf das Verhalten ist nicht relevant. Nicht nur meine Gedanken hängen von mir ab, auch ich hänge von meinen Gedanken ab. Ich fange an, ihnen zu ähneln. Ist ein Mensch rücksichtsvoll oder aufdringlich, großherzig oder kleinlich, aufrichtig oder verlogen, so hängt das mit seiner Philosophie zusammen. Durch mein Leben philosophiere ich, und durch meine Philosophie lebe ich.
Wie können wir mit den lästigsten Konflikten unseres Seins zurechtkommen, ohne die einzige Todsünde, das Töten, zu begehen? Zivilisation heißt, daß sowohl zwischen Personen als auch Gemeinschaften gewalteinschränkende und gesetzliche Verhältnisse Verbreitung finden und daß die Erde in ihrer Gesamtheit einer vernünftigen Stadt ähnelt.
Sämtliche Nationen und Klassen können darin übereinkommen, im Umgang miteinander bürgerliche Verhältnisse zu schaffen. Ohne einen Planetarismus wird es ein Nicht-Töten nicht geben. Das Wesen von Jesu Umwälzung bestand in der Idee des Nicht-Tötens. Nicht dem Tötenden galt das Interesse, sondern dem Getöteten. Nicht dem Helden, sondern dem Opfer. Bis zur Erfindung der Atombombe war das Prinzip der absoluten Sünde des Tötens nicht wirklich möglich. Die Klärung, die Transparenz unserer Werte haben wir der Bombe zu verdanken. Auf der einen Seite die Atomkatastrophe, auf der anderen Seite die zivile Mystik. Der höchste Wert des Lebens ist das Leben selbst, das diesseitige Dasein, unsere begrenzte Zeit, unsere bloße Gegenwart. (...)
Die Welt der Konzentrationslager, die *univers concentrationaire,* mit ihren kleingewerblichen und großindustriellen Methoden des Massenmords, war die vorletzte großangelegte Apokalypse. Nebelhaft taucht vor mit die letzte, endgültige und nicht zu übertreffende Apokalypse des postindustriellen Massenmords auf: der nukleare Winter, nach dem es eine Menschheit gegeben haben, nicht mehr geben wird. Etwas Gründlicheres kann der Mensch nicht erfinden. Das Lager ist nur halbtotalitär, ein Teil der Menschen flaniert außerhalb des Zauns. Jener Winter aber wird solche Unordnung nicht dulden. Unsere dreiste Art wird vom künstlich abgekühlten Globus verschwinden.
Das Drehbuch zur Apokalypse ist vorhanden. Eine schlimmere Schreckensvision als die, vor der uns die Wissenschaftler warnen, können Schriftsteller nicht erfinden. Gegeben ist das Drehbuch zur endgültigen Vernichtung, der Film muß nur noch gedreht werden. Die Utopie ist nicht gegeben, sie bleibt unserer Phantasie überlassen. Der Schrecken ist heutzutage so banal, deshalb bin icht Utopist. (...)
Mitteleuropäer sein heißt, über Selbsterkenntnis und Gespür für Proportionen verfügen. Wenn du versuchst, dich kollektiv aufzublasen und wenn du das Maß verlierst, wirst du zerplatzen. Wenn wir die Subordination ablehnen und die Koordination wollen, wenn wir uns den anderen weder unterordnen noch sie beherrschen wollen, gibt es eine Rettung.
Um die Gegenwart zu überleben, brauchen wir eine intelligente, initiative, vertrauensbildende, persönliche Strategie. Zu einer Strategie bedarf es einer Utopie. Alle Gesellschaftsphilosophien sagen etwas über Gut und Böse aus. Zu jeder Geschichtsphilosophie gehört eine Ethik.
Jedes Menschenleben sei gleichviel wert, dachte der Astronaut, als er die hübsche, blaue und schutzlose Erde unter sich erblickte. Mein Vaterland, mein Vaterland, mein Kontinent, mein Planet, konzentrische Kreise, kein einziger Ring ist entbehrlich. Individuum und Menschheit sind die beiden Brückenköpfe, die anderen Gemeinschaftsformen sind nur Pfeiler, aber kein Brückenkopf. Der einzelne Mensch und die ganze Menschheit – dies sind die beiden sicheren Punkte, alles andere ist anfechtbar. Eine gute Welt ist so wie gute Menschen, unsere verklärten und glücklichen Minuten sind verwirklichte Utopien. In jeder Wohnung finden sich einige utopische Momente. Man kann dem Haß auf das Andersartige, das Besondere, das Fremde, den unbekannten anderen Menschen entwachsen. Der Humanismus ist insofern ein provokatorischer Standpunkt, als er das positive oder negative Ausgezeichnetsein jedweder Religion, Nation, Klasse leugnet. Der Humanismus hat keinen Sinn, wenn er nicht planetarisch ist; die ganze Menschheit gehört zusammen.
Die Partei des Stärkeren wird eben zur Genüge ergriffen, ich stehe sozusagen prinzipiell auf der Seite des Schwächeren. Viele Autoren versäumen nicht, auf die zweifellosen Fehler des Schwächeren hinzuweisen. Warum sollte ausgerechnet der fehlerlos sein, der gerade gefoltert wird? Was ein Gefangener denkt, das ist nicht so interessant, aber daß er einer Elektroschockbehandlung unterzogen wird, das ist sehr interessant. Ich kann nicht akzeptieren, daß der Erniedrigte sein Schicksal verdient haben soll. Vor den Pogromen des armseligen Volks habe ich nicht mehr Respekt als vor dem staatlichen Galgen. Es ist keine Frage von vorrangiger Wichtigkeit, ob die Opfer eines Massengrabs durch die Kugeln von Revolutionären oder Konterrevolutionären in die Grube gestürzt sind.
Die Institutionen sind so klug oder dumm, so höflich oder gewalttätig, wie wir selbst es sind. Eine Skepsis gegenüber den sich in den Institutionen gruppierenden Menschen halte ich für angebracht; sie werden übermütig und neigen dazu, hochnäsig in der ersten Person Plural zu reden. Wer oft *Wir* sagt, der bläst sich auf.
Ich möchte in einer zivilen Gesellschaft leben, in der ein jeder zu den Dingen des öffentlichen Lebens öffentlich Stellung nehmen kann und nicht nur derjenige, der dazu ermächtigt worden ist. Hier bei uns gibt es viele Staats- und wenig Zivilmenschen. Die Mehrheit manövriert harmlos und hält den Mund, manchmal murrt sie sogar ein bißchen. Wenige versuchen so zu leben, als lebten sie in einer zivilen Gesellschaft. Sie sind im Rindfleisch das Lendenstück.

(aus dem Ungarischen von Hans-Henning Paetzke)

Die Logik der Gorbatschowschen Reformen

URSEL SCHMIEDERER

Seit gut zwei Jahren rollt die Reform-Walze in "atemberaubenden Tempo" als "waghalsige Modernisierung" (so der Spiegel) durch die Sowjetunion. Als Gorbatschow seine Karriere als Generalsekretär begann, folgte er noch ganz der Linie des Saubermanns Andropow und zugleich den Traditionsschienen der sowjetischen nachstalinistischen Reformen.
Um den XXVII. Parteitag 1986 gab es die erste Richtungsverlagerung. Am Tag, genau dreißig Jahre nach Chruschtschows Entstalinisierungsrede, am 25. Februar, wurde die ökonomische Reform ausgeweitet zum "Umbau", der perestrojka durch politische Reformen. Ab Herbst 1986 kam glasnost dazu und im Januar 1987 ging es auf dem ZK-Plenum um die Kaderpolitik der Partei im Zeichen der Umgestaltung. In knapp zwei Jahren hatte sich eine qualitative Umkehr der Reforminhalte vollzogen.

Politische Reformen gelten nun als Voraussetzung der ökonomischen Modernisierung; glasnost und perestrojka sollen durch Demokratisierung die ökomomische Neustrukturierung vermitteln, oder – wie Rolf Schneider treffend formulierte – es geht jetzt "um die Revolutionierung der Basis durch den Überbau". Inzwischen wird deutlicher, wo die Reformer besonders nachdrücklich die Hebel ansetzen:
1. Institutionell "von oben" wird allererst personell reformiert, werden Funktionäre ausgewechselt, wird in den Bürokratien allgemein ausgemistet. Das Personenkarussel ist in Schwung. Im Staatsapparat war der Figurentausch besonders lebhaft: das ganze Präsidium des Ministerrats (der Regierung im engeren Sinn) ist erneuert; fast die Hälfte der Minister ist ausgewechselt. Das Außenministerium wurde reorganisiert und unter die eindeutige Führung der Partei gestellt; schon vor einem Jahr waren 50 Botschafter ausgewechselt, darunter acht in NATO-Staaten. In der Wirtschafts- und Staatsbürokratie geht der Wechsel durch alle Schichten. In der Justiz geht es derzeit Richtern und Staatsanwälten an den Kragen; ebenfalls wird in der Polizei und Miliz aufgeräumt. Im Militär scheint es jetzt mit der Absetzung von Ministern und Generälen ebenfalls loszugehen.
2. Institutionell "von unten" sollen neue Partizipations- und Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden. Zum einen werden die Sowjets als gewählte Selbstverwaltungsorgane durch mehr Kompetenzen und höhere Kontrollfunktion aufgewertet. Mit der "Nominierung von parteilosen Genossen (sic!) für leitende Funktionen" (Rede, S. 43) (1) soll die Kompetenzbasis verbreitert und das gesellschaftliche Leben demokratisiert werden. Zum anderen sollen die Parteiorganisationen von unten nach oben im Sinne des demokratischen Zentralismus gestärkt werden. Wahlen sollen als demokratisches Element gegenüber der üblichen und verbreiteten Kooptation für mehr Durchlässigkeit und Transparenz des Parteilebens sorgen und Kritik und Selbstkritik fördern. Hierher gehören auch Gorbatschows Vorschläge der Wahl unter mehreren Kandidaten und der geheimen Wahl (Ideen, die indes vom ZK bislang nicht akzeptiert wurden).
3. Quasi außerinstituionell "von oben" erhofft man sich von glasnost in Kultur, Kunst, Literatur institutionelle Rückwirkungen auf die Medien, die Wissenschaft, d.h. allgemein in der Schaffung von Öffentlichkeit und öffentlicher Auseinandersetzung.
4. Außerinstitutionell "von unten" setzen die Reformer auf "den menschlichen Faktor", "Volk" und "Massen" sollen mobilisiert, ein "Umschwung im gesellschaftlichen Bewußtsein" durch "Veränderungen im Geist und im Denken der Menschen" (Rede, S. 19) erreicht werden.

Die reformerischen Zugriffe erfolgen in einer Zangenbewegung von oben, von unten, von außen auf die Bürokratie als dem zentralen innovationshemmenden Machtblock. Die Bürokratie ist im realen Sozialismus direkter Träger von Herrschaft. Jede tatsächliche Reform, die mehr als Oberflächengekräusel bringen soll, muß also bei der politisch-bürokratischen Herrschaftsstruktur ansetzen.
In den letzten zwanzig Jahren wurde – mit Breschnews Strategie der "Kontinuität und Stabilität der Kader" – die Bürokratie quantitativ und qualitativ aufgeschwemmt. Den bürokratischen Augiasstall auszumisten, ist also eine Notwendigkeit jeder Veränderung. Nur über die Reform der politischen Machtstruktur läßt sich ein ökonomischer und gesellschaftlicher Wandel durchsetzen. Die bürokratische Machtstruktur erzeugt sowohl die Privilegienstruktur der Nomenklatura als auch jene Verfilzung von "Veruntreuungen, Korruption, Amtsmißbrauch und Protektionismus" (Gorbatschow-Rede 1987).
Bei dem direkten und personalen Herrschaftsgefüge machen also sowohl die Reformen "von oben" wie der Figurentausch immanent einen Sinn, da der bürokratische Apparat über seine personalen Träger geschwächt werden muß und die bürokratische Machtstruktur vom Zentrum her effektiv geschwächt werden kann. Weniger konturiert und dezidiert erscheinen bisher Reformanstrengungen "von unten".

Die Rolle der Partei

In den Bürokratieanalysen der sowjetischen Gesellschaft wird gern auf "die vier Grundsäulen des Systems" (vgl. Suess in Kommune 3/87) hingewiesen: die Staats- und Wirtschaftsbürokratie; das Militär und der Rüstungskomplex; der KGB; die Partei. Verständlicherweise wird dann gern darüber spekuliert, wo die Widerstände gegen den Umbau am größten sind.
Dieses horizontale Nebeneinander der Bürokratien führt zu analytischen Mißverständnissen. Die Partei ist nicht eine von vier Säulen, sondern in Funktion und Bedeutung für die gesamte Machtstruktur absolut zentral. Keine der anderen Bürokratien hat eine eigene gesamtgesellschaftliche Rationalität, eigene gesellschaftliche Entwicklungsvorstellungen oder eigene gesamtgesellschaftliche Interessen. Erst in der und durch die Partei können sich gesellschaftliche und politische Partikularinteressen formulieren. Die Partei ist die einzige Vergesellschaftungsinstanz; sie versammelt die Interessenartikulationen in sich, nimmt sie auf in Programmatik und Zielsetzung und setzt sie in der Symbiose von Partei und Staat als Staatspartei und Parteistaat um. Die Partei ist der ideologische Legitimationsträger des realsozialistischen Gesellschaftsmodells. Alle hohen Funktionsträger in den Bürokratie-Säulen sind Parteimitglieder (z.B. 76% der Offiziere; vgl. Spiegel vom 1.6.87).
Wenn also ohne Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen, ohne den Zugriff auf das politisch institutionelle System die perestrojka nicht zu machen ist, so bündeln sich Chancen und Widerstände der Reformen in der Partei als dem zentralen Machtfaktor. An ihr wird sich die "Irreversibilität" der Reformen zeigen; an ihr wird sich das Ausmaß des Widerstands erweisen.
Gorbatschow hat derzeit weder im ZK noch im Politbüro eine eindeutige Mehrheit. Er hat es geschafft, den besonders ausgebufften kasachischen Parteichef und Korruptionshelden Kunajew abzusetzen, nicht aber dessen ukrainisches Pendant. Mit Jelzin ist ein entschiedener Reformer inzwischen Moskauer Parteichef. Im Politbüro sind drei ehemalige bzw. aktuelle KGB-Chefs, aber kein Militär, Vollmitglieder. Neun von elf Sekretären des ZK wurden ausgewechselt – durch Kooptation, nicht

durch Wahl – Revolution von oben!
Auf dem ZK-Plenum vom Januar 1987 startete Gorbatschow einen ersten Frontalangriff auf die Partei. Er bestreitet (Rede S. 48 ff.) den derzeitigen Avantegardecharakter der Partei. Er bezweifelt die Vorbildlichkeit der Partei in Sachen demokratischer Zentralismus. Er verweist auf die Mängel der innerparteilichen Demokratie. Anstelle von Kritik und Selbstkritik und gegenseitiger Kontrolle herrsche Stagnation und Willkür – "Stabilität der Kader"! –; statt lebendiger Parteiarbeit das "Administrieren". Verantwortung und Disziplin seien verkommen zu "Versorgung, Nachsicht und ... Schmeichelei" (Gorbatschow) – auf deutsch: Nepotismus und Korruption.

Als Legitimationsträger in Sachen Ideologie und Theorie der sozialistischen Gesellschaft verharre die Partei "auf dem Niveau der dreißiger - vierziger Jahre" (Gorbatschow), also im Stalinismus. Die Gesellschaftstheorie sei im Dogmatismus und Schematismus versandet, der dialektische Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sei einem abstrakten und scholastischen Theoretisieren gewichen. Das "revolutionär umgestaltete Wesen der sozialistischen Ideologie" sei sozusagen verkommen zu Betrachtungen von "unantastbaren Wahrheiten, die man nur noch kommentieren konnte". Entsprechend sei auch "die soziale Struktur der Gesellschaft ... als frei von Widersprüchen, als frei von Dynamik ..." dargestellt worden. Im Klartext: Der Marxismus-Leninismus hat jeder kritischen Theorie den Garaus gemacht.
In der Breschnew-Ära wurde das Gesellschaftssystem als die Gesellschaftsformation des "real existierenden Sozialismus" bezeichnet, die von Dauer sei, allenfalls der "Vervollkommnung" bedürfe. In Gorbatschows Begrifflichkeit ist nirgends vom real existierenden Sozialismus die Rede, auch nicht von einer sozialistischen Gesellschaftsformation oder einem sozialistischen Modell. Der "Marxismus-Leninismus" ist verschwunden; rekurriert wird allenfalls auf Lenin.
Beharrt man auf der Vorrangigkeit der Partei für die politische Umgestaltung und als Legitimationsträger und folgt man Lazis ("Glasnost" in: Sozialismus 2/87), daß die Partei "der Garant" des Umgestaltungsprozesses ist, daß "nur die Partei ... unterschiedliche Interessen des ganzen Volkes" integrieren und "soziale Beziehungen" organisieren kann, dann ahnt man auch, daß perestrojka und glasnost nur sehr bedingt von der Partei in ihrem derzeitigen Zustand getragen werden können.

Hier erhält dann auch der Prozeß von glasnost einen tieferen Sinn als Ausdruck des Mißtrauens der Reformer in die etablierten Strukturen und Köpfe. Glasnost hat eindeutig auch die Funktion, der Partei Dampf zu machen, von außen gleichsam eine öffentliche Diskussion über die Vergangenheit und die Gegenwart zu erzwingen, der sich die Partei nicht entziehen kann, und über den Prozeß von Kritik und Selbstkritik eine Kontrollinstanz zu etablieren, der man mit den erstarrten parteiinternen Verhaltensmuster (der administrativen Schikane, des bürokratischen Abwürgens usw.) nicht mehr ohne weiteres beikommt.

Denn, wie gesagt, das wohl schwierigste Unternehmen wird sein, den Koloß Partei (ca. 20 Millionen Mitglieder) überhaupt in Bewegung zu bringen. Gelingt dieser Teil der Reformen nicht, sind die Aussichten für Umbau, Beschleunigung und glasnost nicht berauschend – dann können sie im Ritual und Trott der Kaderstabilität zermalmt und bürokratisch kleingemacht werden.

Umbau von oben

Daß Reformen gestoppt, zurückgenommen werden, daß sie scheitern können, ist eine Binsenweisheit. Ein Zeitraum von zwei Jahren ist viel zu gering, als daß man begründet über Fort- und Ausgang der Reformen spekulieren könnte. Jede Einschätzung ist derzeit prekär und vorläufig. Nach zwanzigjähriger Erstarrung sowjetischer Ökonomie und Politik redete man ja auch hier von der "strukturellen Nichtreformierbarkeit des Systems" (so etwa Damus, vgl. Segbers im Nachtrag in "links", März 1987). Mit der qualitativen Umkehr der Gorbatschow-Reformen zeichnet sich indes eine eben doch strukturell neue Logik und Dynamik ab. Rolf Schneiders richtiges Wort von der Revolutionierung der Basis durch den Überbau drückt diese Logik aus. Die sowjetische Gesellschaft wird nicht durch einen ökonomischen Motor angetrieben, durch den stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse zusammengehalten. Die Ökonomie ist eine grunsätzlich politische Veranstaltung, die Vergesellschaftung läuft über die Politik der Partei. Die Partei bestimmt legitimatorisch die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung. Also ist die sowjetische Gesellschaft tatsächlich durch den "Überbau" zu reformieren – wenn man unter Überbau die politische Machtstruktur und die herrschende Theorie des "Marxismus-Leninismus" versteht.

Über glasnost wird in rasantem Tempo allererst der theoretisch-ideologische Dogmatismus zerfetzt. Weit über Literatur, Film und Kunst hinaus zielt die Kritik auf die verharrschte Legitimationstheorie. Die Geschichte wird enttabuiert (vgl. dazu Afanassjew in "Die Zeit" vom 22.5.1987), die Leichen werden aus dem Keller geholt. Die "Aufarbeitung der Geschichte" rollt schon über Stalin hinweg zurück zur Leninschen Partei des Streits, der Debatten, der Auseinandersetzung. Es bleibt nicht aus, daß die historischen Unpersonen allmählich identifiziert werden.
Auf der Grundlage der sowjetischen Gesellschaftsstruktur hat auch der politische Umbau "von oben" seine Logik. Sein Adressat und Gegner sind die verkrusteten bürokratischen Strukturen. Gewiß ist es paradox, wenn man die Bürokratie mit der Bürokratie bekämpft. Es ist nicht minder paradox, wenn Gorbatschow und die Reformer an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. Der beklagte Mangel an einem neuen Sozialismus-Modell verkennt den Prozeß in seiner Offenheit. Man wird an die alte Frage nach dem "Positiven" erinnert. Im Gegenteil jedoch spricht es für die Reformer, daß sie die Lawine lostreten, ohne derzeit zu wissen, wohin sie rollt und wo sie ankommt. Wenn etwas "revolutionär" ist an diesen Reformen, dann ist es genau diese Seite: daß man offenbar keine Angst hat vor der Eigendynamik des Reformprozesses, daß vielmehr erstmals seit den Revolutionsjahren eine sowjetische Führung Vertrauen in sich, in das "Volk", in die "Massen" hat.
Nun gut: in Grenzen. Es gibt keinen Grund, euphorisch zu sein. Nach wie vor ist die Idee der Parteiführung, perestrojka und glasnost als Mittel zur ökonomischen Umstrukturierung einzusetzen; Transparenz, Demokratisierung und Umbau werden instrumentell verstanden. Man muß also die Kirche im Dorf lassen: Ziel und Zweck der Reformen sind immanent. Es geht um die Anpassung der politischen Machtstruktur und der Herrschaftsverhältnisse an die geplante Modernisierung. Außerdem gibt es breiten Widerstand, mögliche Gründe für das Scheitern. Es bleibt die Frage nach den Produzenten, nach den Trägern an der Basis. "Basisdemokratie" ist kaum in Sicht.
Aber Reformprozesse solchen Ausmaßes und solcher Breite haben ihre eigene Logik, ihren eigenen Prozeßcharakter. Um diese Dynamik unter Kontrolle zu halten, brauchte es genau und unbeschadet jenen bürokratischen Apparat, auf den die Reformer von oben, von unten, von außen die Breitseiten abfeuern. Mit diesem zentralen Widerspruch müssen die Reformer leben – und werden unsere Einschätzungen in nächster Zeit leben müssen. ■

Die Situation der Juden in der UdSSR

VIKTOR ZASLAVSKY

Ob als ethnische Gruppe oder ob als Gegenstand der Nationalitätenpolitik – die Gruppe der Juden in der Sowjetunion birgt sehr viele Widersprüche in sich. Einerseits sind die Juden unter allen Minderheiten der UdSSR die am stärksten russifizierte Gruppe, mit dem höchsten Anteil an Akademikern und Parteimitgliedern. Andererseits sollen es westlichen Schätzungen zufolge rund 400.000 sein, die in der UdSSR einen Ausreiseantrag gestellt haben und alle damit verbundenen Risiken auf sich nehmen. Auch die offizielle sowjetische Politik der Juden gegenüber ist oft von äußerst widersprüchlichem Charakter.

Die Situation der Juden in der Sowjetunion verliert einen Großteil ihrer vermeintlichen Rätselhaftigkeit, wenn wir uns die sowjetische Geschichte dieser "anomalen"Gruppe vergegenwärtigen und wenn wir die staatliche Politik den Juden gegenüber als integralen Bestandteil der allgemeinen Nationalitätenpolitik zu verstehen suchen.

Nach der Revolution genossen die Juden ebenso wie andere Minderheiten eine allgemeine Verbesserung iher sozio-politischen Verhältnisse. Juden sind immer eine stark urbanisierte Bevölkerung gewesen und hatten der Bildung immer einen hohen Wert beigemessen. Sie fanden sich deshalb in einer idealen Position, um in die Reihen der Angestellten- und Freiberuflerschicht zu gelangen, was außerdem von ihrer positiven Haltung zum Regime erleichtert wurde.

John Armstrongs Definition der sowjetischen Juden als einer "mobilisierten Diaspora", einer Minderheit, die wichtige Modernisierungsfunktionen im Übergang zu einer Industriegesellschaft übernimmt, ist somit durchaus zutreffend. Die Sowjetisierung der Juden nach der Revolution erfolgte sehr schnell, wie man an der Geschwindigkeit sehen kann, mit der die Juden die russische Sprache annahmen und aus eigenem Willen, mitunter geradezu eifrig, beitrugen zur Zerstörung der jüdischen kulturellen Vergangenheit. Die Mehrheit der Juden hat sich auf die Seite des neuen Regimes gestellt und wurde so die am meisten assimilierte und sowjetisierte ethnische Gruppe.

Die "umgekehrte Diskriminierung", bewirkt von einzigartigen historischen Umständen, war ihrer Natur gemäß von kurzer Dauer. Für mindestens zwei Jahrzehnte waren die sowjetischen Juden, dessen nicht bewußt, in die prekäre Lage einer mobilisierten Diaspora geraten.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik hat sich in der Stalin-Zeit herausgebildet, auch wenn sie sich dann in den Jahren Chruchtschows und besonders in den zwei Jahrzehnten der Breschnew-Ära verdichtet hat. Es gibt drei wesentliche Charakteristika der Nationalitätenpolitik in der UdSSR, nämlich:

- die Registrierung der ethnischen Herkunft eines jeden Individuums im internen Reisepaß;
- die Vorzugsbehandlung der ethnischen Gruppen mit einer territorialen Ansiedlung;
- die proportionale Vertretung der ethnischen Gruppen in den Berufs- und Verwaltungssektoren.

Die Praxis der Registrierung der Nationalität (der ethnischen Herkunft) im internen Paß gibt es in keinem anderen Industriestaat, wie die Sowjetunion einer ist. Die Registrierung der jüdischen Nationalität im Paß erscheint im Widerspruch zu einem wichtigen Dogma der marxistischen Doktrin, die die Juden nie als eine Nation anerkannt hat.

Einige der Minderheiten der UdSSR können durch die sowjetische Nationalitätenpolitik und die Integrationstaktiken und -mechanismen des sowjetischen Systems weder zufrieden, noch voll und ganz in das Regime eingefügt sein. Das ist der Fall bei jenen ethnischen Gruppen, die eines oder mehrere der nachstehenden Merkmale besitzen:

- kein eigenes Territorium,
- staatliche Formationen außerhalb der sowjetischen Grenzen,
- ein außergewöhnlich hoher Prozentsatz an zur Mittelschicht zählenden Personen mit höherer Bildung,
- eine Konzentration in großen Städten, die auf dem Territorium einer "fremden" (nicht der eigenen) sowjetischen Republik liegen.

Die sowjetischen Juden, auf die alle vier dieser Merkmale zutreffen, finden sich in einer Position beträchtlicher Diskriminierung. Der Konflikt zwischen sowjetischen Juden und Regime wird nicht von außen verursacht, und er ist weder zufällig noch psychologischen Faktoren oder Vorurteilen der sowjetischen Führer geschuldet. Er folgt vielmehr mit unvermeidlicher Konsequenz aus den sozialen Charakteristika der sowjetischen Juden und aus der sowjetischen Nationalitätenpolitik.

In der Breschnew-Periode kam zur ethnischen Politik der Sowjetunion als zusätzlicher Quelle der Pression auf die Juden noch der wachsende Antisemitismus der Mittelklasse hinzu. Die Überproduktion von Akademikern verschärfte die Konkurrenz um den Arbeitsplatz, und der Wettbewerb fand immer mehr entlang ethnischer Linien statt. Seit die jüdische Emigration begann, hat sich dieser "Antisemitismus des Vorteils", der darauf zielte, Konkurrenten loszuwerden und sich ihre Privilegien anzueignen, verschärft.

Die aus der sowjetischen Nationalitätenpolitik abgeleiteten, gegen die Juden gerichteten Maßnahmen und der spontane "Antisemitismus des Vorteils" in der Mittelklasse verbinden sich auf der Ebene des sogenannten Kampfs "gegen den Zionismus" und der antizionistischen Propaganda.

Der Antizionismus ist ein Mittel geworden, der dem Parteiapparat zur Selbstlegitimation dient; er gestattet es, die Restriktionen für den Zugang von Juden zur höheren Bildung und zur Promotion zu rechtfertigen. Der Antizionismus legitimiert das Auftauchen eines neuen Mythos vom grundlegenden politischen Mißtrauen der Juden gegenüber der Sowjetunion. Die jüdische Reaktion auf diese Entwicklungen bestand im Auftauchen einer "Assimilierungsideologie" einerseits und der Ideologie und Praxis der Emigration andererseits.

Die Periode Gorbatschows ist noch zu kurz, als daß sie sichere Schlußfolgerungen über den neuen Kurs der sowjetischen Nationalitätenpolitik zuließe. Es scheint, daß Gorbatschow nun beabsichtigt, mit der alten Nationalitätenpolitik zu brechen, die das Aufrechterhalten des Status quo begünstigt, und auf eine Nationalitätenpolitik zielt, die die Entwicklung beschleunigen soll. Die letzten Ereignisse in Kasachstan und anderen zentralasiatischen Republiken, wo die örtlichen Führer durch fähigere Funktionäre aus anderen als den örtlichen Nationalitäten kommen, bezeugen, daß das Prinzip der proportionalen Repräsentation und der kollektiven Gleichheit auf eingeschränktere Weise angewendet wird, um dem Leistungsprinzip breiteren Raum zu gewähren.

Diese neue Politik birgt gewiß neue Möglichkeiten und könnte bestimmte Restriktionen beseitigen, denen Minderheiten wie die Juden unterliegen. Es besteht kein Zweifel daran, daß die überwiegende Mehrheit der Intelligenzia jüdischer Herkunft den Kurs Gorbatschows voll unterstützt. Aber es gibt auch andere Zeichen, die in eine andere Richtung weisen und aus jüdischer Sicht einen Rückschritt darstellen. Vor kurzem ist ein Gesetz über die Emigration verabschiedet worden, das die Personengruppen, die berechtigt sind, ein Ausreisevisum zu beantragen, stark einschränkt.

Die "glasnost" hat die antisemitischen Strömungen in der Sowjetunion sichtbarer gemacht. Das soeben erschienene Buch von A. Romanenko, "Der Klassencharakter des Zionismus", in dem der Autor dazu auffordert, "die jüdischen Pogrome im zaristischen Rußland neu zu deuten als Manifestationen des Klassenkampfs", womit er sie gutheißt, oder die in Tausenden von Kopien im Samisdat zirkulierende Korrespondenz zwischen dem Historiker M. Eidelmann und dem sehr populären Schriftsteller V. Astafiev, worin dieser seinen leidenschaftlichen Haß auf die Juden artikuliert, sind sehr vielsagende Beispiele. ■

Internationaler Friedenskongreß in Warschau

CHRISTOPH ZIELONKA

Immer noch sieht sich die Friedensbewegung als nationale, organisiert im nationalstaatlichen Rahmen und oft auf die eigenen Regierungen ausgerichtet. Kontakte mit unabhängigen Friedensbewegungen der Warschauer Pakt-Staaten werden gemieden, oft mit der vorschnellen Befürchtung, daß, was in Opposition zu den offiziellen Regierungen der sozialistischen Ländern steht, doch zwangsläufig starke reaktionäre Züge aufweisen muß.

Unter geringer öffentlicher Resonanz hat nun zwischen dem 6. und 10. Mai 1987 in Warschau ein internationaler Kongreß stattgefunden. Geplant und durchgeführt wurde die Veranstaltung von der polnischen Oppositionsbewegung "Freiheit und Frieden". Diese polnische Gruppe besteht seit ungefähr 2 Jahren und ist im Westen besonders durch ihre für osteuropäische Verhältnisse spektakulären Aktionen bekannt geworden. Aktionen, die auf eine breite Öffentlichkeit zielen und es als ihre Aufgabe sehen, Informationen über das Ausmaß der Umweltverschmutzung in Polen zu geben und den Protest gegen Menschenrechtsverletzungen publik zu machen. Besonders nach dem GAU von Tschernobyl hat sich in dieser Gruppe der Protest gegen die Gefahren der Kernenergienutzung gesammelt. Die Durchführung des Kongresses vom Mai 87 war nur durch die Hilfe der Kirche möglich geworden. Der Schutz der Kirche zum Beispiel durch die Bereitstellung von kircheneigenen Räumen ist notwendige Bedingung, um vor Repressionen durch die Staatsgewalt sicher zu sein. Die moralische als auch praktische Unterstützung durch die Kirche mögen auch der Grund dafür gewesen sein, daß es im Vorfeld des Kongresses nur zu geringen Verhinderungsmanövern von Seiten der polnischen Behörden kam. Sechs westliche Besucher wurden zurückgeschickt und ca. 20 Mitglieder von der Gruppe Freiheit und Frieden kurzfristig festgenommen.

Am Kongreß teilgenommen haben dann schließlich über 100 Personen – alles Vertreter oppositioneller Friedens- und Umweltorganisationen – aus 16 Ländern. Das übergreifende Ziel aller, war das Ausloten gemeinsamer Interessen, Knüpfen von Kontakten und die Erforschung von Möglichkeiten einer gemeinsamen Arbeit. Ein Thema, das auf dem Kongreß schwerpunktmäßig diskutiert wurde, betraf die Gefahren der Umweltverschmutzung. Obwohl der Informationsstand über die Stärke der Umweltverschmutzung in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist, und zum Beispiel in Polen vor Ort mit anderen Problemen als in der BRD gekämpft werden muß, wurde übereinstimmend festgehalten, daß die Umweltverschmutzung ein internationales und blockübergreifendes Problem darstellt, das nicht allein im nationalen Rahmen bekämpft werden kann. Es wurde beschlossen, verstärkt Informationen auszutauschen, gemeinsame Aktionen zu planen und sich auch gegenseitig durch Solidaritätsbekundungen zu unterstützen.

Die weiter erörterten Gegenstandsbereiche befaßten sich alle direkt mit dem Thema Frieden. Zentrales Diskussionsthema auf dem Kongreß war der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Frieden, eng verknüpft mit dem Thema Entspannung und Abrüstung. Bei dieser Diskussion verdeutlichte sich rasch, daß die Ausgangspunkte der östlichen Gruppierungen von denen der westlichen doch weit entfernt waren. Aufgrund dieser verschiedenen Ausgangspunkte kam es natürlich auch zu unterschiedlichen Interpretationen der bestehenden Situation und der zu ergreifenden Maßnahmen. Entscheidend für den Verlauf der Diskussion war, daß die Kenntnis von dem gemeinsamen Ziel und das vorhandene Vertrauen zwischen den einzelnen Gruppen nicht vergessen wurden. Dies ermöglichte es, den für beide Seiten notwendigen Dialog weiter zu führen. Das gemeinsame Ziel, das die Basis für die Diskussion bildete, besteht einerseits in dem Wunsch nach Verwirklichung der sehr weit gefaßten Definitionen von Frieden und Menschenrechten und andererseits in der Übereinstimmung, Herrschaftsstrukturen abzubauen.

Die Ausgangslage entsteht durch Erfahrung von Herrschafts- und Gewaltstrukturen im eigenen Lande, was die Vorstellung über bestehende Strukturen in anderen Ländern mit einschließt. Die Ausgangslagen der westlichen bzw. östlichen Friedensbewegungen wurden auf dem Kongreß mit dem Begriff von "zwei bestehenden Realitäten" beschrieben. Konkret auf die Diskussion während des Kongresses bezogen, hieß das zum Beispiel, daß dem jeweils eigenen Staat am meisten mißtraut wurde. Es entstand eine Debatte, wo darauf geachtet wurde, klar zu machen, daß bei eventuellen Abrüstungsschritten die jeweils andere Seite Gefahr läuft, überlistet zu werden. Von der Gruppe "Freiheit und Frieden" kam außerdem der Einwand, daß Abrüstungsschritte nur für den Staat vorzeigbare und verwertbare Prestigepunkte wären, wodurch aber die Menschenrechtsverletzungen und die bestehenden Strukturen nicht im mindesten verbessert würden. Westliche Gruppen betonten im Gegensatz dazu, daß Abrüstungsschritte eine Voraussetzung für tiefgreifendere Veränderungen sein können. Diese auftretenden Meinungsverschiedenheiten konnten nicht überwunden werden. Sie stehen weiterhin zur Debatte, wobei auf dem Kongreß darauf geachtet wurde, die Meinungsverschiedenheiten nicht zum bestimmenden Moment werden zu lassen, um zu verhindern, daß sie den Blick auf die Gemeinsamkeiten verstellen. Auf zukünftigen Treffen wird es jedoch nicht zu umgehen sein, Meinungsverschiedenheiten zu benennen und zu problematisieren.

Rückschauend ist der Kongreß auf jeden Fall als ein hoffnungsvoller Ansatz zu bewerten. Bei dem Kongreß waren Gruppen zusammengekommen, die aufgrund ihrer Ziele als natürliche Partner zusammengehören. Oppositionsgruppen mit gleichen Definitionen von Umweltverschmutzung, Frieden und Menschenrechten. Die Chancen und Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen östlichen und westlichen Friedens- und Umweltbewegungen sind groß. So würde zum Beispiel im Umweltbereich die internationale Dimension der Umweltverschmutzung besser vermittelbar. Umweltbewegungen werden oft durch den Vorwurf der Einseitigkeit in ihrer Effizienz beeinträchtigt. Durch eine blocküberbergreifende Zusammenarbeit der Umweltbewegungen könnte dieser Vorwurf zumindest teilweise entkräftet werden. Dieses Argument trifft in noch stärkerem Maße für die Friedensbewegung zu. Wenn östliche und westliche oppositionelle Friedensbewegungen an einem Strang ziehen würden, so würden sie sich einer Instrumentalisierung durch die Regierungen entziehen. Abgesehen von diesem mehr taktischen Gesichtspunkten bringt ein Dialog über die Blockgrenzen hinweg auf jeden Fall eine Horizonterweiterung mit sich, die momentan gerade für die westliche Friedensbewegung von Nutzen sein kann, weil sie ihr neue Impulse geben könnte. Eine Diskussion mit Gruppen, von denen man weiß, daß sie einem nicht feindlich gesinnt sind, verstärkt die Möglichkeit, alte eventuell überkommene Positionen in Frage zu stellen bzw. überhaupt neu aufzuwerfen.

Wie die Zusammenarbeit zwischen östlichen und westlichen Oppositionsgruppen zu organisieren ist, ist ein großes und noch offenes Problem. Bei dem Kongreß in Warschau wurde dieses Problem nur kurz andiskutiert. Unter anderem wurde auch eine "League of Oppositions" vorgeschlagen. Die weitere Diskussion über die Organisation europäischer Bewegungen wird Mittelpunkt eines noch zu planenden Kongresses sein. Zwischenzeitlich wird die Diskussion wohl nur von einzelnen Gruppen weitergeführt werden können. Doch selbst dadurch kann der Grundstock für eine intensivere Arbeit gelegt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Bedingungen, die nötig sind, um einen Kontakt zwischen den Bewegungen des Ostens und des Westens aufrecht erhalten zu können, sich verbessern. Doch noch tauchen Widerstände gegen solche Kontakte bei SPD, DKP und Teilen der GRÜNEN auf. Aus verschiedenen Gründen wurden zum Beispiel von SPD und DKP eine Teilnahme von "Freiheit und Frieden" an der diesjährigen Friedensdemo in Bonn abgelehnt. ■

Presse-Kultur in Indien

BIGGI WOLF

Das folgende Gespräch wurde Ende 1986 in Madras/Südindien geführt. G. Ramesh, mein Gesprächspartner, ist Mitglied einer Gruppe linker Journalisten und Schriftsteller. Die Gruppe fand sich Ende der 70er Jahre als Theatergruppe mit dem Namen 'Pareeksha' (Experiment) zusammen. Ramesh spricht über die Zusammenhänge von Medien und Perspektiven der Linken in Indien.

B.W.: *Du arbeitest zur Zeit bei 'United News of India' (UNI), einer indischen Presseagentur. Wie sind die Arbeitsbedingungen in der Agentur? Kannst Du als Linker dort Deine Interessen durchsetzen?*

"Wenn wir über die Presse in Indien sprechen, müssen wir die Pressebarone erwähnen, die knallharte geschäftliche Interessen haben. Sie sind gleichzeitig Besitzer z.B. von Auto-, Immobilien-, Alkoholfirmen. Nachrichten oder besser: das Filtern von Nachrichten dient ihren Interessen. Als jemand, der die letzten vier Jahre bei der Presse gearbeitet hat, in einer der führenden englisch-sprachigen Zeitungen Südindiens 'Deccan Herald' und jetzt in UNI muß ich sagen: Das ganze Gerede von 'nichtgebundenen' Medien (NAM = Non-aligned-media) ist Unsinn. Es sind die Medien der herrschenden Klassen in diesem Land und anderswo in der Dritten Welt. Diese Tatsache wird ganz deutlich z.B. bei der Berichterstattung des Bhopal-Desasters im Dezember 84 oder bei den Anti-Sikh-Ausschreitungen im Oktober/November 84 in Delhi. Die von den Medien eingenommene Position ist entweder unengagiert oder in Unterstützung der Unterdrücker und Ausbeuter. Mindestens 6.000 Menschen wurden in Bhopal getötet, die Leute schluckten die Regierungszahlen von 2000. Es gab Massengräber und Massenbestattungen am Ufer des Narmada-Flusses bei Bhopal. Die Zeitungen machten nie eine unabhängige Erhebung, sie gaben ganz einfach die Regierungszahlen weiter. Das gleiche passierte während der Anti-Sikh-Unruhen nach der Ermordung von Indira Gandhi: Es wurde ein "chemischer Krieg" gegen die Sikhs geführt, sie wurden mit Kerosin und Phosphor übergossen und angezündet.

Aber selbst Wochen nach den Zwischenfällen hörten wir nicht viel darüber von der etablierten Presse. Erst langsam erfuhren wir durch kritische Medienmenschen, Bürgerrechtler und linke Aussteiger aus den Parteien mehr über das Ausmaß der Ausschreitungen und über die Verantwortlichen, welche Minister und Kongreß-Mitglieder dahinter steckten. Selten genug gibt es auch mehr Hintergrundinformationen. Der 'Indian Express' brachte 1986 einen Bericht über das Augenausstechen aus reiner Profitgier bei psychisch Kranken in Behindertenheimen heraus. Die 'Times of India' veröffentlichte mehrfach Berichte über die radioaktive Verseuchung durch das Atomkraftwerk Tarapur bei Bombay und den Zusammenbruch des Rajasthan AKW in Kota 1982. Das Kota-Werk ist seitdem geschlossen. Diese Geschichten wurden ausnahmsweise recht gut dargestellt, aber sie haben keine starken Auswirkungen auf die Menschen.

Seit ungefähr zehn Jahren, seit der Notstand durch Frau Gandhi erklärt wurde, haben wir in Indien eine Tradition des 'Investigative'-Journalismus. Diese Art des Journalismus hat die Fantasie der Leute beflügelt, aber heute mangelt es dabei am nötigen Engagement. Der Investigative-Journalismus hat seine Grenzen, er berührt nicht da, wo es wirklich schmerzt. Zur Freiheit der Presse: Sowohl in der Agentur, als auch in der Zeitung, in der ich früher gearbeitet habe, gibt es keinerlei Freiheit für einen engagierten Journalisten. Bestimmte Dinge müssen immer unausgesprochen bleiben. Wenn man beispielsweise über die Wasserknappheit und -krise in Madras berichtet, darf man nicht schreiben, daß 5% der Bevölkerung 95% des Wassers der Stadt verbrauchen. Obwohl das eine nackte Tatsache ist, kann man es nicht drucken lassen. Besonders während der regelmäßig stattfindenden Wasser-Aufstände in Madras würden wir die Sache gerne veröffentlichen. Ebenso die Wohnungsproblematik: Die Immobilienhaie verschlingen Spielplätze, Höfe von öffentlichen Gebäuden, Parks und so weiter. Wir können nicht aussprechen, daß sie die Stadt kaputtmachen. Wir dürfen solche Fragen – für wen die Häuser gebaut werden, ob wir solche Häuser brauchen – nicht stellen. Das gleiche gilt hinsichtlich der Bürgersteig- und Slumbewohner. Diese Menschen bauen als Bauarbeiter die Städte, ihre Gebäude und Straßen auf. Aber man darf nicht öffentlich fragen, warum sie selbst dann von diesen Plätzen vertrieben werden. Wenn man solche Fragen stellt, wird das als Standpunkt einnehmen betrachtet. Als ob das andere neutral wäre! Im Namen der 'Neutralität' förder die Zeitungen den Status quo, bewußt und vorsätzlich. Die Sichtweise ist uns vorgegeben, und wir haben diese nur voranzubringen, indem wir die "richtigen" Nachrichten publizieren. Wenn du dazu außerstande bist, mußt du kündigen. Nicht nur, daß du deinen Job verlierst, du wirst nie wieder einen im Medienbereich finden. UNI und PTI (Press Trust of India, die Verf.), die zwei indischen Presseagenturen, wurden während des Notstandes zusammengelegt und der Massenzensur durch die Regierung unterworfen. Später wurden sie wieder getrennt, aber die Zensur geht weiter, als Selbstzensur.

In den indisch-sprachigen Zeitungen gibt es zusätzliche Probleme wie Unterdrückung von gewerkschaftlichen Rechten, niedrige Löhne, schlechte Behandlung von Journalisten. Deshalb nutzen viele Journalisten ihren Job, um politische und auch kriminelle Kontakte aufzubauen, zur Polizei, zu Politikern. Journalisten, muß ich sagen, nehmen eine Menge Bestechungsgelder und Begünstigungen an. Das wirft ein schlechtes Licht auf uns, aber auch auf die Gehaltsstrukturen."

B.G.: *Gibt es unabhängige linke Medien?*

"Es gibt eine Zeitung, die von der kommunistischen Partei in Delhi herausgegeben wird, 'The Patriot'. Auch die zwei anderen kommunistischen Parteien, CPI/M und CPI/ML und auch sozialistische und gandhianisch orientierte Gruppen geben Zeitschriften heraus. Die Zeitschriften der kommunistischen Gruppen sind Parteiorgane mit internationalen 'Haken' (engl. "hooks" = Haken, Sichel; die Verf.). Sie werden überwiegend unter den Kadern verkauft, kaum breiter im Volk. In Kerala gibt es ein alternatives Nachrichtenmagazin, in Karnataka eine oder zwei Zeitschriften, in Tamil Nadu keine – außer einem gescheiterten Versuch von uns. Generell kann man sagen, daß die Situation in den südindischen Staaten besser ist als im Norden, Bengalen und eventuell Maharashtra mal ausgenommen. Im Süden ist das Vorlesen von Zeitungen sehr verbreitet, die Leute hören zu, was vorgelesen wird. Das ist bei der großen Zahl von Analphabeten ein wichtiger Aspekt. In Tamil Nadu hatten wir vor vier Jahren eine engagierte Zeitschrift, genannt 'Emtharikida' gestartet. die 14tägig erschien. Wir brachten vier Ausgaben heraus und fanden, daß die Menschen empfänglich sind für alternative Berichterstattung und Politik, z.B. Dialoge zwischen CPI/ML, Gandhianern und Sozialisten, zu verschiedenen Themen: Landarbeiterbewegungen, städtische Wohnungsprobleme, Umwelt. Wir verkauften 15.000 Exemplare der ersten Ausgabe. Die Verbreitung konnte über die nächsten Ausgaben aufrechterhalten werden. Dann ging uns das Geld aus. Wir wurden durch die Agenten des Verteilungsnetzes um unser Geld betrogen. 1985 brachten wir noch einmal ein Wochenmagazin heraus. Reines Abenteurertum, aber wir konnten uns einfach nicht zurückhalten. Dieses Mal veröffentlichten wir sechs Ausgaben, über 60.000 Rupies (ca. 10.000 DM, die Verf.) gingen dabei drauf. Lassen wir das... Jetzt haben wir kein Geld mehr oder irgendwelche Quellen, die mobilisiert werden könnten. Nicht, daß die Leute nicht interessiert wären, um über ihre eigenen Anliegen zu sprechen. Die Leute sind bereit, zu lesen und zu abonnieren. Vielleicht müssen wir unsere Vorgehensweise ändern, unsere Strategie überdenken, um neue Ressourcen und eine andere Infrastruktur zu schaffen."

B.G.: *Gibt es bei Eurer politischen Arbeit Kommunikationsprobleme zwischen den Intellektuellen und der breiten Bevölkerung?*

"Es bleibt den linken, undogmatischen Gruppen und Personen überlassen, eine Perspektive hinsichtlich Leben, Umwelt, Ökologie zu entwickeln. Die Zahl der Bürgerinitiativen und sozialen Aktionsgruppen nimmt zu, die gesellschaftlichen Widersprüche nehmen ebenfalls zu. Die Gruppen müssen zusammen kommen, um die Hauptwidersprüche in der Gesellschaft zu nutzen. Unsere Menschen werden durch den technologischen Fortschritt überrannt. Die Mehrheit unseres Volkes wird marginalisiert, an den Rand gedrängt. Der Lebensunterhalt der breiten Massen ist bedroht, die Umwelt ist feindlich geworden: Fabriken, eine seltsame Konsumkultur, massive Verstädterung. Die Atmosphäre ist sehr gefühllos geworden, desensibilisiert. Den Bedürfnissen und Forderungen der Menschen wird kein Gehör geschenkt.
Normalerweise ist es sehr leicht, mit unseren Menschen hier zu kommunizieren und in Kontakt zu kommen. Letztendlich ist unsere Kultur eine symbolische. In dieser kollektiven symbolischen Existenz liegt die Stärke unseres Volkes. Mit den verschiedenen Nationalitäten innerhalb Indiens haben wir ein reiches, buntes symbolisches Leben, in dem nichts ausdrücklich ausgesprochen werden muß. Selbst eine leichte Geste reicht aus. Die Menschen sind immer bereit, auf Rufe zu antworten. Ich kann ein Beispiel aus dem Alltag erzählen: das Symbol des Steins anstelle einer Person. Wenn man in einer Schlange vor der Kinokasse steht, legt man einfach einen Stein hin. Verschiedene Steine bedeuten, daß verschiedene Personen dort stehen. Dann gehen die Leute weg, trinken Tee, lesen Zeitung, kommen zurück und fordern ihren rechtmäßigen Platz ein. Sie streiten ein bißchen, zum Schluß versöhnen sie sich und bekommen irgendwo einen Platz. Alles, was gesagt wird, wird von allen Ecken und Enden überdacht. Alles, was man sagen könnte, wird durch die Leute antizipiert. Die meisten Inder können nicht lesen, aber sie können beobachten und zuhören. Sie sind in ihrer eigenen Art und Weise höchst gebildet, wenn auch nicht alphabetisiert. Leider verschwindet die kulturelle Tiefe im Volk allmählich. Die visuellen Medien haben alles überrannt und tiefe Eingriffe in die Sinne der Menschen vorgenommen. Hier in Indien ist der Film das mächtigste und dominante Medium. Alles, was im Film gesagt und gezeigt wird, ist irgendwie die 'Wahrheit'. Die Ausrichtung der Filme ist so, daß nur Volkstümelei und sehr grobe Vereinfachung von komplexen Sachverhalten gefördert wird.

Die Erzählstrukturen sind – bis auf wenige Ausnahmen – immer für das Establishment. Das Hauptmedium, in dem Kommunikation möglich wäre, hat die Menschen korrumpiert. So wälzen sich die Menschen zur Zeit wie Büffel in ihrem eigenen Matsch. Aber sie sind Experimenten gegenüber aufgeschlossen, vielleicht sind es die Intellektuellen, die nicht bereit sind zum Experimentieren. Ihnen fehlen oft die geistige Courage und auch die Ressourcen. Das indische Volk ist bereit zuzuhören und sich selbst zu befreien, aber die Medien, die geschaffen wurden, dienen nicht ihren Interessen.

Wir sind hoffnungsvoll, daß es uns gelingen wird, ein Forum zu schaffen – in unserer Gruppe sind Leute aus der Filmbranche, dem Theater, Architekten und Ingenieure – durch das wir vermitteln können, was die Menschen wirklich wissen müssen: Hintergründe zur Wohnungspolitik, industrielle Umweltverschmutzung, städtisches Transportwesen, Atomkraftgefährdung, Giftmüll. Wir haben, insbesondere im Zusammenhang mit Bhopal, angefangen, Fragen zu stellen: Ob wir diese Art von Lebensstil überhaupt brauchen, mit dem massenhaften Gebrauch von Pestiziden und Düngemitteln. Wir müssen uns aus dem Joch der multinationalen Konzerne befreien. Konzere und ihre Giftstoffe werden über uns ausgekippt. In Karnataka kämpften wir Schriftsteller und Journalisten zusammen mit den Bewohnern der Gegend gegen den geplanten Bau eines Atomkraftwerkes. Wir brachten den 'Deccan Herald' dazu, Artikel gegen die Nuklearbosse zu schreiben. Die Atomenergiebehörde wird das Atomkraftwerk trotzdem bauen, aber immerhin mit sehr großer Verspätung.
Ich kann überhaupt nicht sagen, daß Indien ein hoffnungsloses Land ist." ■

Anzeige

Bücher des iz3w

In diesem Buch sind zahlreiche, zum Teil schwer zugängliche Texte zusammengestellt, die den Prozeß der Militarisierung und den Widerstand dagegen in deutscher Sprache erstmals systematisch analysieren.

220 Seiten,
12.80 DM
ISBN: 3-922263-07-0

190 Seit.
12.80 DM
ISBN:
3-922
263-06-2

Es gibt eine praktikable Alternative zur expansiven Energiestrategie: Die Energiequelle Energiesparen. Lösen wir die Probleme hier, um die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt zu fördern.

2. vollständig
überarbeitete
Auflage
210 Seiten,
12.80 DM
ISBN:
3-922263-08-09

Ein Buch, das sich an alle wendet, die reisen. Es versucht die Ansprüche der Individual-Reisenden mit der Realität zu vergleichen und diskutiert neue Ansätze im und zum Alternativtourismus...

Bezug:
blätter
des iz3w
Postf. 5328
7800 Freiburg
für den Buchhandel: Prolit, Gießen

Faszination des Bösen

LOTHAR BAIER

Drei Wochen Prozeß in Lyon gegen den ehemaligen Gestapo-Chef, der nach ein paar Tagen die Stellung im Glaskasten räumte: Da verzogen sich auch die Reporter. Als Barbie nach 14 Tagen zwangsweise wieder vorgeführt wurde, eilten die Berichterstatter erneut nach Lyon. Den Zeugenaussagen hörte niemand mehr zu, alles fieberte dem Auftritt des "Schlächters von Lyon" entgegen. Das historische Lehrstück, das der Barbie-Prozeß nach dem Willen der französischen Justiz hätte werden sollen, kapituliert vor der Gewalt der Medienmaschine.

Nach drei Wochen Barbie-Prozeß ist das meiste von dem vergessen, was in den vier Jahren zwischen der Ankunft des ehemaligen Gestapochefs im Gefängnis von Lyon im Februar 1983 und der Prozeßeröffnung am 11. Mai 1987 an düsteren Prophezeiungen ausgesprochen worden war. Einmal vor Gericht, werde der Angeklagte seine Box in einen Bunker verwandeln und den Krieg gegen Frankreich fortsetzen, hatte es geheißen. Barbie selbst ließ durch seinen Verteidiger Jacques Vergès verkünden, er werde vor Gericht enthüllen, welche Verräter innerhalb der Résistance ihm die Opfer zugeführt hätten. Niemand hat damit gerechnet, daß der Angeklagte die Stellung nach ein paar Tagen räumen und den befürchteten Bunker als verwaiste Box zurücklassen würde, deren Glasverkleidung wie das überflüssig gewordene Dekor aus einer früheren Inszenierung wirkt. Aber selbst die Überraschung hat sich rasch in Normalität aufgelöst. Das Gericht hat sich daran gewöhnt, in Abwesenheit Barbies zu verhandeln. Es erscheint sogar nicht mehr anders vorstellbar, als daß im Justizpalast in Lyon die Richter, die Geschworenen, die Staatsanwälte, die Anwälte der Nebenklage, der Verteidiger und die Zeugen unter sich sind. Ohne die Anwesenheit des verkniffen lächelnden 73-jährigen Barbie fällt es leichter, sich auf die Aussagen der Zeugen zu konzentrieren und die Ungeheuerlichkeit der Tat ins Auge zu fassen, die der Angeklagte mit seinem nach vier Gefängnisjahren eingefallenen Gesicht optisch kaum symbolisieren kann. Einem Nationalsozialismus im Rentneraufzug ist schwerer der Prozeß zu machen als der nationalsozialistischen Barbarei, die in den Aussagen vieler Zeugen als erlittene Brutalität gegenwärtig und vorstellbar wird.

Als dann der Augenblick kommt, in dem Barbie nach vierzehn Tagen Abwesenheit auf Beschluß des Gerichts zwangsweise vorgeführt wird, wirkt sein Erscheinen wie eine Störung. Nebenkläger hatten die Vorführung immer wieder verlangt, hatten zu verstehen gegeben, daß sie auf diesen Augenblick hin gelebt hätten, an dem ihr damaliger Peiniger gezwungen ist, die Schilderung ihrer Leiden und Erniedrigungen anzuhören und seinen Opfern ins Auge zu sehen. Die Gegenüberstellung hält dem Gewicht der an sie gerichteten Erwartungen nicht stand: In einer Viertelstunde ist die Identifizierung des Angeklagten durch fünf Zeugen über die Bühne gebracht. Mehr als die Auskunft, daß er nichts zu sagen hat und sich "juristisch abwesend" fühlt, ist aus Barbie nicht herauszulokken. Der Staatsanwalt Pierre Truche hatte schon vorher die Erwartungen zu dämpfen versucht, indem er daran erinnerte, daß kein Angeklagter zum Reden gezwungen werden kann, und daß der Verzicht auf diesen Zwang den Rechtsstaat von einem Folterregimene unterscheidet. Wenigstens ein Zeichen des Bedauerns, eine Geste der Reue, wünschen sich manche der von Barbie Geschundenen und Deportierten, irgendeinen Hinweis, daß der Mann in der Box des Angeklagten doch noch zu der selben Spezies Mensch gehört wie sie selber. Der Wunsch ist so verständlich wie naiv: Was soll dieser Landsknecht des nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges, den er nicht für falsch, sondern nur für verloren hält, zu bereuen haben?

Einer der Zeugen spricht aus, was viele denken, im Angesicht des ungerührt schweigenden Barbie: "Das ist der SS-Mann." Im Zuschauerraum wird Beifall geklatscht, der vorsitzende Richter André Cerdini bittet sich Ruhe aus: "Das Gericht ist kein Theater."

Das Richterwort kann zwar für Ruhe sorgen, nicht aber das Spektakel verhindern, das im Gerichtssaal schon lange vor dem Szenenapplaus seinen Lauf genommen hat. Kaum hatte sich die Nachricht verbreitet, daß Klaus Barbie, der böse abwesende Geist des Prozesses, an diesem Tag in Lebensgröße zu besichtigen ist, womöglich von Polizisten in den Gerichtssaal geschleppt und auf seinem Sitz festgehalten, waren die Berichterstatter per Flugzeug und TGV nach Lyon geeilt und hatten die verwaisten Pressestühle wieder in Besitz genommen. Den Zeugenaussagen, die auf der Tagesordnung stehen, hört niemand mehr zu, da alles nur noch dem Auftritt des abgerüsteten "Schlächters von Lyon" entgegenfiebert. Das historische Lehrstück, das der Barbie-Prozeß nach dem Willen der französischen Justiz hätte werden sollen, kapituliert vor der Gewalt der Medienmaschine, die keine historischen Kategorien kennt, sondern nur den Unterschied zwischen Schlagzeilenfutter und Leerlauf. Die strafprozessuale Anomalität, in Abwesenheit des Angeklagten zu verhandeln, hat zumindest den segensreichen Effekt, daß sie den Medienlärm draußenhält, in dem Stimmen der Zeugen unterzugehen drohen. Es stellt sich in Lyon immer nachdrücklicher die Frage, ob der Begriff von Öffentlichkeit, wie ihn das herkömmliche Strafverfahren kennt, im Medienzeitalter nicht seine traditionelle Bedeutung verloren hat. Ohne Barbie in der Box leert sich zwar der Saal, aber die Aufmerksamkeit nimmt zu. Die wenigstens haben die den Massakern entkommenen Zeugen und Nebenkläger verdient, die ihr Verlangen nach Genugtuung damit erkaufen müssen, daß sie ihre Pein im Zeugenstand noch einmal durchleben.

Die Zeugen

Nicht alle sind dazu prädestiniert, vor Gericht die Rolle des Zeugen überzeugend zu spielen. Es gibt die verhinderten Volksredner, die Fabulierer und die Sprachgehemmten. Es gibt vor allem das Problem, welche Sprache dem Erlebnis der Folter, der Todesangst, der äußersten Erniedrigung angemessen ist, und ob es dafür überhaupt eine Sprache gibt. Die Intellektuellen unter den Zeugen retten sich häufig in die Rhetorik, die es ihnen gestattet, in ihre Erlebnisse die Ordnung eines historischen Prozesses zu bringen. Andere müssen sich mit den wenigen Wörtern begnügen, die ihnen für die Umschreibung des Schrecklichen zur Verfügung stehen. Von der Gestapo in Lyon verhaftet, mit dem Ochsenziemer geschlagen, verhört, mit dem Wechselbad aus kaltem und kochend heißem Wasser gefoltert, in die überfüllten Zellen des Forts Montluc gesperrt, wieder zum Verhör abgeholt, schließlich ins Lager Drancy bei Paris transportiert, von dort ohne Wasser und Nahrung im Viehwaggon Richtung Osten deportiert, nach Ravensbrück, nach Dachau, nach Auschwitz. Der zwanzigste Bericht dieser Art klingt fast nur noch wie die Wiederholung einer Litanei, die das Erlebte gerade dadurch entwirklicht, daß die verzweifelte Anstrengung, das Unbeschreibliche zu beschreiben, dem Zuhörer unerträglicher wird als der Gedanke an das Erlittene.

ANTIMILITARISTISCHER BUCHVERSAND
Eichwaldstraße 75, 6000 Frankfurt 60

Wegen Lagerauflösung ab sofort Verkauf von Restexemplaren zum halben Preis!!! Buchliste gegen 2.- DM in Briefmarken. Nur solange Vorrat reicht!

Es treten Zeugen auf, die sich aus Scheu vor der Wiederholung ins Understatement flüchten. Einer verweist auf die Schilderungen der KZ-Literatur, ein anderer sagt: "Es war eine klassische Deportation. Und Buchenwald war eben Buchenwald." Das reicht dem Anwalt der Nebenklage nicht, er möchte aus seinem Mandanten etwas mehr Farbe und Emotion herausholen, doch der bleibt unerschütterlich und nimmt die rituelle Aufforderung des Gerichtsvorsitzenden, ohne Haß und Furcht zu sprechen, beim Wort. "Ich habe keinen Haß auf Barbie. Die Gerechtigkeit, das ist etwas anderes."

Vielleicht ist dieser Zeuge in der Lage, so gelassen über seine Erinnerungen zu verfügen, weil er damals, als zwanzigjähriger Antifaschist und Résistancekämpfer, bereits auf das Schicksal vorbereitet war, das ihn im Fall seiner Verhaftung durch die Gestapo erwartete. Bei anderen scheint die Welt nicht mehr ins Gleichgewicht gekommen zu sein, die für sie in dem Augenblick aus den Fugen geraten war, als aus heiterem Himmel die Verhaftung kam: Des Verbrechens wegen, als Juden auf dieser Welt ein Lebensrecht zu beanspruchen. Der wirre Bericht, den Lea Feldblum, die einzige Überlebende der Razzia auf das jüdische Kinderheim in Izieu gibt, mag nicht gerichtsverwertbar sein, doch ist er gerade darin ein historisches Zeugnis, daß er etwas von der nicht wiedergutzumachenden Unordnung festhält, die Nazideutschland mit dem Beschluß der "Endlösung" über die Welt brachte und die sich in der zerstörten Sprache dieser aus Auschwitz zurückgekehrten, einfachen Frau fortsetzt. Niemand hatte damals mit einer Aktion gegen das Kinderheim gerechnet: Bevor die Fanatiker von der Gestapo in Lyon am 6. April 1944 in Izieu auftauchten, um 44 jüdische Kinder und deren Betreuer gemäß der Devise ihres Chefs Himmler "von der Erde verschwinden zu lassen", hatte man laut einer Zeugenaussage in diesem abgelegenen Tal zwischen Lyon und Chambéry weder eine deutsche Uniform noch einen Davidstern zu Gesicht bekommen. Ob Barbie die Razzia persönlich geleitet hat, ist bisher nicht zweifelsfrei geklärt worden.

Gespaltene Nebenklage

Während sich der Vorsitzende des Schwurgerichts, André Cerdini, und der Oberstaatsanwalt Pierre Truche in Ton und Auftreten alle Mühe geben, die Unschuldsvermutung gegenüber dem Angeklagten aufrechtzuerhalten, ist Klaus Barbie für die in den Gerichtssaal hereinschwappende französische Öffentlichkeit ein längst verurteilter Mann. Eine ganze prozeßbegleitende Literatur porträtiert Barbie als Inkarnation des SS-Sadisten, dem sämtliche nur denkbaren Brutalitäten und Perversitäten zuzutrauen sind. Einige der in Lyon auftretenden Zeugen haben ihre Erlebnisse mit Barbie vorher Journalisten zu Protokoll gegeben und sehen im Zeugenauftritt die Gelegenheit, vor großem Publikum die in Interviews schon geprobte Nummer aufzuführen. Dabei kommt es allerdings vor, daß eine Aussage, die in ihrer schriftlichen Fassung ganz logisch und plausibel klang, im Kontext der anderen Zeugenaussagen ihre Glaubwürdigkeit verliert. Ermutigt von dem Bewußtsein, vor Zuhörerinnen zu sprechen, die dem Täter Barbie schlechterdings alles zutrauen, spielen manche den Zeugen, der weiß, daß man ihm sowieso alles glaubt. Während die Daten und die Vorgänge heillos durcheinandergeraten, die Prominenz der Résistance durch den Bericht geistert und die frühere Bedeutung des Zeugen aufwertet, vergiß dieser nur, daß die Verurteilung des Angeklagten Barbie nicht von dem abhängt, was man ihm zutraut, sondern von dem, was ihm das Gericht nachweisen kann. Und das ist, bisher wenigstens, nicht allzuviel im Sinne der Anklage. So wenig manche Aussagen vor dem Schwurgericht in Lyon die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen können, so wenig haben sich bisher die Befürchtungen bestätigt, der Barbie-Prozeß werde sich letzten Endes gegen Frankreich selbst kehren und den Gründungsmythos der Republik, die Résistance, in Stücke springen lassen. Wenn in Lyon ein Mythos dahinschmilzt, dann ist es einer, der ohnehin nur in Köpfen existierte, die gegen geschichtliche Erfahrungen und simple anthropoligische Einsichten abgedichtet sind. Die Résistance, so wie sie sich in Gestalt von Zeugen, Nebenklägern und den sie vertretenden Anwälten darstellt, ist nichts anderes als ein Spiegel der vielgestaltigen Gesellschaft, aus der sich ihre Anhänger rekrutierten. Sie hat kleine Leute zu stillen Helden gemacht, doch machthungrige Wichtigtuer nicht über Nacht geläutert. Sie hat konservative Nationalisten ebenso angezogen wie sozialrevolutionäre Rebellen, und da sie sich mit Gewalt gegen eine gewalttätige Besatzungsmacht wehrte, sind ihr auch Individuen zugelaufen, die unter anderen Umständen Berufskiller geworden wären. Die Zerrissenheit des französischen Widerstands spiegelt sich in den Differenzen zwischen den Anwälten wieder, die die untereinander zerstrittenen Parteien der Nebenklage vertreten. Anstelle einer geschlossenen Phalanx von Nebenklägern erlebt man in Lyon einen bunt zusammengewürfelten Haufen, der sich nur selten auf eine gemeinsame Strategie zu verständigen vermag.

Die Verteidigung des Jacques Vergès

In dieser Konstellation genießt Barbies Verteidiger Jacques Vergès einen erheblichen taktischen Vorteil. Er muß die Linie, der er folgt, nicht erst mit anderen diskutieren. Wenn die Anwälte der Nebenklage ihre inneren Differenzen mit gravitätisch vorgetragener moralischer Entrüstung überdecken, brilliert Vergès mit streng juristischen Paraden. Er kann auch andere Register ziehen, gibt davon aber nur sparsam Kostproben. Die politische Munition, die der ehemalige Verteidiger der algerischen Befreiungsfront FLN in den Jahren vor dem Prozeß bereitwillig vorgezeigt hat, bleibt vor Gericht unter der Anwaltsrobe verborgen. Vergès deutet an, daß er sie erst in seinem Schlußplädoyer zündet.

Bisher ist noch nicht ausgemacht, ob der Eintritt des linksextremen Anwalts der Dritten Welt, Jacques Vergès, in die Verteidigung des Gestapochefs Klaus Barbie ein Unglück bedeutet, weil man damit die Pervertierung des Prozesses befürchtet. Das beliebte Theorem der sich berührenden Extreme von links und von rechts hat sich in den ersten Prozeßwochen nicht bestätigt. Seine Art der Verteidigung unterscheidet sich grundsätzlich von den empörenden Auftritten von Verteidigern, wie man sie aus den Naziprozessen in der Bundesrepublik gewöhnt ist. Vergès macht nicht den geringsten Versuch, auf Kosten der Opfer Punkte zu sammeln. Er versucht mit keinem Wort, den oft hochbetagten und gebrechlichen Zeugen mit Nachfragen Fallen zu stellen oder sie ihrer Gedächtnisschwächen wegen zu demütigen. Das erbärmliche Schauspiel, das der Düsseldorfer Majdanek-Prozeß bot, wiederholt sich nicht in Lyon.

Vergès macht keinen Hehl daraus, daß er den Prozeß als ein Schauspiel betrachtet, das er mitinszeniert und in dem er zugleich eine tragische Rolle spielt. Er verteidigt nach den Spielregeln des Rechts eine Sache, die moralisch nicht zu verteidigen ist. Seit Barbie seine Box verlassen hat, ist sein Verteidiger der unbestrittene Star unter den Prozeßbeteiligten. Wenn die Reporter sich auf ihn stürzen, um ihm eine mit allen Zeichen der Entrüstung aufgenommene provozierende Erklärung zu entlocken, geben sie zu erkennen, daß es eben die schillernde Nähe zum Bösen ist, was sie fasziniert, und daß der Ausdruck des Guten nur langweilt. Vergès spielt nur dann Komödie, wenn er vor Gericht betont, daß er allein gegen eine Übermacht von vierzig Nebenklagevertretern und einer feindseligen Öffentlichkeit kämpft. Er weiß, daß die Phantasien im Saal auf seiner Seite sind, und daß der Barbie-Jäger Serge Klarsfeld auf der Bank gegenüber höchstens moralische Genugtuung in Bewegung bringt. "Vor dem Schwurgericht gewinnt, wer die schönste Geschichte erzählt", hat Vergès dem Schriftsteller Jean-Pierre Chabrol, einem alten Bekannten aus früheren gemeinsamen KP-Zeiten, anvertraut. Schöne Geschichten sind selten Geschichten, in denen das Gute die Hauptrolle spielt. Die massive Vorverurteilung Barbies und die im Gerichtssaal zur Schau getragene Entrüstung über den Mann, der das Verbrechen verteidigt, erscheinen wie Schutzwälle, die immer wieder aufgerichtet werden, um die Faszination des Bösen abzuwehren.

Den Franzosen einen Spiegel vorzuhalten, der Kollaborateure, Verräter, Antisemiten und Feiglinge zum Vorschein bringt, hatte Vergès vor dem Prozeß angedroht. Von diesem Spiegel sind bisher nur kleine Scherben zu sehen gewesen. Was Vergès seit Prozeßbeginn vor sich herträgt, ist ein anderer Spiegel: In ihm erscheint eine Zivilisation, unsere Zivilisation, die sich nicht eingestehen kann, daß ihre Moral Mühe hat, ihre tiefe Komplizenschaft mit der Ästhetik des Bösen zu bekämpfen. Darum rennt alles herbei, wenn der SS-Folterer Barbie hereingeführt wird oder sein Anwalt Zynismen von sich gibt: Es sind die prickelnden Injektionen, die der Organismus unserer Zivilisation braucht, um sein moralisches Immunsystem in Gang zu halten.

(aus: WOZ Nr. 23, 5. Juni 1987)

Die Verurteilung Otelo de Carvalhos

ALEXANDER DECKER

Otelo de Carvalho wurde am 20.5.1987 im Gericht von Monsanto, ein "Hochsicherheits"-Bau wie Stammheim, zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Von den 60 Mitangeklagten wurden 13 freigesprochen, 43 zu meist hohen (8 bis 17 Jahre) Gefängnisstrafen verurteilt. 4 Angeklagte, die "Reuigen", also Kronzeugen, wurden de facto freigesprochen. Die Verurteilten müssen zugleich kollektiv für die gesamten Kosten des Prozesses eintreten, die vom Gericht auf umgerechnet 12 Millionen Mark festgesetzt worden sind.

Die Angeklagten wurden ausdrücklich nicht wegen konkreter Taten belangt – Prozesse, die sich hierauf beziehen, werden jetzt erst folgen – sondern wegen der "Bildung einer Gruppe mit dem Ziel, die verfassungsmäßige, demokratische Ordnung mit Waffengewalt durch eine andere zu ersetzen".

Otelo

Das Verfahren

Die meisten Angeklagten – so auch Otelo – wurden in einer Polizeiaktion im Juni 1984 festgenommen. Der Prozeß selbst begann über ein Jahr später; bis dahin erfuhren weder Angeklagte noch Verteidigung präzise, worauf die Anklage sich stützte. Gericht und Gefängnis wurden eigens für diesen umfangreichsten Prozeß in Portugals Rechtsgeschichte umgebaut, die "arrependidos", die reuigen Kronzeugen, kamen erstmals im portugiesischen Recht zur Geltung.

Im Umfeld wucherten die Gerüchte. Die Verhaftung Otelos sei ein Racheakt des damaligen Präsidenten Eanes, wohlgelitten vom damaligen Premierminister, Mária Soares. – Otelo selbst deutete an, daß die PCP (konservative Kommunisten mit ca. 15 Prozent Stimmanteil) eine Intrige gegen ihn angezettelt habe.

Durch die lange Dauer des Verfahrens gerieten die Angeklagten in mehrfacher Hinsicht in Nachteil:

- für die Justiz wurde eine Verurteilung schon aus Gründen der Selbstrechtfertigung immer naheliegender;
- es ergab sich, zumal in dem von der Regierung stark beeinflußten Fernsehen, eine Atmosphäre der Vorverurteilung, in der die Angeklagten sozusagen ihre Unschuld beweisen sollten – was bei einer Anklage, in der es mehr um Gesinnung als um Fakten geht, kaum möglich ist;
- schließlich gewöhnte sich die portugiesische Öffentlichkeit, und auch deren kritischer Teil, an den Prozeß und an die Haft. Zu bestimmten Terminen, am 25. April beispielsweise, gab es Proteste, aber das Verfahren wurde nicht zum Justizskandal.

Otelo de Carvalho, auf den dieser Prozeß in erster Linie zielte, steht auch im Bewußtsein der Portugiesen für die Revolution des 25. April, bei Gegnern und Freunden. Schon Ende der siebziger Jahre, erst recht in den achtziger, war er aber eine Randfigur in der politischen Auseinandersetzung. Otelo erhielt 1976 ohne Parteienunterstützung noch 16 Prozent der Stimmen im Präsidentschaftswahlkampf gegen den Mann des 25.11.1975 (Wiederherstellung 'geordneter' Zustände), den General Eanes. Bei den Wahlen von 1980 schmolz der Stimmenanteil Otelos auf 1,6 Prozent. Die politische Organisation, der er angehörte, die FUP (Vereinigte Volkskräfte), war eine kleine linke Gruppe unter anderen, und weder nach Zahl noch nach Niveau der theoretischen Diskussion die bedeutendste.

Zu Beginn der achtziger Jahre kam es zu einigen Bombenanschlägen, Banküberfällen und Morden (meist an Industriellen), für die die Gruppe FP 25 (Volkskräfte des 25. April) die Verantwortung übernahm.

Der Kern der Urteilsbegründung besteht darin, eine Identität von FUP-Gruppierung und FP 25 zu behaupten. Dabei stützen sich die Richter einerseits auf die Kronzeugen, andererseits auf beschlagnahmte Aufzeichnungen Otelos.

Die Kronzeugen werden durch das portugiesische Recht praktisch straffrei gestellt. Von den fünf Kronzeugen in diesem Prozeß sind vier – trotz ihres Eingeständnisses der Teilnahme an Kapitalverbrechen – frei ausgegangen, sie erhalten außerdem eine neue Existenz im Ausland (bis hin zur plastischen Gesichtsoperation) und ein Staatsgehalt. Der fünfte Kronzeuge, ein von den FP 25 ehedem rekrutierter Bauarbeiter, wurde erschossen, als er, einer menschlichen Schwäche erliegend, seine kleine Tochter besuchte. Die FP 25 erklärte sich verantwortlich. – Vieles an den Kronzeugen erinnert an Karl-Heinz Ruland; sie scheinen zweifach Opfer zu sein, zuerst als Werkzeuge der FP 25, dann als solche der Anklagebehörde. – Kronzeugen in diesem Prozeß erklärten unter anderem, daß Otelo an Versammlungen teilgenommen habe, auf denen konkrete Vorhaben der FP 25 besprochen worden seien. Otelo selbst hat dies stets verneint.

Bei der Verhaftung Otelos fielen mehrere Notizbücher in die Hand der Polizei, deren Authentizität nicht bestritten wird. Ihr Inhalt und ihr Vorhandensein zeugen von erschreckender Naivität.

Otelo skizziert hier ein "project global", ein politisches Gesamtkonzept zum Vorantreiben der proletarischen Revolution. Es geht dabei aber weniger um eine Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und entsprechende Folgerungen, sondern ganz pragmatisch darum, wie die Macht zu erobern sei. Es ist von verschiedenen Abteilungen des projecto global die Rede: Von der Organisation der Massen (FUP), von den bewaffneten Zivilisten (ECA) usw. – Außerdem sind Treffen, Tagesordnungen, Adressen säuberlich festgehalten.

Wenn jemand, der illegalen Kampf ausdrücklich ins Auge faßt, solche Aufzeichnungen tätigt, bedarf das keines Kommentars. Im Prozeßzusammenhang interessiert hier aber, daß die vom Gericht behauptete Identität ECA – FP 25 nicht konkret bewiesen wurde, sondern sich allenfalls auf die Aussage der Kronzeugen stützt. Otelo hat zu diesem Punkt eingeräumt, daß möglicherweise Mitglieder der FP 25 in die ECA eingesickert wären, aber ohne sein Wissen. Seine Verantwortlichkeit für das projecto global hat er unumwunden bestätigt, aber auf den politischen Kontext einer nicht abschätzbaren Rechtsentwicklung Ende der siebziger Jahre hingewiesen – das Wiedererstehen eines Rechtsregimes habe ja im Bereich des

Möglichen gelegen. Er verneinte zugleich kategorisch, daß bei den derzeitigen Verhältnissen politische Attentate sinnvoll seien.

Revision

ist eingelegt; sie kann sich auf folgende Punkte stützen:

- die zweifelhafte Glaubwürdigkeit der Kronzeugen;
- die kollektive Schuldzuweisung, die es an sich im portugiesichen Recht nicht gibt;
- die Tatsache, daß der Richter, der die Anklageschrift erstellt, Adelino Salvado, auch als Gerichtspräsident fungierte (!!!);
- die Behinderung der Verteidigung, insbesondere, was das Befragen der Kronzeugen betrifft.

Bei den meisten Lesern dürfte der obenstehende Versuch eines Prozeßberichtes diffuses (oder gerichtetes) Unbehagen erzeugt haben, wegen der Unübersichtlichkeit des Verfahrens, vielleicht auch, weil ein Idol ins Zwielicht gerät. Dieser Effekt trat jedenfalls in der portugiesischen Öffentlichkeit ein. Wurde gegen die Verhaftung Otelos noch lebhaft protestiert, so geriet der Prozeß nach und nach fast in Vergessenheit, wurde verdrängt. Viele mögen auch das vage Gefühl haben, daß etwas dran sei an den Vorwürfen der Anklage, und die FP 25 ist auch in der Linken völlig isoliert. Bei der Urteilsverkündung waren praktisch nur die Angehörigen und die inländischen Journalisten anwesend, niemand von den früher arbeitenden Solidaritätskomitees, nur ein Vertreter der Auslandspresse (Le Monde).

Von den im Parlament vertretenen politischen Parteien wurde das Urteil durchweg nicht kommentiert. Von den kleineren Linksparteien hat nur die UDP, eine Arbeiterpartei mit ca. 2 Prozent Stimmenanteil, Schwerpunkt in den Vorstädten Lissabons, das Urteil als Stoß gegen die Linke kommentiert. Die Zeitungen beschränken sich aufs Berichten, Kommentare, die sich kritisch mit dem Urteil auseinandersetzen, waren selten und hatten Schwächen: Meist wurden die juristischen Fragwürdigkeiten des Verfahrens nur gestreift und die Mitangeklagten gar nicht erwähnt. Für Otelo, als den Vorkämpfer der portugiesischen Demokratie, wurde eine Art Bonus eingefordert.

Bei den (journalistisch kompetenten) Wochenzeitungen "o jornal" (linksliberal) und "o expresso" (liberal) wurde eher resignativ über die Möglichkeiten von Revision und Amnestie nachgedacht. Schon einige Tage nach der Urteilsverkündung verschwand das Thema im übrigen aus den Zeitungen, und momentan beherrscht vor allem der Wahlkampf (Wahltag ist der 19.7.) die politischen Gemüter. Jetzt, Mitte Juni, läuft schon einer der Folgeprozesse, Otelo steht wieder vor Gericht und wird befragt, alles geht den gewohnten Gang. Der Stellenwert des Prozesses ist nicht begriffen worden.

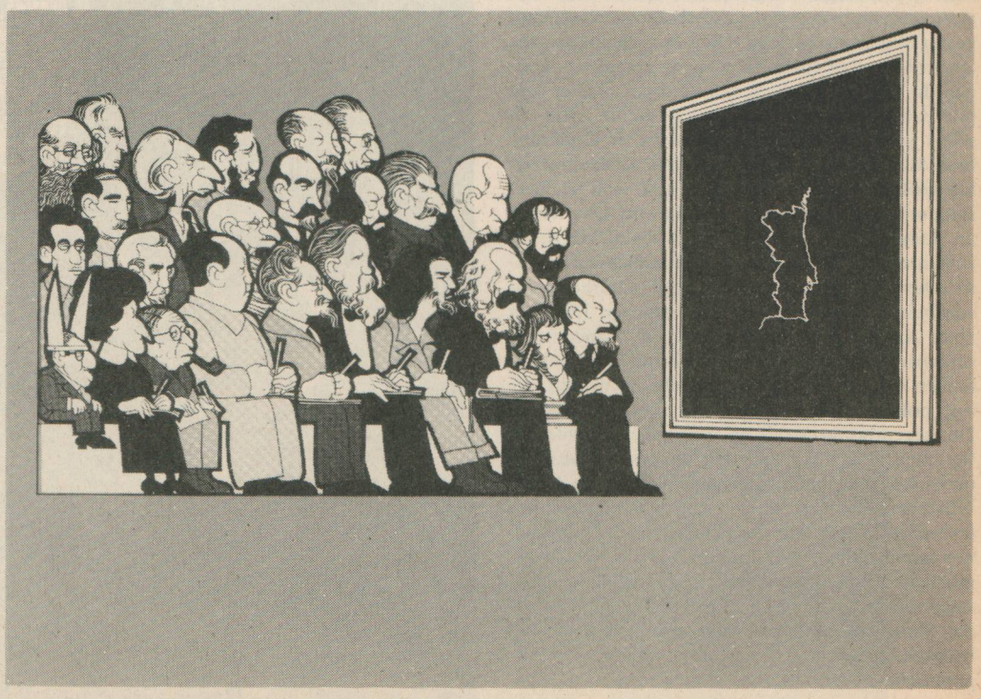
Kontext

Erklärbar wird diese Passivität gegenüber dem Prozeß vielleicht auch durch die Defensive, in die sich die Linke gedrängt sieht. Nach den Regierungen des Mittelblocks unter Soares 1982-1985, die eine vom Weltwährungsfond diktierte strenge Austeritätspolitik auf Kosten der Realeinkommen der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten betrieben, profitierte die rechte Cavaco-Silva-Minderheitsregierung vom günstigen Dollarkurs und von den niedrigen Ölpreisen. Auch aufgrund der vorhergehenden Restriktionen sank die Inflationsrate in den letzten zwei Jahren von knapp 30 auf jetzt gut 10 Prozent, und der mittelständischen Klientel der Cavaco-Partei PSD geht es momentan recht gut (Konsumboom, Autoboom). Die materielle Lage der Arbeiter hat sich zumindest nicht weiter verschlechtert.

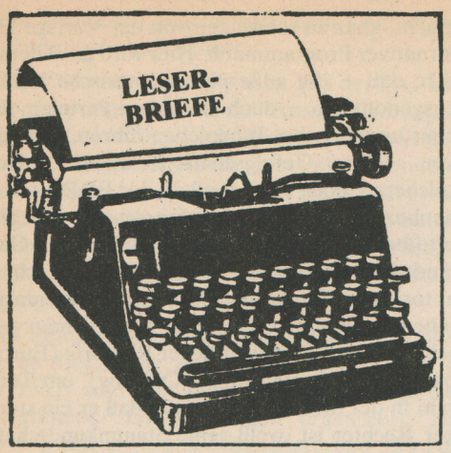
Zwar zeigte die Wahl von Mário Soares zum Präsidenten vor gut einem Jahr, daß die Linke, unter dem Banner des Antifaschismus gegen den strammen Rechten Freitas do Amaral geeint, noch eine – denkbar knappe – Mehrheit (51 Prozent) erzielen kann. Das funktioniert aber nur in solchen Abwehrkämpfen; eine ins Positive, z.B. zu einer Regierungskoalition, gewendete Kooperation der drei Links- bzw. Links-Mitte-Parteien ist nicht möglich. In erster Linie scheitert das an den Sozialisten (PS), die nicht über ihren antikommunistischen Schatten springen können. Die PCP mit ihrer starken regionalen Verankerung im Alentejo erscheint nach wie vor monolithisch; sie ist moskauorientiert (von der alten Sorte). Die PRD schließlich, eine Reformpartei um den ehemaligen Präsidenten Eanes, die bei den letzten Wahlen aus dem Stand 18 Prozent erreichte, verliert schon wieder an Konsistenz. Ihre selbst für portugiesische Verhältnisse äußerst diffuse Programmatik (gegen Korruption, für die Zukunft etc.) rächt sich jetzt; die mittelständische städtische Basis beginnt, sich zurückzuziehen. Ausgerechnet diese PRD hatte durch ein Mißtrauensvotum den Sturz der Cavaco-Regierung angezettelt. Bei den bevorstehenden Wahlen dürften PS und PCP auf Kosten der PRD leicht gewinnen, absehen läßt sich aber ein relativer, u.U. nach Mandaten sogar absoluter Wahlsieg Cavacos und der PSD.

Auch programmatisch sind die Linksparteien im Hintertreffen; z.B. wird die agrarreformfeindliche Maßnahmenpolitik der Regierung, das Profitieren vor allem der größeren Wirtschafts- und Agrarunternehmer von EG-Geldern u.ä. im Wahlkampf nicht zum Thema gemacht, ganz zu schweigen von der Vorlage alternativer Programmatik. Hier wird auch deutlich, daß – die außerparlamentarische Linke ausgenommen – auch die linken Parteien ein eher unpolitisches Innenleben führen, geprägt von Führer-Gefolgschafts-Relationen. Bei solcherart noch stärker als in der BRD personenbezogenen Wahlkämpfen ist die Rechte oft überlegen, da sie sich auf ureigenstem Gelände bewegt. Cavaco Silva, ein ausgesprochen autoritärer Charakter mit antiparlamentarischen Tendenzen, verbirgt sich momentan geschickt hinter fortschrittlicher Rhetorik (Europa ... Modernisierung ... Öffnung), um Terrain in der Mitte zu gewinnen; daß er ein starker Rechter ist, weiß seine Stammkundschaft eh. – die Linke bestimmt jedenfalls den Wahlkampf nicht und richtet sich auf die Position 'zweiter Sieger' ein. – Eine Cavaco-Regierung mit Parlamentsmehrheit wird für die Restbestände der Agrarreform, für die Arbeitsgesetzgebung u.ä. verheerende Folgen haben. Von der nächsten Legislaturperiode an kann außerdem die noch aus den guten alten Zeiten von 1975 stammende sozialistische Verfassung geändert werden (mit Zweidrittelmehrheit), und leider dürfte sich – vor lauter Begeisterung übers Mitregieren-Dürfen – auch ein Partner dafür finden.

Vasco Lourenço, einer der letzten Militärs des 25. April im aktiven Dienst der Armee, hat in einer Rede zum 25.4.87 gesagt, daß er und seine Kameraden nach wie vor bereit seien, die Werte der Nelkenrevolution, wenn es sein müsse, auch mit der Waffe zu verteidigen. Für diese Äußerungen verhängte der Stabschef des Heeres, Firminho Miguel, fünf Tage Arrest über ihn. Diese Episode zeigt wiederum die Marginalisierung des 25. April; allerdings erregte der Fall Aufsehen, es gab Proteste und Solidarisierung, insgesamt jedenfalls ein deutlicheres Echo als auf die Urteile von Monsanto. Fast denkt man an Ersatzhandlungen der Linken, die nicht wahrhaben will, daß mit der Verurteilung Otelos als Gesinnungstäter im Grunde die Nelkenrevolution gemeint ist. ■



Portugal. Do you remember?



Betr.: Aus den Fugen: SPD

Liebe Genossinnen und Genossen!
Als linker Sozialdemokrat wage ich ab und an auch mal einen Blick in "links", so auch in das Mai-Heft. Als das Editorial sich gar schon in seiner Überschrift zu der Erkenntnis durchgerungen hatte, daß die Krise der SPD auch ein Problem der Linken ist, dachte ich zunächst, daß da einige spannende, kritische, aber den Problemen der SPD gegenüber aufgeschlossene Analysen auf mich zukommen. Doch weit gefehlt! Selten habe ich einen Autor so hämisch und dümmlich-arrogant an den historischen Leistungen und Versäumnissen (auch einer Persönlichkeit wie Willy Brandt) wie der aktuellen Situation der SPD vorbeiräsonieren sehen wie Jürgen Häusler. Obschon eine gedankliche Anstrengung aus sozialdemokratischer Perspektive für ein Blatt vom politischen Standort der "links" wohl sicher zu viel verlangt wäre – etwas mehr Einfühlungsvermögen und ein differenzierteres Problembewußtsein gegenüber den Dilemmata und Herausforderungen der SPD stünden auch diesem eitlen "Forum der Neuen Linken" gut zu Gesicht!
Eine Spur mehr Tiefgang weist da schon der Kommentar von Joachim Hirsch auf. Was die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realitäten (insbesondere der Trends zur sozial polarisierten Dienstleistungs-Industrialisierung) anbelangt, so rennt er allerdings bei der SPD in vielerlei Hinsicht offene Türen ein. Hätte Hirsch die innersozialdemokratische Debatte über Mehrheitsstrategie, Organisationsreform und Programmerneuerung etwas aufmerksamer und weniger vorurteilsgeladen verfolgt, hätte er auch auf den belehrenden erhobenen Zeigefinger verzichten können. Im übrigen habe ich den Eindruck, daß er dem politischen Anspruch von Martin Wentz (dem ich selbst jedenfalls aus eigener praktischer Erfahrung mehr Realitätssinn abgewinnen kann als den trotzig-klassenkämpferischen Empfehlungen von Halberstadt und Hausmann) nicht gerecht wird. Das, was er an dessen strategischem Konzept meint kritisieren zu müssen, würde Wentz selbst vermutlich fast genauso sehen. Man kann es aber Hirsch natürlich nicht verübeln, daß er mit dem theoretischen Rüstzeug einer Analyse des "postfordistischen" Kapitalismus offenbar besser zurechtkommt als mit den intellektuellen Anforderungen an eine Debatte um die künftige politische Orientierung der Sozialdemokratie. Der gegenwärtige Streit, der hoffentlich Früchte zeitigt, muß in der Tat vorrangig um gesellschaftspolitische Konzepte geführt werden, und wer die Augen öffnet und sein Gehirn einschaltet, sollte eigentlich feststellen, daß er ja in der SPD auch auf vielen Ebenen schon geführt wird. Mängel und Verbesserungsmöglichkeiten gibt es überall; Denkanstöße und Lösungsvorschläge der Linken außerhalb der SPD tun der Partei bestimmt gut. Man wird auch kaum behaupten können, daß sie sich insbesondere in der Programmdiskussion der letzten Jahre dagegen abgeschottet hat.
Beim Durchlesen der letzten Nummer von "links" kann ich allerdings nicht den Eindruck gewinnen, daß sich deren Autoren an den Lernprozessen der SPD und an der sozialdemokratischen "Suche nach der verlorenen Zielgruppe" in konstruktiver Absicht und in kritischer Solidarität (wie es in diesen Kreisen so schön heißt) zu beteiligen gedenken. Vielmehr ergötzt sich manche Argumentation am alten, beliebten Entlarvungsspiel; und weniger wohlwollende Betrachter werden zwischen den Zeilen sogar "links-sozialistische" Schadenfreude über das vermeintliche "Ende des sozialdemokratischen Zeitalters" herauslesen können. Nichts für ungut!
Mit sozialistischen Grüßen

Martin Mendler

Betr.: SU-Debatte

Nicht nur in der UdSSR wird über demokratische Veränderungen gesprochen, sondern auch in der "Moskau-treuen" DKP! Seit längerer Zeit laufen in der "UNSERE ZEIT", Organ der DKP, die Diskussionen über Wege nach den Bundestagswahlen '87. Hierbei wird das offen ausgesprochen, was sonst früher immer ein Tabu war. Da wird also u.a. von Mitgliedern der DKP festgestellt: Im Falle der SU waren objektiv in der Wirtschaft und in anderen Gebieten Veränderungen notwendig, die nicht verwirklicht wurden, zu Mißbildung führten und die sozialistische Demokratie entstellten. In unserer Partei (DKP) galt es als etwas Unantastbares, im Sozialismus vorhandene Probleme, zum Beispiel im ökonomischen Bereich, anzusprechen, geschweige zu kritisieren. Wie konnte da die DKP unter der Last dieser Fakten glaubwürdig werden, wenn in der Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft die Ausstrahlungskraft des Sozialismus gebremst wurde?

In der Partei müssen die Grundsätze Lenins Grundlage der innerparteilichen Demokratie sein. Das setzt voraus, daß in der DKP eine sachliche Vielfalt an Meinungen zu den jeweiligen Problemen besteht, die nach genauer Analyse dann mehrheitlich gelöst werden. Es ist eine Mißachtung der eigenen Prinzipien, wenn die Partei berechtigte, sachliche Kritik bestehender Mängel reglementiert (– das ist Opportunismus –) oder bei Versprechen der Abhilfe doch nichts getan wird. Offenheit, Kritik und Selbstkritik stellen einen untrennbaren Bestandteil der Parteidisziplin dar, und sind für alle Mitglieder und Funktionäre bindend! Soweit die Einschätzung eines mir bekannten Mitglieds der DKP.

Rolf Ficker

. . . oder Strukturwandel der Industrie?

LOTHAR HACK

Kommt man mit dem Pkw von Norden oder Westen her nach Frankfurt, taucht, noch bevor man in den äußeren Alleenring einbiegt, die imponierende Skyline des Bankenviertels aus dem Dunst auf, und wenn man noch den Fernmeldeturm und das (mäßig eindrucksvolle) Gebäude der Deutschen Bundesbank passiert hat, weiß man endgültig, daß man in Deutschlands Dienstleistungszentrum angekommen ist. Hier kann man sich jeden politisch-strategischen Kalauer leisten, vor allem, wenn man das intellektuelle Yuppi-Niveau der Freßgass' anpeilt.

Würde man den Weg von Westen her in die Frankfurter Innenstadt etwas südlicher wählen, käme man eventuell an den ummauerten Werksgeländen des Stammwerks und des Werkes Griesheim der HOECHST AG vorbei, wüßte man schlagartig, daß die hier tätigen ca. 30.000 Industriebeschäftigten nur Dreck in den Main schicken, aber ansonsten politisch-strategisch vernachlässigt werden können.

Käme man auf der Hanauer Landstraße von Osten her in die Mainmetropole, würde man mit CASSELLA (Chemie/Pharma), JADE und RIEDEL-de Haen (Kosmetik), MESSER-Griesheim (Schweiß- und Schneidgeräte), dem Chemiewerk Homburg (Pharma) der DEGUSSA und der SAMSON AG (Meß- und Regeltechnik) zwar auch noch einige dieser überlebten Frankfurter Industrie"strukturen" sehen können, aber man wüßte doch, daß nur die Paketfabrik von NECKERMANN bereits den Anschluß an die Dienstleistungsgesellschaft geschafft hätte. Und bald wäre man wieder im Viertel der Banken und Werbeagenturen mit all seinen "neuen ungebundenen Schichten" (Wentz).

Am besten kommt man mit der Bundesbahn vom Süden her und ergötzt sich an der "Bürostadt Niederrad" mit ihren zahlreichen Hochhäusern voller Dienstleister: IBM und AEG, FUJITSU und WANG, NIXDORF und OLIVETTI, ATEX/KODAK und COMMODORE, TANDEM und wie die Serviceunternehmen alle heißen.

Es sind eigentlich nur drei Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, um eine wirklich geniale politische Strategie zu konstruieren: (1.) Man darf die Arbeitsbedingungen und sonstigen Sozialstrukturen, auf deren "sozialen Wandel" man sich stützen will, nicht aus eigener Anschauung oder gar eigener Erfahrung kennen. (2.) Man muß auf jeden theoretischen Kalauer der bürgerlichen Soziologie reinfallen und auf jede ideologische Leimrute kriechen, die ausgelegt worden ist. (3.) Man muß gläubig und staunend der offiziellen statistischen Berichterstattung lauschen und sich hüten zu fragen, wie ihre Zahlen wohl zustandegekommen sind.

Die "Dienstleistungsgesellschaft" ein statistischer Müllhaufen.

Aufgabe der offiziellen statistischen Berichterstattung ist es vor allem, über die Jahre hinweg Vergleichbarkeit der Daten zu sichern, also Zeitreihen zu erstellen, was wiederum nur möglich ist, wenn die Rubriken bzw. Kategorien konstant gehalten und lediglich quantitative Variationen (Zunahme, Abnahme, Konstanz) vorgestellt werden. Daraus resultiert ein grundlegender und tendenziell unvermeidlicher *Konventionalismus* jeder fortlaufend geführten Statistik, der (nur) dann negativ ins Gewicht fällt, wenn sich grundlegende Strukturveränderungen vollziehen, die nur mit Hilfe neuer Kategorien und neuer Aufbereitungsschemata angemessen aufgenommen werden können. Das ganze Gerede um die heraufziehende "postindustrielle Gesellschaft" bzw. um die (in Frankfurt) bereits erreichte "Dienstleistungsgesellschaft" lebt davon, daß man einerseits behauptet, daß es sich um einen solchen "grundlegenden gesellschaftlichen Wandel" handele, andererseits aber gerade an den alten Begriffen und Kategorien festhält.

Dabei muß man wissen, daß der sog. "Tertiäre Sektor" – oder auch: "Dienstleistungs-Bereich im weiteren Sinne" – von Anfang an Rest- oder "Residual"-Kategorie gewesen ist, in die alle Arbeitsplätze bzw. Beschäftigten statistisch gesteckt wurden, die nicht zum sog. "Primären Sektor" (Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau) oder zum "Sekundären Sektor" (Verarbeitendes Gewerbe, Industrie) gerechnet werden konnten. Orientiert man sich an diesem simplen Struktur-Modell, so ist Frankfurt immer eine "Dienstleistungs-Metropole" gewesen, womit die Aussage, die Stadt sei "nunmehr ein Dienstleistungszentrum", sinnlos würde.

Tatsächlich sind nun aber in den letzten 15 Jahren ca. 40.000 "industrielle Arbeitsplätze" aus dem Stadtbereich verschwunden: bei AEG und VDO, bei KLIMSCH und DEMAG-Pokorny etc. Diese Verluste kann die offizielle Statistik problemlos einfangen.

Nicht zu fassen sind von der offiziellen Statistik, so wie sie bei uns gehabt wird, die strukturellen Neuerungen, die mit den organisatorischen und technologischen Veränderungen der industriellen Arbeitswelt einhergehen. Einige Beispiele mögen das verdeutlichen.

Von den knapp 20.000 Beschäftigten in der (erwähnten) "Bürostadt Niederrad", deren Ausbau 1966 begonnen wurde, sind allein ca. 6.000 in etwa "sechzig Unternehmen der Informations- und Kommunikationsindustrie" (vgl. FAZ vom 23.1.'87, 1.4.'87, 23.1. '87. 27.3.'87) tätig; wie erwähnt, bei IBM (über 500) und NIXDORF (770), aber auch der dänischen RC Computer GmbH, NATIONAL ADVANCED SYSTEMS, der Apollo Domain Computer GmbH (für Graphic Workstations), TANDEM u.v.a. mehr. Fast alle diese Arbeitsplätze werden statistisch zum "Dienstleistungsbereich" gerechnet, selbst wenn sie Bestandteil der transnationalen Netze der größten Industriekonzerne der Welt (s. IBM) sind. Das gilt auch für die 300 Beschäftigten der neuen Geschäftsstelle der DIGITAL EQUIPMENT Comp./DEC, deren Aufbau das Unternehmen im Februar 1987 bekanntgab. Und es gilt schließlich sogar für die 1.300 neuen Arbeitsplätze, die NIXDORF demnächst in seiner Frankfurter Niederlassung zusätzlich errichten will, obwohl ein Unternehmenssprecher erläuterte, man müsse die hier vorgesehene Erstellung von Computerprogrammen "eigentlich als Software-Fabrik" charakterisieren (vgl. Frankfurter Rundschau 23.1.'87).

Es geht allerdings keineswegs nur um die "Bürostadt Niederrad". Zwei der größten und traditionsreichsten Elektrokonzerne, GENERAL ELECTRIC und WESTINGHOUSE, haben in Frankfurt/M. ihre Deutschland-Zentralen, die teilweise wichtige Koordinierungs-Funktionen für das gesamte west-europäische Geschäft (Produktionsautomatisierung, Medizintechnik etc.) zu erfüllen haben (mit zusammen mehr als 1.000 Arbeitsplätzen), natürlich statistisch als "Dienstleistungen" geführt. Wie das im Detail aussieht, läßt sich am Beispiel des Industriekonzerns WESTINGHOUSE etwas genauer erläutern: Neben der Westinghouse Controlmatic GmbH in Nieder-Eschbach gibt es in Frankfurt noch eine Vertriebsniederlassung der Westinghouse FANAL-Schaltgeräte GmbH sowie der MUZAK – Funktionelle Musik GmbH, die für den Vertrieb von Hintergrundmusik zuständig ist und ein eigenes Sendestudio in der Stadt betreibt. Im April 1987 wurde schließlich auch die europäische Absatz- und Servicezentrale der UNIMATION Roboter-Systeme, einer Division der Westinghouse Electric GmbH, vom mittelenglischen Telford nach Frankfurt verlegt.

Nach der Umstrukturierung der ADLERWERKE in der Kleyerstraße und der Übernahme der Kapitalmehrheit von TRIUMPH-ADLER von VW verfügt auch die italienische OLIVETTI-Gruppe in Frankfurt über mehr als 1.500 Beschäftigte, von denen nur die gut 1.000 Personen, die in der Schreibmaschinenmontage und im Versand der ADLERWERKE arbeiten, statistisch zur "Industrie" gezählt werden, während die Techniker, Ingenieure und Kaufleute, die im Computer- und Büromaschinen-Zentrum in Niederrad ihren Arbeitsplatz haben, sowie die nebenan beschäftigten Angestellten der für Absatzfinanzierung zuständigen OLIVETTI Finanzservice GmbH zum "Dienstleistungs"-Bereich zählen. In allen offiziellen Statistiken sind das im übrigen auch drei getrennte, weil formal-juristisch geschiedene, Unternehmen.

Schließlich sind auch einige der großen US-amerikanischen Rüstungs- bzw. "High Tech"-Konzerne in der Main-Metropole stark vertreten: ROCKWELL INTERNATIONAL mit ROCKWELL-GOLDE, Hanauer Landstraße, und UTC/UNITED TECHNOLOGIES mit der NORD-MICRO Elektronik Feinmechanik AG (ca. 350 Beschäftigte in Enkheim) sowie einer Vertriebsniederlassung der PACKARD INSTRUMENTS GmbH in der Hanauer Landstraße. Mit der Hauptverwaltung der McDONNEL DOUGLAS INFORMATION SYSTEMS GmbH ist auch der Ausbaubereich des vormals ausschließlich auf Luft- und Raumfahrt ausgerichteten US-Konzerns in Frankfurt (Niederrad) vertreten. Der Konglomerat ITT schließlich betreibt in Frankfurt nicht nur mehrere Produktionsstätten des Bremsen- und Hydraulik-Herstellers TEVES/Ate (mit mehr als 3.000 Beschäftigten), sondern auch ein halbes Dutzend wei-

terer Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaften.
Das kanadische Unternehmen NORTHERN TELECOM, in dem u.a. Telekommunkationseinrichtungen und Informationssysteme für die Büroautomation hergestellt werden, hat seine (west-)deutsche Hauptverwaltung in Frankfurt, zur Abwechslung in der "Bürostadt Niederrad". Die vormalige Nachrichtenagentur REUTERS, die inzwischen zu einem rasant wachsenden Konzern der Kommunikationsindustrie (1) geworden ist, betreibt in Frankfurt zwei Nachrichten-"Betriebe" mit zusammen über 200 Beschäftigten, von denen mehr als die Hälfte im hochmodern ausgestatteten "Technischen Zentrum" arbeiten, vorwiegend Techniker und Ingenieure. All das fällt statistisch unter "Dienstleistung".
Auf niedrigerem Niveau der Beschäftigtenzahlen ließe sich dieser Überblick fortsetzen, auch für die meisten der großen transnationalen Chemie- und Pharmakonzerne wie DuPONT, ICI, CIBA-GEIGY oder RHONE-POULENC, BAYER (mit MILES) oder SHELL-CHEMIE; mit GRÜNZWEIG × HARTMANN Montage ist auch die französische SAINT GOBAIN-Gruppe in Frankfurt präsent. Der Schweizer Nahrungsmittel-Konzern NESTLE hat in Frankfurt die Hauptverwaltung seiner Deutschland-Gruppe. Mit HENNINGER, BINDING und LACROIX (Campbell) gibt es im übrigen auch Nahrungs- und Genußmittel-Konzerne, die in Frankfurt eine reguläre industrielle Produktion betreiben.
Rechnet man die Frankfurter Niederlassungen und Tochtergesellschaften der großen westdeutschen Industrieunternehmen hinzu – SIEMENS mit zusammen weit über 5.000 Beschäftigten in der Zentralniederlassung/ZN, dem Schaltwerk im Fechenheimer Mainbogen sowie einer Reihe von Vertriebsniederlassungen der Medizintechnik, der Bahntechnik (GEZ) etc.; der DAIMLER-BENZ AG mit AEG; BOSCH und TELENORMA, MANNESMANN mit HARTMANN & BRAUN, KIENZLE-Vertriebsniederlassungen, DEMAG, TALLY usw. –, so kommt man allein bei den bisher erwähnten international tätigen Industrieunternehmen auf eine Gesamtzahl von über 100.000 "Industriebeschäftigten", während die offiziellen Statistiken insgesamt nur knapp über 100.000 Industriebeschäftigte ausweisen. Dabei war von den großen Unternehmen der Bauindustrie (HOLZMANN mit der DEUTSCHEN ASPHALT, HOCHTIEF; WAYSS & Freytag), den mittelständischen Maschinenbau- und Elektro/nik/unternehmen sowie den Firmen der Druckindustrie überhaupt noch nicht die Rede.

Man kann also sagen, daß die Zahlen der offiziellen Statistiken *falsch und zutiefst irreführend* sind, weil sie einer von zwei entscheidenden Tendenzen der umstrukturierten Industriegesellschaften nicht – oder eben nur destruktiv – Rechnung tragen: der *transnationalen Verflechtung und Ausdifferenzierung*, die sich gerade in der Beschäftigtenstruktur Frankfurts nachhaltig niederschlägt. Soziologisch und politisch ist es jedenfalls in jeder Hinsicht absurd, eine Vertriebsniederlassung eines Schweizer Chemiekonzerns oder eines koreanischen Konglomerats mit "unter 20 Beschäftigten" genau so zu behandeln wie ein größeres Schuhgeschäft, ein kleineres Museum oder ein normales Postamt.

Der Strukturwandel in der Industrie besteht nicht nur aus Schrumpfung.

Zu Recht notieren Wentz und Halberstadt/Hausmann (hier zitiert nach FR vom 22.10.'86 und links Mai '87) in ihren Strategiepapieren, daß weniger als die Hälfte der in der Frankfurter Industrie beschäftigten Personen "Industriearbeiter" sind. Wentz nimmt das zum Anlaß, auf die "Arbeitnehmer im Bereich Banken und Versicherungen" überzugehen, die mit rd. 52.000 zahlenmäßig bereits wichtiger seien als die Industriearbeiter. Für Halberstadt/Hausmann ist das (berechtigter) Anlaß, auf die Größenordnungen der Beschäftigtenzahlen von Arbeitern bzw. schlecht verdienenden Personen im Dienstleistungsbereich hinzuweisen, vor allem in den verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung.
Wenn, schon in den offiziellen Statistiken, deutlich wird, daß *mehr als die Hälfte der in der Industrie beschäftigten Personen keine Industrie-"arbeiter"* sind, hätte man aber auch danach fragen können, was es denn – politisch und soziologisch – mit diesen technischen und kaufmännischen Industrieangestellten auf sich hat. Zu diesem Thema bietet die bürgerliche Soziologie wieder einen ihrer umwerfenden kategorialen Kalauer an: "Tertiarisierung der Industriearbeit" (2). Tatsächlich geht es hierbei um die zweite grundlegende Strukturveränderung der gegenwärtigen Industriegesellschaft, die man als *funktionale Ausdifferenzierung und Re-Integration industrieller Arbeitsbereiche* bezeichnen kann (3). Ganz grob heißt das folgendes: Funktionsbereiche wie "Forschung und Entwicklung", "Anwendungstechnik", "Montage und Kundendienst", "Vertrieb", "Materialbeschaffung" etc. sind im Verlaufe der letzten Jahrzehnte zu eigenständigen Arbeitsbereichen gemacht worden, deren Arbeitszusammenhang oft nicht mehr räumlich, sondern nur mehr (kaum wahrnehmbar) organisatorisch gesichert wird. Solche "Funktionsbereiche" lassen sich juristisch leicht verselbständigen, wie es häufig bei Vertriebsniederlassungen oder Forschungseinrichtungen der Fall ist, und jetzt im Bereich der Software-Abteilungen resp. "Programmierwerkstätten" wieder geschieht. Mit den modernen Mitteln der Kommunikationstechnologie – in der die Netze der nachrichtentechnischen Übertragung und der elektronischen Datenverarbeitung (bereits weitgehend) zusammengewachsen sind – lassen sich diese räumlich und formal-juristisch verselbständigten Organisationseinheiten allerdings problemlos in übergeordnete Strukturzusammenhänge einbinden: man kann das mit bloßem Auge allerdings nicht sehen. Sind es den destruierenden, offiziellen Statistiken zufolge schon ca. 60.000 Industrieangestellte, die in Frankfurt arbeiten, so ist ihre Anzahl anhand der skizzierten Ausdifferenzierungen transnationaler Industriekonzerne etwa doppelt so hoch anzusetzen.
Hinzu kommt schließlich noch etwas anderes: Organisatorisch und juristisch selbständige Unternehmen des Industrieanlagenbaus, Ingenieurfirmen und Planungsgesellschaften werden in den offiziellen Statistiken ebenfalls in den "Tertiären Sektor" abgeschoben.

In Frankfurt betrifft das die etwa 3.500 Ingenieure und Techniker, Facharbeiter und Kaufleute, die bei der LURGI arbeiten – demnächst in einem Neubau am Niederurseler Hang; man sehe sich nur einmal die Versuchslabors und Werkstätten in der Gwinnerstraße an, um den "Dienstleistungs"-Charakter dieses Arbeitsbereichs richtig goutieren zu können. Gleich nebenan liegen übrigens die Laborräume und Büros der ZIMMER AG, einer Ingenieurfirma (mit ca. 500 Beschäftigten), die zur britischen Großanlagenbau-Gruppe DAVY McKEE gehört. Sehr viel größer ist die SAG/Starkstrom-Anlagen-Gesellschaft mbH, ein zum RWE-Konzern gehörendes Elektromontage-Unternehmen mit weltweit ca. 7.000 Beschäftigten, deren Hauptsitz im Frankfurter Westend liegt, wozu u.a. umfangreiche Planungs- und EDV-Abteilungen gehören. Zum RWE-Verbund gehört schließlich auch die LAHMEYER INTERNATIONAL-GmbH, "Beratende Ingenieure", deren über 800 Beschäftigte mit technischen und wirtschaftlichen Ingenieurarbeiten befaßt sind; diese Gruppe hat ihre Zentrale in der Lyoner Straße, in der "Bürostadt Niederrad", womit sich der Dienstleistungskreis geschlossen hat.

Es ließen sich viele weitere, kleinere und mittlere, in Frankfurt ansässige Unternehmen nennen, deren Geschäft es ist, Industrieanlagen der Stromerzeugung und -übertragung, der Nachrichtenübermittlung und Datenverarbeitung zu planen, zu konstruieren, zu montieren und zu warten. Viele der Ingenieure, Techniker und Facharbeiter dieser Firmen verbringen einen großen Teil ihres Arbeitslebens auf Baustellen im Ausland oder zumindest im Auto, auf dem Weg zum jeweiligen Kunden, der "bedient werden muß: *ambulante Arbeitsplätze* im Rahmen der auto-mobilisierten Industriegesellschaft.
Die Nähe zum Frankfurter Flughafen spielt allerdings hierbei die überragende Rolle. Die Mobilität bezieht sich aber nicht nur auf die Arbeitskräfte. Der schnelle Transport von Fertigteilen, Instrumenten, Bauplänen etc. spielt für die *exportorientierte Industrie* der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Als Standort für Unternehmen der Druckindustrie ist Frankfurt nicht zuletzt deshalb hoch attraktiv (vgl. Hack u.a., 1987), weil Druckvorlagen von Istanbul, Berlin oder Hamburg per Flugzeug kurzfristig angeliefert werden können, wenn sie nicht über terrestrische Frequenzen materielos aus London oder Mailand übertragen werden; die Umstellung auf Satellitenübertragung ist vorgesehen.
Hört oder sieht man sich auch nur wenig in der Frankfurter Arbeitswelt um, so bemerkt man, wie sehr die *internationale Orientierung* der Aufgabenstellungen bereits Bestandteil des normalen Arbeitsalltags geworden ist. Telefonate mit dem Kollegen, der zur Inbetriebnahme einer Anlage für einige Wochen nach Ägypten oder Malaysia gefahren ist; Telex- oder Telefax-Dialoge mit dem Firmenrepräsentanten in Hong Kong oder Sao Paolo; Konferenzen der Unternehmensrepräsentanten auf dem afrikanischen Kontinent etc. Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak schlägt sich in der alltäglichen Geschäftskorrespondenz nieder, der sinkende Dollar-Kurs in den Geschäftsabschlüssen der eigenen Abteilung bzw. in der zusätzlichen Belastung der eigenen Kostenstelle.
Der weitaus größte Teil der *Industriearbeit*, die hier anfällt, wird nicht im alten Blaumann abgewickelt, sondern im feinen blauen Anzug, im adretten Kostüm oder doch im grauen bzw. weißen Kittel der Techniker und Naturwissenschaftler der industriellen Forschungs- und Entwicklungs-Laboratorien.

Vom ideologischen Nutzen der "Dienst-Leistungsgesellschaft".

Betriebswirtschaftliche Controller und sog. "Marketingexperten", die den Gesichtspunkt bzw. die Dominanz der Profitorientierung in allen Fasern der konzern-internen Industriearbeiten durchzusetzen haben, haben sich in langen Jahren und mühselig den Ruf erworben, knallharte reaktionäre Positionen, auch im (partei-)politischen Bereich, zu vertreten. Unter Ingenieuren, Physikern und Informatikern findet man, zusammen mit dem durch-rationalisierten Technokratendenken, starke Motive der Abwehr irrationaler Denkverbote und klerikaler Verhaltenszumutungen; unter Umständen sogar eine durchaus kritische und

weitsichtige Orientierung am gesellschaftlichen Nutzen der eigenen Arbeit und ein Abwägen der häufig fatalen Folgen fortschreitender Umweltzerstörung. Vor allem aber findet man unter den immer größeren Gruppen hochqualifizierter Facharbeiter – die von den Unternehmen teilweise zu "Angestellten e.h." (ehrenhalber) geadelt werden – ein deutlich gestärktes Selbstbewußtsein und gewachsene Autonomieansprüche, die überhaupt nichts mit der vorgeblichen "Dienstleistungsgesellschaft" und den, inzwischen sauer und schal gewordenen, "post-materiellen Werten" von Werbetextern, Hostessen oder Studienräten zu tun haben.

Das, was man bis vor einigen Jahren erwartungsvoll mit "Technischer Intelligenz" bezeichnete, und was man inzwischen vielleicht etwas vorsichtiger als den hochgradig arbeitsteiligen Umgang mit der Entwicklung, Konzeption, Realisierung und Pflege neuer technologischer Systeme und ihrer industriellen Nutzung bezeichnen sollte, hat für das angebliche "Dienstleistungs-Zentrum" Frankfurt inzwischen eine überragende Bedeutung angenommen.

Der Begriff der "Dienstleistungsgesellschaft", auf dem die Strategie-Kontrahenten abfahren, ist tatsächlich ja ein ideologischer Kampfbegriff, dessen ausdrückliche Funktion es von Anbeginn (s. Daniel Bell) war, die Bedeutung der Klassenstrukturen in den spätkapitalistischen Industriegesellschaften zu negieren. Es ist deshalb schon einigermaßen putzig, wenn Halberstadt/Hausmann tapfer an dem Begriff der "Klassengesellschaft" festhalten wollen, aber ihre "Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Entwicklungen" dadurch unter Beweis stellen wollen, daß sie in jedem Bürohochhaus nur mehr Dienstleister zu sehen vermögen.

Der Begriff der "Dienst-Leistungsgesellschaft" ist nichts anderes als die sprach-regulierte Neuauflage der alten "sozialen Marktwirtschaft": Wie die "Marktwirtschaft" läßt die "Leistungsgesellschaft" an den unerbittlichen Wettbewerb und die Brutalität eines Wirtschaftslebens denken, das ausschließlich und uneingeschränkt auf Gewinn und Gewinnen ausgerichtet ist: hier sollen zugleich Lebenschancen gerecht erworben und verteilt und das Sozialprodukt gemehrt werden. Für die Opfer und Unterlegenen dieses Konkurrenzkampfes gibt es, dank Geißler und Blüm, das ethisch-soziale Korrektiv des "Sozialen" bzw. des "Dienstes": Vom "Dienstmann" und "Dienstmädchen" bis zum Angehörigen des "öffentlichen Dienstes" reicht ein riesiger Assoziationshof, auf dem sich der "Dienst am Nächsten" und der "Kundendienst" gleichermaßen zuhause fühlen dürfen.

Es ist schwer vorstellbar, wie brauchbare politische Strategien auf der Basis einer verzerrten und eingeschränkten Wirklichkeitswahrnehmung entstehen sollen. Es ist meiner Ansicht nach unvorstellbar, ein eigenständiges politisch-strategisches Konzept zu entwickeln, wenn man kritiklos die ideologischen Sprachregelungen des politischen Gegners übernimmt. Natürlich kann man dann auch noch, wie Wentz, an den statistischen Klapperstorch glauben, der einem die partei-strategischen Babies bringt, die man dann nur noch publizistisch zu hätscheln braucht; man sollte sich dann allerdings auch nicht wundern, wenn das flügge gewordene Prachtkerlchen bei der ersten Gelegenheit da hingeht, wo es herkommt: zu den Yuppies, in die Freßgass'.

Als "Träger der Dienstleistungsgesellschaft" hat Wentz eine "neue, parteipolitisch weitgehend ungebundene Gesellschaftsschicht" ausgemacht, die er mehr als Einheit ("Schicht", "Gruppe"), mal als heterogenes Konglomerat vorstellt. Geht man hingegen von den transnationalen Strukturen der immer enger miteinander verwobenen kapitalistischen Industriegesellschaften – und ihrer ebenfalls vernetzten Finanzstrukturen – aus, bemerkt man vielleicht, daß die "Träger" aus technologisch-organisatorischen Mechanismen und Regulativen bestehen, jedenfalls aus einem Material, das in jeder Hinsicht resistenter und verläßlicher ist als noch so aufstiegsorientierte und ellenbogenstarke Personen. Die "Stützen der Gesellschaft" (Henrik Ibsen) sind eben auch nicht mehr das, was sie einmal waren, obwohl die Frankfurter Kulturpolitik das glauben machen möchte.

Man sollte den Begriff der "Dienstleistungen" für Arbeiten bzw. Tätigkeiten reservieren, die tatsächlich "im Dienste von Menschen" verrichtet werden: Die institutionellen Orte dafür sind Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Arztpraxen, meinethalben auch Rechtsanwaltsbüros und Gerichte. Es gibt dann immer noch genügend Abgrenzungsprobleme, bei Kfz-Werkstätten, Stellwerken der Bundesbahn und den Telegrafenämtern der Bundespost zum Beispiel. Den gesamten organisatorischen und technologischen Apparat der transnationalen Industriekonzerne aber als "Dienstleistungsbereich" zu verklären, verbaut jede Chance, bei der Analyse von Strukturveränderungen zu klaren Konturen und plausiblen Interpretationen zu kommen.

Rekonstruiert man die *tatsächlichen Strukturzusammenhänge* der internationelen Vernetzung der Industriegesellschaften und ihrer organisatorischen Träger, so ergeben sich daraus keineswegs zwanglos bestimmte politisch-strategische Konsequenzen; die Interessen und Erwartungen, Bedürfnisse und Ängste derer, die unter diesen Bedingungen ihre alltägliche Arbeit der Produktion und Wartung, Kontrolle und Repräsentation zu verrichten haben, müssen sorgfältig bedacht und immer wieder empirisch ermittelt werden.

Wenn man die vorgegebenen realen Strukturzusammenhänge aber ignoriert, sind realistische Konzepte der Politikgestaltung bzw. der Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht zu erreichen.

Anmerkungen

1) Vgl. hierzu wie zum gesamten Komplex der neuen industriellen Strukturen in Frankfurt: L. Hack, Irmgard Hack, Reinhard Breßler: ZEIT/DRUCK. Veränderungen in der Druckindustrie im Gefolge des Umbruchs der Informations- und Kommunikatonstechnologien in fortgeschrittenen Industriegesellschaften. Bericht über eine Pilot.-Studie. Ffm, 1987.

2) Vgl. den Bericht in den "Mitteilungen der IHK Frankfurt", vom 15.11.'86, über ein "Symposium zur Strukturforschung in Frankfurt", an dem 250 Personen aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft teilgenommen haben sollen.

3) Vgl. L. Hack, I. Hack: Die Wirklichkeit, die Wissen schafft. Ffm: Campus, 1985. S.a. Lothar Hack: Wie man die Wirklichkeit auf/um den Begriff bringt (Zur handlungstheoretischen Erzeugung ungeahnter Autonomiespielräume). In: Th. Malsch/Rüdiger Seltz (Hg.): Die neuen Produktionskonzepte auf dem Prüfstand. Berlin: Sigma, 1987.

Anzeige

Lothar Hack, Irmgard Hack

Die Wirklichkeit, die Wissen schafft

Zum wechselseitigen Begründungsverhältnis von Verwissenschaftlichung der Industrie und Industrialisierung der Wissenschaft

Campus Forschung Band 431

709 S., 14,8 x 21 cm,
DM 98,–, Februar 1985
ISBN 3-593-33481-X

So rasant und dramatisch die Strukturveränderungen sind, denen die Menschen in den Industriegesellschaften (des Westens) unterworfen werden, so schwierig scheint es zu sein, diese Veränderungen angemessen zu beschreiben, zu analysieren und auf den Begriff zu bringen.
Aus dieser Konfusion gibt es nur einen Ausweg, wenn die Entwicklung der gesellschaftlichen Strukturen empirisch sorgfältig nachgezeichnet und zugleich theoretisch radikal und systematisch interpretiert wird. *Ein* Ergebnis scheint jedenfalls sehr stabil zu sein, wie dieses Buch sorgsam belegt und analysiert: Die industriellen Grundstrukturen der Gesellschaften des kapitalistischen Westens sind keineswegs in Auflösung begriffen. Im Gegenteil. Ganz offensichtlich vollzieht sich eine neue Runde der Industrialisierung, und zwar eine »Industrialisierung *immaterieller* Produktionsprozesse«, die als dritte Phase der industriellen Revolution begriffen werden kann. Formen geistiger Arbeit werden in Prozesse der Informationsverarbeitung transformiert; von der Mikroelektronik bis zur Molekularbiologie reicht ein breites Spektrum neuer Industrialisierungsprozesse, durch die neue Formen der gesellschaftlichen Wirklichkeit produziert werden.

Die **Autoren** arbeiten z. Z. als »freischaffende» Soziologen. Lothar Hack ist Privat-Dozent am Fb Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Universität. Beide sind Mitautoren des 1979 bei Campus erschienenen Bandes »Leistung und Herrschaft«.

Interessenten: Industrie-, Arbeits-, Wissenschafts- und Wissenssoziologen; Politikwissenschaftler, Ökonomen; wer immer sich ernsthaft mit Technologiekritik befaßt.

Zum Tod von Primo Levi

ALLEGRA DE LAURENTIIS

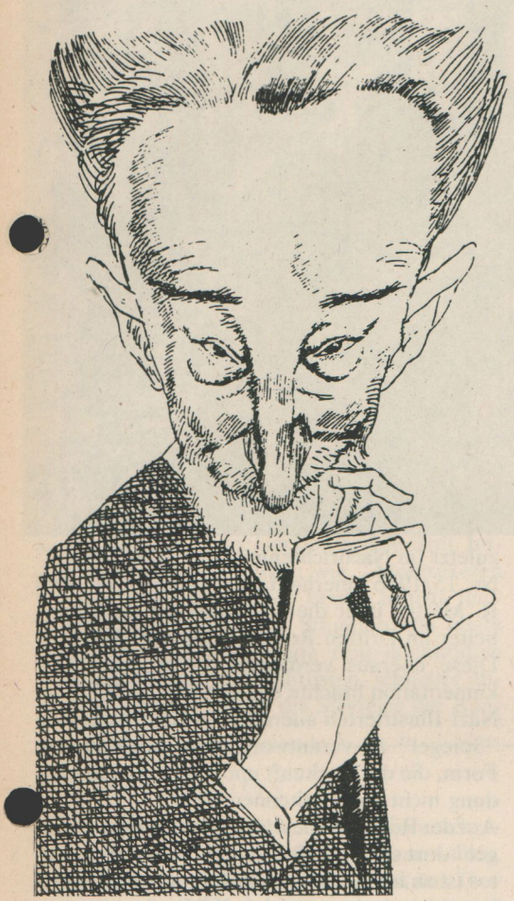
«(Im Augenblick der Befreiung), wo man fühlte, daß man wieder zu Menschen wurde, d.h. zu verantwortlichen Wesen, kehrten die Leiden der Menschen zurück: der Schmerz über die auseinandergetriebene oder verlorene Familie; der universale Schmerz um sich herum; der Schmerz der eigenen Erschöpfung, die einem als nicht mehr heilbar, als endgültig erschien; der Schmerz des Lebens, das zwischen Trümmern wieder aufgenomen werden sollte, oft in Einsamkeit. (...) wir hatten Monate oder Jahre auf der Ebene von Tieren gelebt (...) und die Zeit zum Nachdenken, zum Denken, zum Erleben von Gefühlen, war annulliert worden. Wir hatten unter dem Schmutz, der Promiskuität und der Entwürdigung weniger gelitten, als es im normalen Leben der Fall gewesen wäre, weil unser moralisches Maß ein anderes geworden war. (...) Wir hatten nicht nur unser Land und unsere Kultur, sondern auch die Familie, die Vergangenheit, die Zukunft vergessen, weil wir, wie die Tiere, auf den Augenblick reduziert waren. (Die kurzen Intervalle, in denen wir aus diesem Zustand herausgetreten waren) waren schmerzhafte Ausbrüche, gerade weil sie uns die Möglichkeit lieferten, von außen her unsere Verminderung zu messen. Ich glaube, daß gerade dieser Rückblick auf die verflossenen "gefährlichen Gewässer" die Ursache so vieler Selbstmorde nach der Befreiung ist.»
(Primo Levi, "I sommersi e i salvati", 1986)

Am 11. April 1987, im Alter von 68 Jahren, hat sich der Turiner Chemiker und Schriftsteller Primo Levi in seiner Heimatstadt das Leben genommen. 1919 war er in demselben Haus geboren worden, wo er bis zu senem Tod noch mit der Mutter, der Frau und einem seiner Kinder lebte. Er war für die Stadt ein lebendiges Symbol aller Tugenden, die man ihr vor einem halben Jahrhundert noch zuschrieb: aufgeklärt, diskret, ironisch, liberal.
1943 hatte er sich den Piemonteser Partisanenbrigaden "Giustizia e libertà" angeschlossen. Ende desselben Jahres wurde er mit seinen Kameraden von der faschistischen Miliz festgenommen, zum Sammellager Fossoli nahe Modena gebracht und von dort aus von der SS nach Auschwitz deportiert. Er überlebte dank seiner Arbeit als Chemiker in der Fabrik Buna (er backte und aß Brötchen aus Baumwollfaser), wurde von der sowjetischen Armee befreit, wanderte in einer ziellosen Odyssee durch Polen, Rußland, die Ukraine, Rumänien und Ungarn und erreichte erst Ende 1945 wieder Turin. Beharrlich gliederte er sich wieder in das "normale" Leben des Nachkriegsitalien ein, arbeitete wieder als Chemiker in verschiedenen Firmen, heiratete, hatte Kinder. Mit seinem ersten Buch, "Se questo è un uomo", wurde er weltberühmt. Dem folgten andere Romane, Essays, Gedichtbände, Kurzgeschichten. Über die, die von der Einzigartigkeit der Vernichtung handeln, wollen wir hier kurz berichten.

In den Zug, der im Februar 1944 aus Fossoli abfuhr, waren 650 Juden gepfercht. 23 von ihnen kamen später in ihre Heimat zurück. Levi erinnert sich, wie er gestaunt hatte, daß man auch Alte aus dem Sterbebett gerissen und in die Waggons geschleppt hatte: ins Arbeitslager, die Alten? Wozu? Warum nicht gleich erschießen, wenn man sie nicht eines natürlichen Todes sterben lassen wollte? Es war nur der Anfang der sinnlosen, umständlichen Quälereien, deren Zeuge er werden sollte und die er bis dahin für unmöglich gehalten hätte. Die Frage nach der Möglichkeit dieser unglaublichen Realität verfolgte ihn sein Leben lang. Sie blieb auch für ihn ohne Antwort: "Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen: dies ist der Kern dessen, was wir zu sagen haben."

In "Se questo è un uomo" (1947) wird Auschwitz wie ein blutiges Puzzlespiel Tag für Tag rekonstruiert: die subjektiven Erlebnisse (die millionenfachen subjektiven Erlebnisse). "Im Dunkel hallten fremde Kommandos und dieses barbarische Keifen der Deutschen, wenn sie befehlen, das einer jahrhundertealten Wut Luft zu machen scheint" – und die objektiven Tagesabläufe, die Hierarchien im Lager, die kleinen Dinge, eine Zigarette, die Schuhe eines Toten, das handwerkliche Können oder das – lebensgefährliche – Nichtkönnen, die verzweifelten Versuche, der deutschen Sprache um des eigenen Überlebens willen Herr zu werden, die Details, die plötzlich eine überdimensionale, nie erahnte Wichtigkeit im Leben erhielten. Und die Selektionen:
"Überlegt ob dies ein Mensch ist,/der im Schlamm arbeitet/der keinen Frieden kennt/der um ein halbes Brot kämpft/der für ein Ja oder ein Nein stirbt." ("Shemà", 1946).
Nichts ist in Levis Bücher Vereinfachung und Schablone, nur eine Trennungslinie bleibt durchgehend bestehen, die zwischen Täter und

Opfer. Mit den Tätern kam er selten in Berührung: sie waren "nur" Götter, die ja oder nein zu sagen brauchten, um Leben oder Tod zu bewirken. Unter den Opfern gab es soviel Menschentypen wie es Individuen gab: die Kämpfenden, die Erschöpften, die Großzügigen, die Schlauen, die Verstummten, die Zynischen, die, die "bei lebendigem Leibe schon tot" waren und die, die den Tätern zu dienen und zu gefallen versuchten, um zuletzt selbst in die Gaskammern zu marschieren. Das Universum Auschwitz ist selten den Außenstehenden, insbesondere der unaufmerksamen, von Schuldgefühlen nicht allzu geplagten italienischen Öffentlichkeit so nahe und verständlich gemacht worden wie durch Levis "ordnungsliebenden und systematischen Geist" (Italo Calvino), durch seine diskrete Hartnäckigkeit, seine einzigartige melancholische Ironie.
In "Se non ora, quando?" (1982) erzählt er ein besonderes Kapitel aus dem europäischen Wi-



Zeichnung: Tullio Pericolo

derstand: der verbissene und hoffnungslose Kampf von jüdischen Lager-Überlebenden und Flüchtlingen, von Polen, Ukrainern, Tataren und anderen gegen die deutsche Armee. Menschen, aus Fetzen der verschiedensten Uniformen gekleidet, hungrig, bewaffnet, die sich zufällig in den Wäldern und Steppen Mitteleuropas treffen, organisieren, wieder auseinandergehen und denen nur das eine gemeinsam ist, nämlich die Freiheit, nichts mehr zu verlieren zu haben.
Anders als Adorno glaubte Levi, "nach Auschwitz nur noch über Auschwitz dichten" zu können; er war der Überzeugung, daß zur realistischen Rekonstruktion von Geschichte und zum Entwurf der Zukunft die Erinnerung an Verfolgung und Grausamkeit, aber auch an nie erahnte menschliche Größe und Würde (die Erinnerung "an die Hyänen und die Personen") notwendig ist.
Wenige der Überlebenden von Auschwitz hatten so viele Chancen wie Primo Levi, "glimpflich" davon zu kommen. Weder Paul Celan z.B., noch Jean Améry, mit dem Levi die Baracke geteilt hatte, dem er doch erst nach dem Krieg begegnete. Levi hatte eine intakt gebliebene Familie, mit der er zutiefst verbunden war, er war wohlhabend, geliebt, respektiert. "Ich bin kein 'Jude' in Turin, in bin ein Turiner", pflegte er ausländischen Journalisten zu sagen. Auch vor kurzem hatte er Philip Roth gegenüber dieses Privilegium des italienischen jüdischen Bourgeois unterstrichen, der auch in Zeiten tiefster menschlicher Erniedrigung das Bewußtsein einer Heimat, einer Familie, der Freunde behalten konnte, die auf ihn warteten. In "Se non ora, quando?" gibt er die schmerzliche Verwunderung der polnischen Juden wieder, die dieser ihnen unbekannten Spezies erstaunt gegenüberstehen, die vom "eigenen" Haus, der "eigenen" Stadt, den "eigenen", nichtjüdischen Freunden zu erzählen weiß.

Sein Selbstmord, ein paar Tage vor Ostern dieses Jahres, wenn, wie in aller Welt, auch die jüdische Gemeinde von Turin sich im Zeichen der Erinnerung an die Sklaverei in Ägypten sammelt, um für die jüngeren Generationen die Erinnerung an Unfreiheit und Befreiung wachzuhalten, hat aber gezeigt, daß Auschwitz auch dieses "Privileg" nicht unberührt gelassen hat.
Mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit hat er vierzig Jahre lang versucht, mit dem zivilen Mittel des geschriebenen und gesprochenen Wortes zu bezeugen, zu erinnern, zu verstehen, während andere, genauso hartnäckig, die Verdrängung, die Verleugnung und – wie jüngst in der deutschen Historikerdebatte – die Relativierung vorantrieben. Seine Darstellungen der Barbarei waren so sehr von dem Versuch, sie zu verstehen, durchdrungen, daß er von einigen (darunter Améry selbst) als der "große Verzeiher" kritisiert wurde. Seine Antwort darauf: "Ich betrachte die Bezeichnung als 'Verzeiher' weder als Beleidigung, noch als Lob, sondern als Ungenauigkeit. Ich habe nicht die Neigung zu verzeihen, ich habe keinem unserer damaligen Feinde verziehen, noch bin ich imstande, ihren Nachahmern in Algerien, Vietnam, in der Sowjetunion, in Chile, Argentinien, Kambodscha, Südafrika, zu verzeihen, weil ich keine menschlich Handlung kenne, die eine Schuld zu tilgen vermag; ich fordere Gerechtigkeit, aber ich bin persönlich unfähig, Faustschläge zu versetzen, noch, den Faustschlag zu erwidern." Gefragt, warum er den Pariser Historiker, der die Judenvernichtung im Dritten Reich als Lüge deklariert hat, in seinen Aufsätzen "I sommersi e i salvati" (1985) nicht einmal erwähnt habe, antwortete Levi: "Ach wissen Sie, das ist einer, der hat diese fixe Idee, derentwegen er seinen Lehrstuhl verloren hat und seine Familie auseinandergebrochen ist, da schien es mir nicht angebracht, gegen ihn auch noch zu wüten."
Die Greuel, über die er berichtete, bedurften keines Pathos, noch boten sie sich der Übertreibung, so daß das Eigentümlichste und Charakteristischste seiner Schriften eine – in der italienischen Literaturlandschaft besonders seltene – Zurückhaltung, ja Diskretion in der Darstellung der Hölle ist, die seinem Respekt gegenüber den Vernichteten entspringt. Sein größtes Erbe ist diese innere Freiheit, die selbst im Angesicht der Grausamkeit bestehen bleibt und absolute Undurchlässigkeit ihr gegenübergewährleistet: Terror vernichtet zwar, kann aber auch vergiften. Auschwitz hat Levi letzten Endes vernichten, es hat ihn nicht vergiften können.
Ein großbürgerlich sozialisiertes Individuum? Bourgeoise Aufklärerei? Sabbatische Majestät? Ein altmodischer Herr? Warum nicht? Und: Was spielt das für eine Rolle? In Zeiten kleinkarierter Betroffenheitsparanoia kann man von einem wahrhaftig Betroffenen lernen, daß individuelle, persönliche Würde kein albernes Sprachspiel ist. Und wo sich die "eigene" Kultur, die europäische z.B., wegen ihrer vermeintlichen besonderen Vorzüge anderen gegenüber preist, kann man von diesem Betroffenen noch folgendes lernen: "Vielen, Individuen oder Völkern, kann es geschehen, als 'Fremde als Feinde' anzusehen. Meistens liegt diese Überzeugung tief in den Gemütern begraben, wie eine latente Infektion; sie tritt nur unregelmäßig und unkoordiniert zutage und bildet nicht den Ursprung eines Denksystems. Wenn dies aber geschieht, wenn das unausdrückliche Dogma zur premissa maior eines Syllogismus wird, dann, am Ende der Kette, steht das Lager. Es ist das Produkt einer Weltanschauung, die mit strenger Kohärenz zu ihrem Schluß geführt wird: bis es die Weltanschauung gibt, werden wir von den Konsequenzen bedroht. Die Geschichte der Vernichtungslager sollte als ein finsteres Zeichen der Gefahr verstanden werden."

Literatur

Romane

Se questo è un uomo, 1947. Deutsch: Ist das ein Mensch? 1979
La tregua, 1963. Deutsch: Atempause, Fischer-Verl. 1982
Il sistema periodico, 1975. Deutsch: Das Periodische System, 1987
La chiave a stella, 1978
Se non ora, quando? 1982. Deutsch: Wann, wenn nicht jetzt? Hanser 1986

Erzählungen

Storie naturali, 1966
Vizio de forma, 1971
Lilit e altri racconti, 1981

Gedichte

L'osteria di brema, 1975
Ad ora incerta, 1984

Essays

L'altrui mestiere, 1985
I sommersi e i salvati, 1986

Anzeige

GRASWURZELREVOLUTION NR.109

Männergewalt

Täglich tausendfach werden Frauen von Männern bedroht, geschlagen, gequält, mißhandelt und vergewaltigt.

Die GRASWURZELREVOLUTION erscheint jeden Monat, ist die Zeitung des gewaltfreien Anarchismus und wird herausgegeben von der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen.

Probeheft für DM 3,60 in Briefmarken bei GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

Lügen mit der Kamera

HERBERT STETTNER

"Der Spiegel" Nr. 46 vom 10. November 1986 berichtet mit einigen Fotos über das Buch "Le commissariat aux archives (Editions Barrault) des französischen Schriftstellers Alain Jaubert, das über 300 fotografische Manipulationen dokumentiert, die der Retuschierung der politischen Wirklichkeit dienten. Bei allem Lob für das deutsche Nachrichtenmagazin, dem wir in puncto Enthüllung gewiß viel zu verdanken haben: mit einem Foto aus der Nazizeit ist dem "Spiegel" unlängst selbst ein unverschuldetes Malheur passiert, das darstellenswert ist.

Seit der Erfindung der Fotografie vor etwa 150 Jahren hat dieses technische Verfahren zum bildlichen Festhalten des tatsächlich Vorhandenen, Gesehenen und Erlebten seine Faszinationskraft konstant zu steigern vermocht.

Kritische Stimmen wiesen freilich seit jeher auch darauf hin, daß jede bildhafte Reproduktion der Wirklichkeit zugleich "die Absicht des Bildermachers und Verwerters" enthalte, daß "aus der Wirklichkeit der Nachrichtenübermittlung ... Wahrheit oder Lüge" entstehe (Balázs) und daß mit der Fotografie die "Verlockung" verbunden sei, "sie so zu bearbeiten, arrangieren, montieren, daß unsere Sinne für die beabsichtigte Wirkung empfänglich werden" (Kracauer).

Vor einiger Zeit fielen mir kopierte Seiten des NS-Parteiblattes "I. B. Illustrierter Beobachter" vom 3. Dezember 1936 in die Hände, das einen "Sonderbericht" über das Konzentrationslager Dachau enthält. Mit 22 Fotos versuchte hier der Autor Friedrich Franz Bauer, seit 1933 im Stab Reinhard Heydrichs für Fotografie zuständig, textbegleitet "nachzuweisen", daß im Lager Dachau "soziale Instinkte" geweckt werden, "Erlebnisvermittlung der Arbeit" stattfinde, "Zeitungslektüre" geboten werde, eine "prachtvolle" Kantine vorhanden sei, "gewaltige Mengen Lebensmittel" (Kaffee, Milch, Kakao, Brot, Fleisch, Gemüse, Fisch, Mehlspeise) für "einen Speisenzettel" aufgeboten würden, der "gut und reichlich" sei.

Mancher Häftling habe "sein Leben lang noch kein so gutes und regelmäßiges Essen erhalten". Mancher sei auch dabei, "der den Aufenthalt im Ausland ... lieber mit einem deutschen Konzentrationslager vertauschte, als dorthin wieder zurückzukehren". Bauer pries die "Menschlichkeit" im Lager Dachau, bezeichnete den Gesundheitszustand der Häftlinge als "ausgezeichnet, nannte das KZ eine "Erziehungsstätte" des "menschlichen Gemeinschaftslebens".

Neben seiner wortgewandten Umfälschung der Lagerhölle in einen erträglichen Aufenthaltsort versäumte Heydrichs Chefreporter freilich nicht, darauf hinzuweisen, daß "nur ein Teil der Insassen" bereit sei, "Schuld" zu "sühnen" und daß "jede Mühe" um "unverbesserliche Wirrköpfe", "erbbelastete Menschen", "Kommunisten" und "jüdische Volksverbrecher vergeblich" bleibe und es gelte, "die Gemeinschaft vor ihnen mit allen gesetzlichen Mitteln zu wahren."

1936 war vom KZ Dachau also doch "die Rede", d.h. der Fragenkomplex kann nicht so völlig unbekannt gewesen sein, wie es nach 1945 von vielen bei uns so gern behauptet wurde. Die "Härte" im Lager war den Naziagitatoren zufolge also eine bekannte Tatsache, die sich nicht in Abrede stellen ließ, und der braune "Illustrierte Beobachter" stellte nicht ohne tadelnden Unterton fest, daß "die wenigsten" an die "heiligsten Güter der Nation" dächten, wenn vom KZ Dachau und der dort herrschenden Härte "die Rede" sei. Woran, so wäre zu fragen, dachten damals wohl die meisten?

Für die Festlegung des Erscheinungsjahres dieses "nützlichen Einblicks in die Gestaltung und das Wesen" des KZ-Lagers Dachau hatten Hitler und Goebbels gewiß wohlüberlegte Gründe: 1936 war das Berliner und Garmischer Olympiadejahr, und 1936 verkündete Hitler einen "Friedensplan der Deutschen Reichsregierung", der den Völkern Europas "Verständigung" und "Frieden" versprach und "die Tötung wehrloser Verwundeter oder Gefangener" verurteilte. In dieser Situation bedurfte es natürlich einer Propagandaaktion gegen die auch nach draußen gedrungenen Berichte über Terror und Mord in den Konzentrationslagern. Da sollte "Offenheit" vorgetäuscht werden, und deshalb brachte das Nazi-Massenblatt auf seiner Frontseite ein Lagerfoto als werbewirksamen Hinweis auf den "Dokumentarbericht" im Innenteil dieser Bilderzeitung.

Das Dachau-Titelbild des NS-"Illustrierten Beobachters" vom 3. Dezember 1936 gelangte nach 1945 noch mehrmals zur Veröffentlichung, zuletzt im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" Nr. 15/1986 innerhalb eines Berichts von Jörg R. Mettke über die ausländischen Zwangsarbeiter im Dritten Reich bei Daimler-Benz.

Diese überaus verdienstvolle "Spiegel"-Dokumentation brachte das einstige Titelfoto der Nazi-Illustrierten allerdings in einer nicht vom "Spiegel" zu verantwortenden beschnittenen Form, die die Herkunft und damalige Verwendung nicht mehr erkennen läßt.

Auf der Rückseite des nach Auskunft des "Spiegel" dort seit den 50er Jahren archivierten Fotos ist zu lesen, es handele sich um eine "unbekannte Aufnahme aus dem KZ Dachau aus dem Jahre 1935". Der "Spiegel" verwendete das keineswegs unbekannte Bild, ohne seine Herkunft zu kennen, bereits in den Jahren 1969 und 1978, nachdem er es laut erstem Copyright-Vermerk von einem Hans Schaller in Berlin, Düsseldorfer Straße 4, erworben hatte, von dem der "Spiegel" annimmt, daß er tot sei und zu dem das Landeseinwohneramt Berlin feststellt, daß er "als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht verzeichnet" sei.

In der beschnittenen Form bekam das Foto nach 1945 den Rang einer sensationellen "unbekannten" Aufnahme, und so wurde vom "Spiegel" unwissentlich die Legende von der angeblichen "Unwissenheit" der NS-Zeitgenossen bestätigt. Die Namen des Heydrich-Mitarbeiters und damaligen Illustrierten-Autors Friedrich Franz Bauer und des mysteriösen Copyrightverkäufers (und Bildverfälschers?) Hans Schaller helfen da heute nicht weiter. ■

Preis: 20 Pfennig

11. JAHRGANG / FOLGE 49 / DONNERSTAG, 3. DEZEMBER 1936

JB Illustrierter Beobachter

VERLAG FRANZ EHER NACHF., MÜNCHEN 2 NO

Kurzberichte

Parteitag der Kommunisten Schwedens

Der Stockholm-Korrespondent schreibt zum Parteitag der schwedischen Kommunisten, der am 27. Mai in Stockholm zu Ende ging, daß diese Partei, die regelmäßig vier bis fünf Prozent der Stimmen bei Parlamentswahlen erhält, sich in den letzten zwanzig Jahren vom orthodoxen Kommunismus befreit hat. Bis jetzt unterstützte sie oft die sozialdemokratische Regierung, aber da sich die Sozialisten nach Meinung aller Funktionäre seit dem Tode Olof Palmes nach rechts entwickelt haben – manche sprechen sogar von einem "Staatsstreich" –, fragen sich die Kommunisten, ob eine Fortsetzung der Politik einer Annäherung an die SP gerechtfertigt ist. Ein Redner auf dem Parteitag sagte dazu: "Bestenfalls würde es uns gelingen, Vorschläge, die für die Mehrheit der Lohnempfänger schlecht sind, ein klein wenig zu verbessern." Der Parteiführer Lars Werner ist der Meinung, die Rolle der Kommunisten würde zur Zeit darin bestehen zu versuchen, die Sozialdemokraten auf den richtigen Weg zurückzuführen. Diese Orientierung ist aber immer mehr umstritten. Eine starke Strömung unter der Führung von Jörn Svensson ist der Meinung, daß dieses parlamentarische Gefeilsche der Glaubwürdigkeit der Partei geschadet und ideologische Schwankungen herbeigeführt hat. Obwohl Werner durch Akklamation neuerlich zum Parteipräsidenten gewählt wurde, sind weitere harte Diskussionen im Rahmen des neugewählten Politbüros zu erwarten.
(aus: Le Monde vom 29.5.87/ips 743)

Bangladesh: Chittagong-Bergregion

Zehntausende Kinder, Frauen und Männer flüchteten in den letzten Monaten vom Südosten Bangladeschs in das benachbarte Indien. Die Ureinwohner der Chittagong-Bergregion fliehen vor der Ausrottungspolitik der Militärregierung Bangladeschs, die seit Beginn der achtziger Jahre völkermordartige Ausmaße angenommen hat.
Nicht nur durch ihren teils buddhistischen, teils christlichen, teils animistischen Glauben unterscheiden sich die noch 400.000 bis 500.000 Angehörige der Chittagong-Bergvölker von den 100 Millionen, mehrheitlich islamischen Bengalen, deren Vertreter in Armee, Politik und Wirtschaft regieren. Auch sprachlich und kulturell bestehen große Unterschiede zwischen der bengalischen Mehrheitsbevölkerung und den stammesmäßig organisierten Bergvölkern. Die Ureinwohner fordern die Autonomie für ihre Chittagong-Bergregion, wie sie ihnen bereits weitgehend von den britischen Kolonialherren eingeräumt wurde. Die Zentralregierung weigert sich bis heute, diesen Status zu gewähren.
Internationale Menschenrechtsorganisationen (Amnesty International, Anti-Slavery-Society, International Workgroup on Indigenous Affairs) sowie die Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen beklagen öffentlich die systematische Verletzung der Menschenrechte gegenüber den Chittagong-Bergvölkern. Kirchliche Kreise gehen davon aus, daß bereits 185.000 Ureinwohner seit Beginn der Auseinandersetzungen mit der Regierung Bangladeschs ihr Leben verloren haben.
Spenden zur Unterstützung der Kampagne für das Überleben der Bergvölker auf Konto 1900 (Stichwort: Bergvölker), Bank für Gemeinwirtschaft Göttingen. Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 20 24, 3400 Göttingen

Regierungsfeindliche Aktionen in Vietnam

Die Hanoier Regierung hat erstmals zugegeben, daß es feindlichen Kräften gelungen ist, in das Land einzudringen und geheime Operationen und Sabotageakte durchzuführen. Radio Hanoi berichtete, daß die Infiltrationen vor allem von der Küste her kommen und daß sie "in den letzten Jahren systematisch verstärkt wurden, wobei sie als Ziel insbesondere den Süden des Landes hatten". Nach den Worten des Senders sammeln diese reaktionären Kräfte Informationen oder "sind beauftragt, Spezialaktionen durchzuführen, die politische Morde einschließen". Die Saboteure "nehmen Kontakt auf mit reaktionären Elementen von religiösen Vereinigungen und Gruppen ethnischer Minderheiten, um geheime Aktionsgruppen zu schaffen".
Die Behörde von Ho-Chi-Minh-Stadt (früher Saigon) haben verschiedene Personen unter der Anklage, bewaffneten antikommunistischen Gruppen anzugehören, vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt. Die Sendung von Radio Hanoi scheint anzuzeigen, daß die regierungsfeindlichen Aktivitäten in Vietnam größer sind, als man angenommen hatte.
(aus: La Repubblica vom 2.6.87/ips 743)

Bücher

Rosa Luxemburg, Politische Schriften

Die vorliegende Ausgabe stellt Rosa Luxemburgs "Politische Schriften" in chronologischer Folge vor: Sozialreform oder Revolution · Massenstreik, Partei und Gewerkschaften · Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse · Die Krise der Sozialdemokratie · Leitsätze über Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie · Was will der Spartakusbund? · Unser Programm und die politische Situation · Die russische Revolution · Fragment über Krieg, nationale Frage und Revolution.
Rosa Luxemburg, Politische Schriften
Herausgegeben und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim
athenäum Verlag
592 S., DM 24,80

Lernen und verändern

"Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen" hieß der von Oskar Negt vorgelegte Ansatz, der die Theoretiker und Praktiker gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, der Jugend- und Erwachsenenbildung in Gegner und Befürworter spaltete. Das vorliegende Buch greift den scheinbar abgerissenen Faden wieder auf, setzt die Diskussion fort und kann sich dabei auf die zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen praktischer Bildungsprojekte stützen. In fünf Blöcken zu den Themen "Soziologische Phantasie – Kritik und Antikritik", "Historisches Lernen in der Arbeiterbildung", "Arbeiterjugendbildung", "Arbeiterbildung – Forschung – Aktion – Diskurs" und "Perspektiven der Arbeiterbildung als gewerkschaftliche Bildung" bemühen sich die Autoren der "täglichen Bewährungsprobe" für Arbeiterbildung, dem Anspruch an Aufhebung von Fremdbestimmung und Unterlegenheit, gerecht zu werden und zu zeigen, was weiterhin zu tun bleibt.
Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Hans Dieter Müller, Oskar Negt, Lernen und Verändern. Zur soziologischen Phantasie und exemplarischem Lernen
SP-Verlag
600 Seiten, DM 36,–

Überwältigende Vergangenheit?

Anhand bisher unveröffentlichter Dokumente, Augenzeugenberichte und Fotografien bietet M. Weidner in seinem Buch über Leben und Sterben von Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern in Münster während der Kriegszeit 1939-1945 Zugänge zu einem "Massenphänomen", das wie kein anderes der Verdrängung aus dem öffentlichen Bewußtsein anheimgefallen ist.
(Marcus Weidner, Nur Gräber als Spuren, Verlag Westfälisches Dampfboot, 26,– DM)

Für's "links"-Archiv

Nicht gebunden, aber gebündelt: "links" fast vollständig incl. Inhaltsübersicht, Flugblätter, Extra-Nummern etc. von März 74 bis März 87 (13 lange Schulungsjahre) kostenlos abzuholen oder gegen DM 10,– bei Inlandszustellung!
Peter c/o Stein, Am Kaiser-Friedrich-Bad 6, 6200 Wiesbaden, Tel. 0 61 21 - 52 88 99

560 **links**. Sozialistische Zeitung. Nr. 0, 1-7, 9, 10, 13, 15, 16, 18, 20-23, 26, 31, 32, 35, 37-76, 78-117, 119, 130-146, 148-158, 160-164. Vietnam-Extrablatt (1973), Chile-Extrablatt (1974). Offenbach 1969-1983. i.H. Or.br. 4° zus. 320,– DM.
(aus: Pinkus-Katalog 369, Antiquariat Pinkus, Froschaugasse 7, CH 8001 Zürich)

Termine

Sommerschule 1987

STRASSENTHEATER

Termin: 24.7. bis 2.8.1987
Ort: Ruhrgebiet
Kosten: ca. 190,– DM

Anmeldung: Sonja Tesch, Heilholtkamp 54, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/51 58 69

14.7.87 Von der Klasse zum Stand. Der Untergang der deutschen Arbeiterbewegung

1968 gingen der SDS mit der Parole "Arbeiterkontrolle" vor die Fabriken. Die Antwort der werktätigen Bevölkerung war knapp und erschöpfend: "Was? Ihr wollt uns kontrollieren?" – Die Episode zeigt: Die Frage "Wer wen?" ist beantwortet und der objektive Genitiv erfolgreich gegen den subjektiven vertauscht. Dahinter liegt die Geschichte der Verwandlung der Arbeiterklasse in den Stand der nur zeitweilig mit produktiven Aufgaben betrauten Staatsbürger, formuliert im historischen Projekt der "Entproletarisierung mit kapitalistischen Mitteln", vorangetrieben durch die proletarischen Volksparteien im dialektischen Einklang mit der nazistischen Volksgemeinschaft.
Initiative Sozialistisches Forum, c/o ca-ira-Verlag, Postfach 273, 7800 Freiburg

17.–26.7.87 Sommerseminar der AG SPAK

Das Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK findet zum 9. mal statt. Dieses Jahr werden vom Freitag den 17.7., Anreisetag bis zum Sonntag, den 26.7., CONTRASTE-Leserforum sowie Putz- und Abreisetag, fünf parallel verlaufende Arbeitsgruppen angeboten:

1. Bildungsarbeit und Selbstverwaltung
2. Wirtschaftstheorien des Anarchismus (Proudhon, Tucker u.a.)
3. Konflikte in selbstverwalteten Betrieben
3. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Ausblutung oder Tropf?
5. Ringveranstaltung – Grundlegende Aspekte der Selbstverwaltung?

Anmeldung: Andrea Gerth, Kronenstr. 16, 6800 Mannheim 51
Das Sommerseminar ist auf 50 Teilnehmer/innen begrenzt. Kostenbeitrag für Selbstverpflegung 111,– DM.

Streiflicht aus der "Umschulungsoffensive"

ERNST HAFT

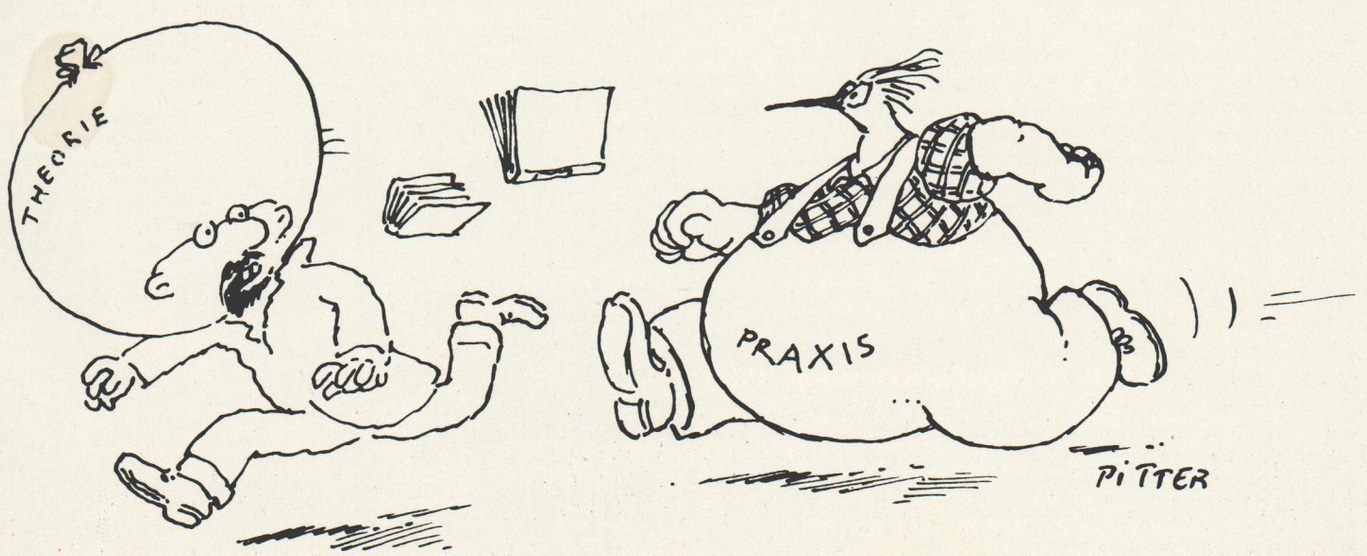
"Wir hatten da mal eine Kollegin von Ihnen, die ist im Anschluß an diese Beratung sofort ins Wirtshaus gelaufen, um sich zu erholen. Die hat dann später alles aufgeschrieben und an die Presse geschickt. Na ja, solche Leute gibt es immer. Die Wirtschaft braucht aber solche Versager nicht." Wovon ist die Rede?

Für die Gruppe der auf dem Arbeitsmarkt als besonders schwer vermittelbar geltenden arbeitslosen Akademiker bieten die Arbeitsämter schon seit einiger Zeit besondere Leistungen an. Und da der deutsche Bürokrat das militärische Vokabular besonders schätzt, spricht die Bundesanstalt für Arbeit hier auch immer von einer "Umschulungsoffensive", in der man sich jetzt befände. Mit dieser "Offensive" sollen Lehrer, Soziologen, Philosophen und sonstige Geistesexoten auf dem Arbeitsmarkt den "tatsächlichen Erfordernissen der freien Wirtschaft" angepaßt werden. Aus dem Grundschullehrer, so können wir den Werbebroschüren der Arbeitsverwaltung entnehmen, soll in zwei Jahren ein "Datenbankkaufmann" geformt werden. Für den arbeitslosen Politologen wäre doch ein "Anwendersoftware-Programmierer" eine lukrative Perspektive. Mit Heilpädagogen kann man die Straße pflastern, aber dem "Informationspädagogen" gehört die Zukunft. Der sprachbegabte Philosoph kann doch, nach einem "positiven Eignungstest" versteht sich, zu einem "technischen Redakteur" umgeschult werden, der dann die Gebrauchsanweisungen von Staubsaugern schreibt. Angeblich sei diese "Offensive für die Zukunft einer modernen Industriegesellschaft", wie es die Arbeitsämter immer im Ton einer schmetternden Fortschrittsfanfare zu formulieren verstehen, ein großer Erfolg. In einigen Ausbildungsgängen bestehe bereits eine mehrjährige Wartezeit. Mürbe gemacht durch lange Arbeitslosigkeit, greift selbst der hochqualifizierte Doktor der Philosophie nach jedem Strohhalm, der irgendwo auf dem Arbeitsmarkt angeblich für ihn noch zu finden sei. Die Einzelberatung in den Arbeitsämtern kann dem Informationsbedürnis ihrer akademischen Klientele gar nicht mehr nachkommen. Man sei deshalb gezwungen, Gruppeninformationen über die Umschulungsmöglichkeiten für die vielen armen philologischen Nichtsnutze einzurichten. Schauen wir einmal in eine solche Sitzung hinein:

Heute sind zehn Personen geladen. Männer und Frauen fifty-fifty. Die Informationssitzung ist für vier Stunden geplant, tatsächlich werden es dann aber fast sechs Stunden. Ein korrekter, wirklich sehr korrekter Herr, wohl so um die Fünfzig und vermutlich ein leitender Arbeitsberater ("Bitte sehen Sie mir nach, wenn ich mal eine Emotion zeige") redet fast ununterbrochen auf den brav vor ihm sitzenden Kreis ein. "Unsere Meinung von Ihnen ist grundsätzlich positiv, aber draußen in der freien Wirtschaft, da sieht es gar nicht gut aus für Sie." Eingestreute kleine philosophische Exkurse sind ein Zugeständnis an die akademische Herkunft der Arbeitslosen. "Schon die Griechen sagten, daß der Mensch unteilbar ist." Oder, mit Verweis auf die Inschrift irgend eines griechischen Tempels, "Mensch, erkenne Dich selbst". Weniger klassisch, aber von eben solcher intellektuellen Tiefe "Alles bewegt sich ständig" und noch eine Stufe weiter nach unten auf der Leiter philosophischer Weisheiten: "Die Welt ist bunt." Im übrigen aber, so schließt unser humanistisch gebildeter Arbeitsberater seine einführenden Worte mit dem Rat ab, man solle lieber den Nützlichkeiten als den vielen schönen Dingen im Leben nachgehen. Und damit wären wir dann auch schon bei dem Anlaß dieses Treffens.

Vier Grundsätze seien es, und da wird dann das Pathos in der Stimme des Herrn Arbeitslosenumschulungsberaters noch einmal kräftig angehoben, die sich jeder umschulungsbereite Akademiker merken solle, nein, merken müsse. Erstens: "Du mußt dich total, ich betone total, mit der neuen Tätigkeit identifizieren." Zweitens: "Die Wirtschaft, die freie Wirtschaft", stellt nur "Persönlichkeiten" ein ("Pflegen Sie Ihr Persönlichkeitsbild jeden Tag. Also Ohrring ab, Krawatte um. Und meine Damen, jeder Personalchef liebt nun mal ein adrettes und frisches Aussehen"). Drittens: Die Wirtschaft, auch die freie, ist keine Caritas. Viertens: Die Bewerbungstechnik ist das "Alpha und das Omega" jeder erfolgreichen Karriere. Gegenfrage aus dem Kreis der geschockten feinsinnigen Arbeitslosen: "Und die Qualifikation, zählt die gar nichts?" "Ihre bisher erworbene, die können Sie ruhig in der Schublade lassen. Die interessiert in der Wirtschaft niemanden. In unserer modernen Industriegesellschaft gelten, merken Sie sich das bitte, andere Gesetze. Im Zeitalter der Computer und der Megabit-Chips sind volle Bücherschränke ohnehin ein Relikt aus vergangenen Tagen. Informationen, nicht Wissen sind heute bares Geld. Hardware, meine Damen und Herren, ist heute gefragt, plus, ich sage es noch einmal, das Wissen um die vier Grundsätze.

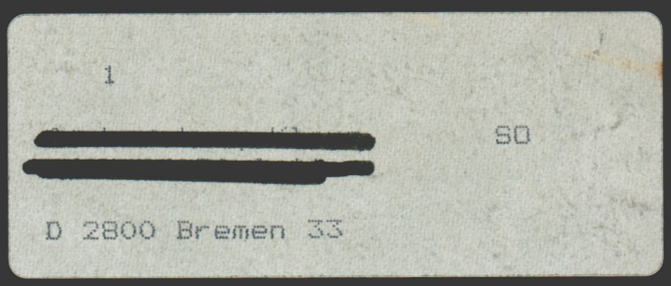
Erstens. Zweitens usw. (s. oben). Sie müssen wissen, die Welt ist total anders auf dem anderen Ufer. Nur der Computer sichert unserer freien Wirtschaft die Konkurrenzfähigkeit. Ich sage immer, auf dem Weltmarkt gibt es viele Gewinner und wenige Versager." "Und was ist mit den Opfern?" "Also wissen Sie, wer unten schon Revolution macht, was macht der erst oben? Wir vom Arbeitsamt sind ja zur Neutralität verpflichtet. Die Gesetze des Marktes und der Politik bestimmen nicht wir. Aber Markt ist Markt, und die Rüstungsfirmen haben nun mal einen großen Bedarf an technischen Redakteuren" "... die die Anweisungen für den richtigen Gebrauch der Panzerfäuste formulieren ...?" "Kein Kommentar, das Arbeitsamt ist neutral. Aber was wollen Sie denn nun eigentlich? Hand aufs Herz, wir wollen doch alle gut leben, und dafür brauchen wir auch ein geregeltes Einkommen. Sie müssen sich da entscheiden, ob Sie den Sprung auf das andere Ufer wollen. Versagen oder Karriere, die Wahl liegt ganz bei Ihnen." Das dem Arbeitsamt benachbarte Wirtshaus soll, so berichtete uns die Wirtin, nach diesen Umschulungsberatungen immer auffallend gut besucht sein... ■



Verlag 2000, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Beschluß des 11. Bundeskongresses

entwicklungspolitischer Aktionsgruppen



Fuldaer Erklärung

"Wohlstand und Frieden" versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des zweiten Weltkriegs und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt.

Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der "Dritten Welt": Hunger, Armut, Krieg, Massenarbeitslosigkeit, weitere Zerstörung der bestehenden sozialen Beziehungen, der natürlichen Lebensgrundlagen wie auch der kulturellen Identität.

Betroffen sind auch wir, weil Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrieländern nur ein anderer Ausdruck derselben Kapitalverwertungskrise sind, die die "Dritte Welt" in den Ruin treibt. Wir wissen:

- Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonialinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.
- Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der "Dritten Welt" mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.
- Die Verschuldungskrise hat ihren Ursprung nicht nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt, sondern bedarf darüber hinaus einer weitergehenden Analyse der Verknüpfung mit patriarchalischen Ausbeutungsstrukturen. Die Wirtschaftsstruktur der Länder der Dritten Welt, sowohl im agrarischen, als auch im industriellen Bereich ist auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt manifestieren sich in niedrig gehaltenen Preisen für Produkte aus diesen Ländern und extrem hohen Preisen für Exportprodukte der kapitalistischen Industrieländer.
- Durch eine Politik zunächst billiger Kredite, die sich durch US-Hochzinspolitik schlagartig änderte, verschärfte sich das Problem der Verschuldung und der ungerechten Austauschverhältnisse. Die Länder der Dritten Welt sind heute sogar Nettokapitalexporteure.
- Immer mehr Menschen der Dritten Welt versuchen dieser Situation zu entfliehen und werden hier als (Wirtschafts-)Flüchtlinge erneut unterdrückt, oder gar in Ausbeutung, Folter und Tod abgeschoben.

Die Schulden der "Dritten Welt" belaufen sich derzeit auf mehr als 1.000Milliarden US-Dollar (= 1.000.000.000.000 US-Dollar). Durch die hohen Zinszahlungen wurden bereits Beträge in Höhe der ursprünglichen Ausleihungen an die Banken zurückgezahlt. Die BRD-Banken haben einen Großteil ihrer Kredite bereits abgeschrieben.

Die Schulden sind nicht rückzahlbar, da häufig die Exporterlöse nicht einmal zur Zinszahlung ausreichen. Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Deswegen unterstützen wir die Forderungen nach Streichung der Schulden, die von der betreffenen Bevölkerung in der "Dritten Welt" erhoben werden. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagenpolitik verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der "Dritten Welt" und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den "freien" Weltmarkt geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.

Im September 1988 soll die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Dort stellen die führenden Industriestaaten und Großbanken die Weichen für die Schuldenpolitik und das Krisenmanagement der nächsten Jahre.

Deshalb rufen wir zur

IWF-/Weltbank-Kampagne 1988

auf, für die wir das Leitthema "Die BRD in der Weltwirtschaft" vorschlagen.

Wir laden ein zu einem ersten bundesweiten Treffen am 17.10.87 in Frankfurt/Main.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50,
Tel.: 040/39 31 56
Postscheckamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20